

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Rückwende

Als vor fast 15 Jahren – nach einem Sommer der Sprach- und Tatenlosigkeit einer niemanden mehr führenden „Partei- und Staatsführung“ – der Sozialismus in der DDR kippte, nannten manche den Absturz der ersten ausbeutungsfreien Gesellschaft in der deutschen Geschichte wertneutral einen „Systemwechsel“. Und im Oschmannschen ND gab es Artikel, die den Untergang der DDR, für die das Ständchen „Deutschland, einig Vaterland“ als Grabgesang intoniert worden war, als „unsere friedliche Revolution“ feierten. Die Medien der Bourgeoisie schließlich erfanden für die nach Bananen hüpfende Menge den eingängigen und positiv besetzten Begriff einer „Wende“. Prof. Heinz Kamnitzer, ein Meister des geschliffenen Wortes, verdeutlichte: Es handle sich um eine Wende zum Schlechten, eine Rückwende.

Was hat sich damals tatsächlich ereignet? Ein Systemwechsel war es zweifellos. Von rot zu weiß, von heute zu gestern, von einer menschlichen Ordnung zu deren Vorgeschichte. Die DDR bot dem Kapital 40 Jahre lang trotzig die Stirn. In ihren Grenzen hatte es Macht und Eigentum verloren. Nun, nachdem diese Grenzen gefallen waren, nahm es sich das zurück, was ihm nach seinen Moralbegriffen zustand. Die als „Treuhand“ verkleidete Diebesbande kam aus dem Westen und hatte viele Helfer im Osten. Sie bestahl ein ganzes Volk, dessen wankelmütiger Teil sich in entscheidender Stunde gegen die eigenen Interessen hatte mißbrauchen lassen. Eine Phalanx aus antikommunistischen „Bürgerrechtlern“, die Hetze koordinierenden Sendern und in Divisionsstärke einfallenden Geheimdienstlern, die auch die „ersten freien Wahlen“ besorgte, führte den Stoß. „Nie wieder Sozialismus!“ verkündete die „Allianz für Deutschland“ im Namen der Allianz-AG.

Was heißt Systemwechsel? Die Ersetzung eines Systems durch ein anderes. Treten gesellschaftlich fortgeschrittenere Verhältnisse an die Stelle überholter, dann ist von einer Revolution die Rede – wie heute in Venezuela. Hält hingegen die Vergangenheit Einzug, spricht man von einer Konterrevolution.

Aber hat denn in der DDR überhaupt eine Revolution stattgefunden, so daß man von einer sie zerschlagenden Konterrevolution sprechen kann? Das ist eine Streitfrage – auch unter Marxisten. Ich vertrete die Auffassung, daß die 1945 siegende Rote Armee die antifaschistisch-demokratischen Kräfte im Osten Deutschlands freigesetzt und deren Gegner – darunter

alte Faschisten – niedergehalten hat. So konnte der politisch bewußteste Teil der Arbeiterklasse unter Führung der SED in einem revolutionären Prozeß die Macht erobern. Die demokratische Bodenreform, die Aufhebung des Bildungsmonopols der Besitzenden, die Entfernung der Gestrigen aus der Justiz, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher per Volksentscheid, die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft, der Aufbau eigener Schutz- und Sicherheitsorgane – all das waren tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen unter sowjetischem Schirm und aus eigener Kraft. Eine neue Basis und ein neuer Überbau entstanden auf revolutionäre Art, nicht als Geschenk Moskaus. Denn Revolutionen lassen sich nicht exportieren.

Negative innere und äußere Faktoren haben – nach Jahrzehnten erfolgreichen Aufbaus und weltweiter Anerkennung – dann dazu geführt, daß die DDR wieder von der Bühne der Geschichte verschwand. Die Sowjetunion, unser Geburtshelfer und langjähriger verlässlicher Verbündeter, stellte der DDR nach dem Machtantritt einer antisowjetischen Clique um Gorbatschow und Jakowlew auch den Totenschein aus. Von ihrer Schutzmacht verlassen und preisgegeben, konnten sich die anderen sozialistischen Länder Europas nicht länger behaupten.

Eine Konterrevolution ohne Blutvergießen? Ohne Kampf und Widerstand? War das nicht eher eine bedingungslose Kapitulation? Wurde die Fahne nicht sang- und klanglos eingerollt? Niemand widerspricht, auch wenn es genügend stille Opfer auf unserer Seite gegeben hat. Doch das ändert am Wesen der Dinge nichts. Der äußere Verlauf der Ereignisse schuf besonders günstige Bedingungen für einen raschen und leichten Sieg der Konterrevolution, der allerdings erst nach der Annexion und Okkupation der DDR durch die BRD vertieft werden konnte. Ihre Resultate sind offensichtlich: Liquidierung der sozialistischen Staatsmacht, Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums, Deindustrialisierung, Wiedereinführung der Diskriminierung der Frauen, Zerstörung der eigenständigen Kulturlandschaft, Ausschaltung der eigenen wissenschaftlichen Elite, Wiederherstellung des Bildungsprivilegs der Reichen und Faulen, Eingliederung des DDR-Territoriums in das imperialistische Paktsystem der NATO, Diktatur des Kapitals.

Und das soll keine Konterrevolution sein?!

Klaus Steiniger



INHALT

Ein PDS-Genosse schüttet sein Herz aus	S. 2
Warum Friedrich Engels „General“ genannt wurde	S. 3
Was war der Thälmannsche Rote Frontkämpferbund?	S. 4
Vor 50 Jahren wurde die FDJ Westdeutschlands gerichtlich verboten	S. 5
Sicht eines Wirtschaftsstrategen	S. 6
Gert Julius im Gespräch	S. 7
Der harte Weg des Kumpels Otto Schlag	S. 8
Ravensbrück mit den Augen einer 17jährigen	S. 9
„Transformationswissenschaft“? Warum erreichten wir keine ökonomische Überlegenheit?	S. 10
Sozialistischer Kapitalismus?	S. 11
Ist der „Wohlfahrtsstaat“ wirklich nicht finanzierbar? (1)	S. 12
Wie Otto S. der Welt seinen Stempel aufdrückt	S. 13
Was die Bourgeoisie unter „Fort-schrittsfeindlichkeit“ versteht	S. 14
Aló Presidente	S. 15
Wie Polens Volksmacht 1944–48 geschaffen wurde	S. 16
Milosevic-Prozeß: Schuldig bei Verdacht	S. 17
Schilys Abschiebepraktiken spielen Togos Diktator in die Hände	S. 18
Facility 1391 – Israels Guantánamo	S. 19
Ronald Reagan – USA-Präsident unseligen Angedenkens	S. 20
Béla Illés über J. R. Becher	S. 21
Vor 100 Jahren wurde Nikolai Ostrowski geboren	S. 22
Zum 75. von Hans-Jürgen Steinmann	S. 23
Ruhrgebiets-Profile	S. 24
Preisfrage	S. 25
„In Heiligendamm sollen sie die Bevölkerung ausgewechselt haben ...“	S. 26
Die Deutschlandfahne der Frau Schmittroth	S. 27
Der geplatzte Stasi-Killer	S. 28
¡Presente!	S. 29
Leserbriefe	S. 30
Anzeigen / Impressum	S. 31

Ein PDS-Genosse schüttet sein Herz aus

Nennen wir ihn Moritz! Er ist Rentner und als Mitglied der PDS politisch interessiert. Er freut sich über jede Information, die ihm seine Partei über das hinaus bietet, was er in seiner „unabhängigen Tageszeitung für Mecklenburg-Vorpommern“ erfahren kann. Damit wissen wir, wo Moritz zu Hause ist. Er würde ja vielleicht auch das ND lesen, aber das bringt eben nichts Lokales, was für ihn wichtig ist, wenn er in seiner Stadt mitreden will.

Morgens um 7 Uhr pflegt Moritz seine Tageszeitung aus dem Briefkasten zu nehmen. Gespannt war er, als er dort unlängst auch zwei PDS-Drucksachen fand, auf die er schon gewartet hatte: das vom Landesvorstand herausgegebene „Offene Blatt“ und die Juli-Informationen seines eigenen Kreisvorstandes. Auf den ersten Blick sah er, daß die Europa- und Kommunalwahlen nachbereitet wurden. Und er fing gleich zu lesen an. „Wir haben es geschafft“, titelte sein Stadt-Info. War das nicht die Euphorie, die Moritz befürchtete? Immerhin hatten fast alle Beteiligten Stimmen verloren. Er dachte nicht nur an die Europawahl auf Bundesebene, sondern auch an das Abschneiden in seiner Heimatstadt. Er wußte um den mächtigen Einwohnerschwund; die dadurch ausgefallenen Stimmen hatten nicht durch neue ersetzt werden können. Nur keine falsche Selbstzufriedenheit, folgerte Moritz und griff zum „Offenen Blatt“.

Auf der ersten Seite dankte der Landesvorsitzende allen Beteiligten. Er würdigte die Ergebnisse und beglückwünschte die

Gewählten. Moritz stimmte dem Genossen Ritter zu, daß es gelungen sei, die Ausgangsbedingungen für 2006 zu verbessern. Doch dann stutzte er und hielt beim Lesen inne. Schrieb da doch Peter Ritter: „Notwendig ist, daß wir nun endlich die Parteireform mit Leben erfüllen.“ Moritz schoß es durch den Kopf: Was ist denn das? Das Wort „Reform“ machte ihn mitten im Sommer frösteln. „Reformen“ bringen derzeit nichts Gutes, war ihm bewußt. „Und jetzt, zu allem Überfluß, auch noch eine Reform in der eigenen Partei, fragte sich Moritz. Er hatte während seiner langjährigen Zugehörigkeit zu SED und PDS gelernt, der Führung fast blind zu vertrauen. Aber nun fühlte er sich alarmiert. Er wollte wissen, was für eine „Reform“ da gemeint sei. Doch weil noch mehr zur Wahl geschrieben stand, las er auf Seite 2 des „Offenen Blattes“ weiter. Dort werde er Aufschluß erhalten, hoffte Moritz.

André Brie, der PDS-Europaabgeordnete und Wahlkampfleiter, den er am Infostand persönlich kennengelernt hatte, nahm hier ebenfalls eine Auswertung der Wahlergebnisse vom 13. Juni vor. Moritz stutzte erneut und mußte das, was Brie schrieb, gleich zweimal lesen. Vorge warnt durch Ritter, betrachtete er die Feststellung, „die strategische Schärfung des politischen Profils der PDS als realistische, konsequent demokratische Linkspartei“ sei die entscheidende Bedingung für die 2006 anvisierte Rückkehr einer PDS-Fraktion in den Bundestag, als eine Art Auskunft zum Thema Parteireform. Und er erinnerte sich an manche hitzige Diskussion in seiner Basisorganisation während der zurückliegenden Monate. Dort hatten die Genossen darüber gestritten, ob das 2003 geschlossene Programm noch die Grundorientierung einer marxistischen Partei sei, und auch darüber, ob damit am Ende gar der Sozialismus als Gesellschaftsordnung zur Disposition gestellt werde. Moritz neigte dazu, das unbelehrbare Beharren eines BO-Mitglieds auf der Behauptung, die Gefahr dauerhafter Sozialdemokratisierung der PDS sei riesengroß, in die Nähe einer linksradikalen Abweichung zu rücken. Aber nun begann er sich zu fragen, was hier eigentlich ablaufe. Es gehe nur noch um eine „konsequent demokratische Linkspartei“, verkündete Brie. Von einem marxistischen Profil der PDS stehe im neuen Parteiprogramm tatsächlich nichts mehr drin; da habe der Querkopf ja recht, überlegte Moritz. Er hatte den „Linksradikalen“ immer wieder gefragt, ob das denn unbedingt drinstehen müsse, weil doch der Marxismus samt dem Leninismus einfach zum Sozialismus gehöre und die PDS als sozialistische Partei nicht alle Bestandteile ihres Sozialismusbildes einzeln aufzuführen brauche. Moritz wußte, daß der Genosse Brie maßgeblich an der Ausarbeitung dieses Grundsatzpapiers beteiligt gewesen war. Und gerade das machte die Sache für ihn so kompliziert.

Er konnte einfach nicht begreifen, warum dieser Mann der PDS nicht mehr das Profil einer konsequent sozialistischen Partei zugestehen wollte. Wenn das Ritters „Reform“ sein sollte, dachte er, dann müßte man sich eigentlich dagegen wehren wie gegen all die anderen „Reformen“, die uns gegenwärtig übergestülpt werden. Gleichzeitig fragte er sich, ob es nicht doch an der Zeit sei, aufgeschlossener mit dem umzugehen, was der widerspenstige „Linksaußen-Genosse“ ständig sagte.

Moritz blätterte auf Seite 3 um. Dort stand der Dank von Lothar Bisky und Rolf Kutzmutz an Mitglieder und Sympathisanten. Moritz, zunehmend verunsichert, erfuhr, daß es der Partei offensichtlich gelungen sei, „in den Augen der Wählerinnen und Wähler wieder an Kenntlichkeit zu gewinnen“. Allerdings dachte er bei sich, daß das Abschneiden der PDS wohl eher der mageren Wahlbeteiligung zu verdanken sein dürfte. Und noch stärker geriet er ins Grübeln, als ihm mitgeteilt wurde, auch das neue Parteiprogramm habe eine Rolle beim Erfolg gespielt.

Moritz stand wieder seine BO vor Augen, ihre jüngste Mitgliederversammlung. Da ging es auch um die Wahl, um große Fragen und die Zukunft der Partei. Und wieder fiel ihm dieser drängelnde Genosse ein, der auch diesmal für Unruhe gesorgt hatte. Zum Thema war von ihm der Gedanke beige-steuert worden, für Sozialisten sei immer eines klar gewesen: In der Frage Kapitalismus – Sozialismus könne es nur „ein Entweder-Oder“ geben. Und wenn der Sozialismus eine schwere Niederlage erlebe, das alte System zeitweilig zurückkehre, dann sei das noch lange nicht das Aus für die Idee, hatte dieser Genosse gemeint. Ein Professor aus Leipzig habe kürzlich ein kluges Buch geschrieben und darin konstatiert, daß das neue PDS-Programm an die Stelle des „Entweder-Oder“ ein „Sowohl-Als-auch“ setze: ein bißchen Sozialismus in einem abgeregten Kapitalismus. So etwas nenne man „modernen Sozialismus“. Wieder sinnierte Moritz, ob das wohl Gegenstand der Parteireform des Genossen Ritter sei. Er ist sich ziemlich sicher, daß das kein Weg für Sozialisten sein könne, weil sich das Kapital kein Stückchen seiner Macht- und Eigentumspositionen wegnehmen lasse. Eher, so hatte Moritz einst gelernt, würde es extreme Mittel einsetzen, zum Staatsstreich oder zu faschistoiden Herrschaftsformen greifen. Jetzt will Moritz Klarheit. Gibt sich die Partei auf, oder wird sie in die Aufgabe geführt? Er will wissen, ob die Genossen Brie und Ritter vielleicht die berühmte Katze aus dem Sack gelassen haben. Für den 11. September wurde im lokalen Info-Blatt eine Veranstaltung angekündigt, auf der über die Strategie der Partei diskutiert werden soll. Dort wird er seine Zweifel darlegen und sagen, was er von einem „Sowohl-Als-auch“ anstelle des „Entweder-Oder“ hält. Ob es ihm andere gleich tun?

Wolfgang Mäder

Liste verdienter Autoren

Der RF führt eine Liste verdienter Autoren ein, in die Genossinnen und Genossen aufgenommen werden, die an der journalistischen Gestaltung unserer Zeitschrift aktiv mitgewirkt haben. Sie gehörten zum Autorenkreis.

Ersteingetragene:

Karl-Eduard von Schnitzler
(verstorben)

Harry Schmitt
(verstorben)

Walter Florath

Dr. Kurt Gossweiler

Prof. Dr. Ulrich Huar

Gerda Klabuhn

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Rainer Rupp

Warum Friedrich Engels von den Genossen „General“ genannt wurde

„Zum Militär war er übrigens wie geschaffen: Helles Auge, rascher Überblick, rasches Wägen auch der kleinsten Umstände, rascher Entschluß und unerschütterliche Kaltblütigkeit.“ So schätzte Wilhelm Liebknecht Friedrich Engels ein, der als Stabschef und Adjutant im Freikorps des Obersten August Willich, dem besten Truppenteil der Badisch-Pfälzischen Revolutionsarmee, diese Eigenschaften glänzend bewies.

In mehreren Gefechten und in der erbitterten Schlacht bei Rastatt stand Engels immer in der vordersten Linie, führte dabei auch das Kommando über Einheiten. In ihren „Memoiren einer Frau aus dem Badisch-Pfälzischen Feldzug“ schrieb die Revolutionsteilnehmerin Franziska Anneke, Engels habe in einem Gefecht bei Rinntal als Kommandeur eines Seitendachments mehrere Stunden zeitweise im dichtesten Feuer gestanden. „Sein Eifer und sein Mut wurden von seinen Kampfgenossen ungemein lobend hervorgehoben.“

Im Frühjahr 1849 hatte die deutsche Revolution noch einmal eine Erfolgschance. Die im Mai in Baden und der Pfalz ausgebrochene Erhebung entwickelte sich erfolgreich. Fast die gesamte badische Armee und die pfälzischen Soldaten folgten dem Aufstand, der sich auf eine große Mehrheit der Bevölkerung stützte. Zum ersten Mal entstand eine Revolutionsarmee. Da die Volksmassen in allen mitteldeutschen Staaten noch eindeutig auf die Seite des Aufstandes neigten, bestand die Möglichkeit, den Erfolg über die Landesgrenzen zu tragen. Obwohl sich im Juni die günstigen internationalen Ausgangsbedingungen durch die Niederlage der demokratischen Partei in Paris, den Stillstand der Revolution in Ungarn und die italienischen Rückschläge in Rom und Piemont verschlechterten, war die folgende Niederlage – zumindest im dann eintretenden Ausmaß – keineswegs unausweichlich. Um die Revolution voranzutreiben, hätte es vor allem der militärischen Offensive bedurft.

Die Feudalreaktion mit Preußens Wilhelm IV. an der Spitze wies die von der Frankfurter Nationalversammlung am 28. März 1849 beschlossene Reichsverfassung trotz ihres Kompromißcharakters – statt demokratischer Republik Proklamation einer konstitutionellen Monarchie – zurück. Der radikaldemokratische Flügel der Revolution mit Volks- und Arbeitervereinen an der Spitze forderte daraufhin, die Reichsverfassung mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Als am 19. Mai die letzte Ausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erschien, befanden sich Marx und Engels bereits auf dem Weg nach Südwestdeutschland, um diese Forderungen zu vertreten. Am 20. und 21. Mai verhandelten sie mit den demokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung und appellierten, daß



es für das Parlament nur einen Weg zur Verteidigung der Revolution und der eigenen Existenz geben konnte: die Revolutionsarmee nach Frankfurt zu rufen und an die Spitze des bewaffneten Aufstandes zu treten. Sie fanden kein Gehör. Durch Hessen, wo Preußen bereits ein Armeekorps zur Niederschlagung des Aufstandes zusammenzog, reisten Marx und Engels weiter und führten in Mannheim, Karlsruhe und Ludwigshafen mit demselben Ziel Gespräche mit den Vertretern der kleinbürgerlichen Demokraten. Auch hier ergebnislos, denn diese befanden sich bereits im Schlepptau der liberalen Bourgeoisie, die zur Konterrevolution überlief. Zum „Dank“ wurde das „Frankfurter ‚Rumpfparlament‘ auseinandergejagt, das Mobiliar des Sitzungssaales befehlsgemäß zerschlagen und die Abgeordneten mit Lanzen und Säbeln durch die Straßen gelanzt“, schrieb Franziska Anneke.

Während Marx nach Paris reiste, um dort die Situation zu analysieren, begab sich Engels zur Revolutionsarmee. Er lehnte einen Posten in der provisorischen Regierung ebenso wie im Oberkommando der Revolutionsarmee ab und nahm den Vorschlag Willichs an, Stabschef seines Korps zu werden. Die militärischen Kenntnisse, die Engels sich vorausschauend als Einjährig-Freiwilliger in der preußischen Garnison in Berlin angeeignet hatte, kamen nun der revolutionären Sache zugute.

Zusammen mit Engels kämpften in der Revolutionsarmee weitere Mitglieder des Bundes der Kommunisten, unter ihnen Wilhelm Liebknecht, Johann Philipp Becker, der die badische Volkswehr kommandierte, Joseph Moll, der als Kanonier der Besanconer Arbeiterkompanie in der Schlacht an der Murg fiel, Fritz Anneke sowie die Setzer und Arbeiter der verbotenen „Neuen Rheinischen Zeitung“. „Die entschiedensten Kommunisten waren

die couragiertesten Soldaten“, hielt Engels fest.

Nachdem die konterrevolutionäre Bourgeoisie eine Offensive der Revolutionstruppen verhindert hatte, traten diese in mutigen Gefechten der in Baden einfallenden 60000 Mann starken preußischen Interventionsarmee entgegen. Am 28. und 29. Juni stellten sie sich an der Murg unterhalb der Festung Rastatt mit noch 13000 Mann den 40000 Preußen zur letzten erbitterten Schlacht. Diese konnten sie erst für sich entscheiden, als sie überraschend über das neutrale Württemberg vorstößend die Truppen General Mieroslawskis umgingen und dadurch dessen rechten Flügel zerschlugen. Nach der Niederlage zogen sich etwa

7000 Mann nach Süden zurück. Mit einer Nachhut des Freikorps Willich deckte Engels den Rückzug, der am 12. Juli mit dem Übertritt in die Schweiz endete. Die Lage des von 25000 Preußen belagerten Rastatt, in das sich weitere Abteilungen zurückgezogen hatten, wurde aussichtslos. Um die Zivilbevölkerung vor dem Artilleriebeschuß zu bewahren, kapitulierten die Festung am 23. Juli. Der preußische Befehlshaber, General Graf von der Groeben, ließ danach den Festungskommandanten Oberst Tiedemann und 27 seiner Offiziere standrechtlich erschießen. Hunderte starben in den Kasematten der Festung ohne medizinische Hilfe an Typhus, unzählige wurden heimlich ermordet. „Sie sind in den Gräben von Rastatt gestorben wie die Helden. Keiner hat gebettelt, keiner hat gezittert“, schrieb Engels in seiner Schrift „Die Reichsverfassungskampagne“.

Tausende fielen im ganzen Land dem Terror der Feudalreaktion zum Opfer, unter ihnen der Bataillonskommandeur Maximilian Dortu aus Potsdam. Er hatte öffentlich den Würger der badischen Revolution, den späteren deutschen Kaiser Wilhelm I., als „Kartätschenprinz“ angeprangert. Zehntausende wurde gerichtlich verfolgt, insgesamt 700 000 Teilnehmer an den Erhebungen von 1848/49 in die Emigration getrieben.

Militärwissenschaftliche Studien bildeten fortan einen festen Bestandteil der Forschungen von Friedrich Engels. Unter Freunden wurde er in London „General“ genannt. „Und wenn es bei seinen Lebzeiten noch einmal zu einer Revolution im alten romantischen Stil gekommen wäre“, stellte Wilhelm Liebknecht fest, „hätten wir in Engels unseren Carnot und Moltke gehabt – den Organisator der Armeen und Siege und den Schlachtenlenker.“

Was war der Thälmannsche Rote Frontkämpferbund?

Am 4. Juli 2004 trafen sich Antifaschisten aus Thüringen und Sachsen, die sich zum fortschrittlichen politischen Erbe des Roten Frontkämpferbundes bekennen, auf dem Simmersberg bei Schnett. Konkreter Anlaß war der 80. Jahrestag der Gründung der ersten RFB-Ortsgruppe. Vorbereitet wurde das Treffen von der Gruppe „Antifaschistische Aktionseinheit“ bei der Thüringer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und dem Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. (RFB).

Der am 31. Mai 1924 gefaßte Beschluß der KPD-Zentrale zur Gründung einer proletarischen Wehrorganisation kam nach dem Hallenser Blutsonntag zustande. Der „Deutsche Tag“ am 11. Mai 1924 in Halle war der bisherige Höhepunkt militaristischer Aufmärsche und rechten Terrors zur Aushöhlung der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik. Die Polizei hatte das Feuer auf die protestierenden Arbeiter eröffnet. Es gab acht Tote und sechzehn Schwerverletzte.

In der KPD-Führung bestanden unterschiedliche Auffassungen: Die einen erhoben die Forderung nach einer antimilitaristischen Wehr- und Schutzorganisation, andere verlangten den Verzicht auf eine eigene proletarische Organisation und den Beitritt zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; dritte wandten sich überhaupt gegen den Gedanken. Die KPD setzte kurzfristig eine Kommission zur Abwägung der Meinungen ein. Das Prüfungsergebnis wurde am 31. Mai bekanntgegeben. Die Parteibasis bejahte eine von der KPD geführte Wehrorganisation. Die zweite Variante erledigte sich schon durch die von der Reichsbannerspitze an alle Bezirksleitungen erlassene Richtlinie, Kommunisten den Eintritt zu verwehren. Der KPD-Beschluß legte auch fest, daß die Wehrorganisation zuerst in den Bezirken Großthüringen und Halle-Merseburg gegründet werden sollte, wo der schwarz-weiß-rote Terror besonders wütete und Erfahrungen der nach der Niederlage der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen verbotenen Proletarischen Hundertschaften vorlagen.

Nicht ein illegaler bewaffneter Verband, sondern eine revolutionäre Massenorganisation zur antimilitaristischen Agitation und Propaganda sowie zum Schutz von Versammlungen, Demonstrationen, politischen Aktivitäten, Gedenkstätten der Arbeiterbewegung und Parteizentralen sollte der Rote Frontkämpferbund werden – eine Antwort auf den zunehmenden Terror der Polizei sowie der militaristischen, nationalistischen und monarchistischen Verbände, von denen einige bzw. deren Nachfolgeorganisationen noch heute in der Bundesrepublik „Traditionspflege“ betreiben.

Schon vor der Bildung der Provisorischen Bundesleitung des RFB Ende August

1924 setzten Gliederungen der KPD den Beschluß der Zentrale in die Tat um. In der Nacht vom 5. zum 6. Juli 1924 trafen sich Mitglieder der Partei, Jungkommunisten und parteilose Arbeiter zur proletarischen Sonnenwendfeier an der Jugendherberge auf dem Simmersberg bei Schnett in Thüringen. Anschließend wurde die erste RFB-Ortsgruppe (Hildburghausen) gegründet. Ebenfalls im Juli hatte in der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg eine die Gründung des RFB vorbereitende Sitzung stattgefunden, an der Ernst Thälmann teilnahm. Am 31. Juli fand die konstituierende Versammlung in Halle im „Volkspark“ statt. Schon am 17. Juli war auch der RFB in Jena mit



200 Mitgliedern entstanden. In der ersten Augushälfte folgten Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Bitterfeld, Eisleben. Am 1. September bestanden in Halle-Merseburg bereits 71 Ortsgruppen mit ca. 2500 Mitgliedern, in Großthüringen 6 Ortsgruppen mit ca. 2000 Mitgliedern. Gruppen gab es auch in Berlin-Brandenburg, in der Lausitz, in Ostpreußen, im Erzgebirge-Vogtland, in Niedersachsen und in Baden.

Der rasche Aufbau des RFB zu einer proletarischen Massenorganisation mit über 150 000 Mitgliedern sowie deren politisch-ideologische Ausrichtung in der Auseinandersetzung mit der schwarzen und braunen Reaktion zeigte, daß der Kampfeswille der Proletarier trotz der Niederlage im Herbst 1923 nicht gebrochen war. Aus den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 war die KPD ungeachtet des gegen sie zwischen November 1923 und 1. März 1924 verhängten Verbots mit einem Stimmanteil von 12,6 % (3,7 Mio. Stimmen) gestärkt hervorgegangen.

In der Gründungsphase vereinte der RFB viele ehemalige Kriegsteilnehmer. Dieser Umstand führte wohl auch zur Bezeichnung Frontkämpferbund. Auf der 2. Reichskonferenz des RFB im Mai 1925

wurde die Bildung des Roten Jungsturms für Jugendliche, einer selbständigen Frauen- und Mädchenorganisation und der Roten Marine beschlossen.

Neben der politischen Schulungsarbeit spielten die sportliche Ertüchtigung und die Vermittlung militärischer Grundkenntnisse eine entscheidende Rolle bei der Festigung der Organisation. Die Aufgabenstellung umfaßte die Massenarbeit in den Betrieben, auf dem Lande sowie unter der proletarischen Basis des Reichsbanners. Auf der 3. Reichskonferenz 1926 in Halle wurde diese sogar auf die Herauslösung irreführender Werkstätiger aus militaristischen Verbänden erweitert. Auf der 4. Reichskonferenz 1927 wurde festgelegt, die Betriebsgruppenarbeit des RFB vor allem in den Schwerpunkten Rüstungsindustrie, Chemieunternehmen und Flugzeugbau zu verstärken.

Die Bundesführung unter Ernst Thälmann bemühte sich um die Überwindung sektiererischer Tendenzen im RFB. Sie betrachtete dabei die kritischen Hinweise Lenins zum „linken Radikalismus“ als Maßstab.

Zu den aufeinanderfolgenden Wahlkampagnen leistete der RFB seinen Beitrag. Die Reichstreffen mit den disziplinierten Marschkolonnen, den Spielmannszügen, dem Gesang der Arbeiterlieder hatten zweifellos Einfluß auf die Herausbildung des Bewußtseins der ausgebeuteten Massen und stärkten deren Siegeszuversicht. Die Erziehung zum proletarischen Internationalismus und zur Bereitschaft, die Sowjetunion gegen eine imperialistische Aggression zu verteidigen, war Bestandteil der politischen Arbeit des RFB.

Ernst Thälmann charakterisierte den Bund folgendermaßen: „Er ist seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und in seinen Zielen und Bestrebungen eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes. Er ist keine kommunistische Organisation.“ Dem RFB gehörten viele parteilose oder anderweitig gebundene Arbeiter an. Von 79 Mitgliedern der RFB-Ortsgruppe Hettstedt waren z. B. 4 Kommunisten und 75 Parteilose. 1925 hatte die Ortsgruppe Gleiwitz 123 Mitglieder, davon 25 Kommunisten, 30 Sozialdemokraten, 18 Angehörige des Zentrums, 50 Parteilose.

Am 4. Juli dieses Jahres wurden diese Aspekte beim Meeting auf dem Simmersberg als auch beim anschließenden Gespräch in der Jugendherberge vermittelt. Ein besonders bewegendes Ereignis krönte das Treffen: Der Herbergsvater holte die 1990 vor der Zerstörung bewahrte Gedenktafel aus dem Versteck. Eine Geste, die Mut machte und die Zuversicht stärkte, im Geiste des RFB weiterzukämpfen.

**Gerd Hommel, Vorsitzender
des Revolutionären
Freundschaftsbundes e. V. (RFB)**

Vor 50 Jahren wurde die FDJ Westdeutschlands gerichtlich verboten

Im Frühjahr 1951 – nur zwei Jahre nach Gründung der BRD – entschloß sich die Bundesregierung, die Freie Deutsche Jugend durch Beschluß zu verbieten. Sie stelle „einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes“ dar, wurde behauptet. Die FDJ sei deshalb durch Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes verboten. Dem Verbot lag zunächst keine richterliche Entscheidung zugrunde. Es sei „kraft Gesetzes“ erfolgt. Die Länderregierungen wurden aufgefordert, „jede Betätigung im Sinne der Freien Deutschen Jugend zu unterbinden“.

Man beobachtete die Aktivitäten des Jugendverbandes bereits seit einiger Zeit mit Argwohn. Dies um so mehr, als er den Kampf gegen die drohende Remilitarisierung zu einem seiner wichtigsten Ziele erklärte.

Eine Berechtigung zur Verbotserklärung hatte die Bundesregierung nicht, was in Bonn auch bekannt war. Wenn sie trotzdem einen derartigen Beschluß erließ, dann geschah es nur deshalb, weil sie sich eines aktiven Gegners der von ihr betriebenen Wiederaufrüstung Westdeutschlands erwehren wollte. Formell durften sich die Gerichte nicht auf diesen Beschluß berufen, weil er durch keinerlei gesetzliche Bestimmung abgedeckt war. Aber die Polizei stützte sich auf dieses von der Regierung verhängte Verbot.

Zur gleichen Zeit richtete man in Bonn auch bereits das Augenmerk auf die Tätigkeit der erst 1956 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts verbotenen KPD. Hier gestaltete sich die Vorgehensweise schwieriger, was nicht zuletzt daran lag, daß die KPD mit einer eigenen Fraktion dem ersten Deutschen Bundestag angehörte und dadurch eine stärkere Position besaß.

Das FDJ-Verbot zog unmittelbar nach seiner Verkündung bereits die ersten Verhaftungen von Mitgliedern und Funktionären nach sich. Die Zahl stieg rasch an. In den folgenden Jahren fanden im gesamten Bundesgebiet mehrere tausend Strafverfahren gegen FDJler statt. Die Vorwürfe reichten vom Hochverrat bis zur angeblichen Staatsgefährdung. Nicht selten waren die Betroffenen monatelang von ihren Familien getrennt und wurden später oftmals zu empfindlichen Strafen verurteilt. Die angebliche Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen war von Anfang an auch in Fachkreisen höchst umstritten. Unerklärlich blieb, weshalb nicht – wie dann in Bezug auf die KPD – der Rechtsweg beschritten wurde. Denkbar scheint, daß man in Bonn wohl ahnte, daß ein solches gerichtliches Verfahren längere Zeit dauern und eine entsprechende Öffentlichkeitswirkung haben würde. Bis dahin hätte die FDJ ungehindert weiter agieren können. Ein weiterer Grund war, daß das Bundesverwaltungsgericht erst 1953 entstand. Ein förmlicher Antrag wurde

deshalb am 13. 10. 1953 hier gestellt. Der damalige Innenminister Lehr beantragte im Namen der Bundesregierung, die FDJ zu verbieten. In der Begründung hieß es, sie sei verfassungswidrig, ihr Handeln richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Letztlich ging es darum, ihre Mitglieder zu kriminalisieren, was nur erreicht werden konnte, wenn man die Organisation verbot, gestützt auf den berüchtigten Paragraphen 129 a StGB. Die weitere Entwicklung – Schaffung der Bundeswehr, Beitritt zur NATO – sollte auf keinen Fall gestört werden. Zu ihrer Absicherung mußte nötigenfalls das politische Strafrecht erhalten.

Für den 15. Juli 1954 setzte der 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts die mündliche Verhandlung an. Seit der Antragstellung durch die Bundesregierung war ein weiteres Dreivierteljahr verstrichen. Die FDJ vertraten Jupp Angenforth (Düsseldorf), Kurt Erlebach (Hamburg) und Fritz Härtung (Gelsenkirchen).

Vor Gericht übernahm der zu dieser Zeit bereits in beiden deutschen Staaten bekannte DDR-Rechtsanwalt Dr. Friedrich Karl Kaul mit drei weiteren Anwälten die Verteidigung. Nach KZ-Haft und entbehrungsreichen Jahren des Exils war er im Herbst 1945 als sogenannter Westemigrant nach Deutschland zurückgekehrt. Im Mai 1948 wurde er als Anwalt für alle vier Sektoren Berlins zugelassen.

Kaul engagierte sich von Anfang an sehr, das im Raum stehende Verbot abzuwenden. Er verteidigte auch eine Reihe von Mitgliedern und Funktionären der FDJ, unter ihnen den Leiter des Zentralbüros Jupp Angenforth, vor Gericht. Dieser befand sich bereits seit dem 12. März 1953 in Untersuchungshaft. Ihm wurde vorgeworfen, „mit Gewalt bzw. durch Drohung mit Gewalt“ die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik ändern zu wollen. Hintergrund war, daß sich die FDJ für das von der KPD im November 1952 verkündete Programm der Nationalen Wiedervereinigung einsetzte. Jupp Angenforth wurde am 4. 6. 1955 zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren verurteilt.

Der FDJ-Prozeß vor dem Bundesverwaltungsgericht im Juli 1954 dauerte nur kurz. Bereits nach knapp sechs Stunden wurde das Verbot ausgesprochen. Die mündliche Begründung des Urteils erschöpfte sich in dem tiefgründigen Satz: „Die FDJ Westdeutschlands versucht die deutsche Jugend im marxistischen Sinne zu beeinflussen. Ob sie das mit verfassungsmäßigen oder verfassungswidrigen Mitteln tut, kann dahingestellt bleiben. In jedem Falle ist dieser Versuch verfassungsfeindlich.“

In der schriftlichen Urteilsbegründung ist von der Zielsetzung der Errichtung der Diktatur des Proletariats und vom „totalen Staat bolschewistischer Prägung“

die Rede, den die FDJ anstrebe. Neben offiziellen Zielen verfolge sie eine „hintergründige Absicht“.

Die Behauptung des Gerichts, die FDJ Westdeutschlands und die FDJ der DDR bildeten eine Einheit, war sachlich falsch, da beide unabhängig voneinander entstanden. In den westlichen Besatzungszonen lag ihr Ursprung in einem Jugendtreffen, das im Juni 1945 unweit Hamburgs stattfand. In dieser Stadt wurde im November desselben Jahres die erste FDJ-Gruppe durch die Militärregierung zugelassen. Erst am 7. 3. 1946 genehmigte die sowjetische Besatzungsmacht die Gründung der FDJ in ihrer Zone. Eine enge Zusammenarbeit beider Jugendorganisationen wurde indes nie bestritten, obgleich sich die unmittelbaren Ziele aufgrund der gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen unterschieden. Übereinstimmung bestand in den Kernfragen der Erhaltung des Friedens und der damals angestrebten Wiedervereinigung Deutschlands.

Zu keinem Zeitpunkt – bis heute – sah man sich gehalten, das Verbot der FDJ aufzuheben. Im Gegenteil: Übereifrige Polizisten versuchten wiederholt, Träger von FDJ-Hemden wegen Führens verfassungsfeindlicher Symbole unter Hinweis auf das Verbotsurteil von 1954 zu verfolgen.

Auf Anfrage der FDJ Berlin beim Bundesinnenministerium wurde von dort mit Schreiben vom 11. Juli 1991 – Geschäftsnummer IS 1-619311/3 – mitgeteilt, die FDJ Westdeutschlands sei wegen der Verfassungswidrigkeit ihrer Zielsetzung am 16. 7. 1954 verboten worden. „Die Aussagen in der Urteilsbegründung belegen nach hier vertretener Ansicht, daß das Verbot nur die FDJ in Westdeutschland als selbständige Teilvereinigung betrifft. Die FDJ in der ehemaligen DDR ist von dem Urteil nicht erfaßt, die Verfassungswidrigkeit ihrer Zielsetzung war nicht Streitgegenstand ...“ Die Berliner FDJ sei deshalb von dem Verbot nicht betroffen, sie sei auch keine Nachfolge- oder Ersatzorganisation der FDJ Westdeutschlands. Allerdings sei die FDJ in Westdeutschland „weiterhin rechtskräftig verboten“. Ersatz- oder Nachfolgeorganisationen dieser Vereinigung dürften nicht gebildet werden. Das Verbot betreffe auch „die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a StGB). Daher ist das Tragen von Kennzeichen der verbotenen ‚FDJ in Westdeutschland‘ strafbar.“

Sollten jene Ängste, die einst die Bundesregierung zum Verbot der FDJ veranlaßten, heute noch immer bestehen?

RA Ralph Dobrawa

Die Sicht des Generaldirektors des VEB Chemiekombinat Bitterfeld

Ein Buch und seine Rezension

Um die Debatte zu vertiefen, möchte ich einige notwendige Bemerkungen zur Rezension des Heinz-Schwarz-Buches „Im Wechsel der Zeiten“ von Prof. Dr. A. Barth und zu den Leserzuschriften im RF Nr. 77 machen.

Heinz Schwarz kenne ich aus einer mehr als 15jährigen Zusammenarbeit im VEB Chemiekombinat Bitterfeld.

Er hatte 1971 mit mir, einem jungen Verfahrensingenieur aus dem VEB CKB, das Gespräch über eine Kandidatur für die Bezirksleitung Halle zu führen. Durch den Minister für Chemische Industrie wurde ich als sein Nachfolger (1984–1990) berufen.

1. Als Generaldirektor hat Heinz Schwarz verantwortungsbewußt „seinen Job“ gemacht.

Ich habe ihn als eine starke Persönlichkeit mit einem ausgeprägten „Ego“ und einem etwas extravaganten Lebensstil kennengelernt. Er hat ihn ausgelebt und dadurch in der Öffentlichkeit und den entsprechenden Parteigremien, auch unter Horst Sindermann als 1. Bezirkssekretär der SED, immer wieder zur Beantwortung der Frage provoziert, wieviel davon auf der Grundlage des Statuts bei einem Funktionär der Partei in leitender Position toleriert werden kann und wo die Grenzen liegen.

Daß dies heute von vielen nicht mehr so eng gesehen wird wie damals, ist mir klar.

Diese Konflikte, die er selbst ausgelöst hatte, haben meines Erachtens die wesentlichen persönlichen Einschnitte in seinem Leben bewirkt.

2. Der Rezensent spricht von einem total veralteten Kombinat, das Heinz Schwarz übernehmen mußte. Dieser Verabsolutierung kann ich nicht folgen.

Selbstverständlich waren 1971 die Spuren von 80 Jahren Chemieproduktion im Stammbetrieb sichtbar. Die Betriebe waren von Verschleißfahrweise in den Jahren zwischen 1939 und 1945 (Kriegswirtschaft) sowie nach 1945 bis 1952 von Demontagen gekennzeichnet. Unter den damaligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR wurden im Zeitraum 1971–1985 für 4,15 Mrd. Mark Investitionsmaßnahmen durchgeführt, in deren Ergebnis 14 veraltete Produktionsstätten stillgelegt und ausgesondert sowie 31 Produktionsstätten, Anlagen, Gebäude und Einrichtungen der Infrastruktur neu errichtet, modernisiert und erweitert wurden.

Von 4,9 Mrd. M Grundfondsbestand auf 10 km² Fläche nur im Stammbetrieb mit u. a. 6 Bereichsdirektionen mit 123 produzierenden Kostenstellen, 4 Wärmekraftwerken, 2 Betriebs- und 4 Trinkwasserwerken, 2 Abwasserbehandlungsanlagen, 160 km Gleisanlagen, 50

km Rohrbrücken usw. waren 1976 etwa 27 % älter als 20 Jahre und 35 % jünger als 5 Jahre. Für ein noch höheres Tempo der Grundfondserneuerung hätte es anderer Konzeptionen, mehr eigener Innovationen und größerer volkswirtschaftlicher Leistungskraft bedurft.

Diese differenzierte Darstellung des „Alterszustandes“ des Kombinats hätte den Tatsachen besser entsprochen.

Es war kein Ausdruck einer verfehlten Politik oder des Alterszustandes, wenn wir, wie andere Chemiekombinate auch, einen starken Instandhaltungsbereich besaßen.

Die in dem Zusammenhang angegebenen Beschäftigtenzahlen in Produktion und Technik bedürfen deshalb einer Richtigstellung. In den 70er Jahren waren ca. 19000 Menschen im Kombinat (Stammbetrieb) tätig. Davon waren 68% (13000) Lohnempfänger. 29% von ihnen arbeiteten in allen Bereichen der technischen Direktion, in der Energiewirtschaft, im Verkehrswesen, in der Instandhaltung (2500). Mit diesen Handwerkern wurden sowohl laufende Reparaturen als auch Modernisierungs- und Erneuerungsleistungen realisiert.

3. Der Rezensent bezieht die Feststellung der fehlenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Kombinats auf die Zeit des Amtsantritts von Heinz Schwarz in Bitterfeld. Man fragt sich unwillkürlich, was das soll.

Als Heinz Schwarz 1971 sein Amt in Bitterfeld antrat, hatten die Kombinate der DDR nicht die Aufgabe, als „global player“ im weltweiten Agieren Gewinne zu machen.

Mit seiner einzigartigen Palette von mehr als 4000 lebenswichtigen Chemieprodukten hatte das Kombinat in erster Linie die Versorgung der gesamten Volkswirtschaft mit den Bedürfnissen von 17 Millionen Menschen zu gewährleisten. Dafür wurden 70 % des Warenproduktionsvolumens (Anteil des Stammbetriebs an der Chemieproduktion der DDR ca. 6,5 %) einschließlich der breiten Palette haushaltschemischer Konsumgüter eingesetzt. Etwa 30 % des Produktionsvolumens wurden für den Export in alle Erdteile bereitgestellt. Das Kombinat hatte wegen seiner hohen Produktqualität und Liefertreue in 60 Länder der Erde international eine sehr gute Reputation.

Auf die mehr als 300 Mio. Rubel/Jahr Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet waren die Konzerne besonders gierig. Die Behauptung, daß das Kombinat international nicht wettbewerbsfähig war, ist durch nichts bewiesen.

4. Meine Achtung verlor Heinz Schwarz, als er im Rahmen eines Interviews für die Fernsehsendung

„Kontraste“ am 20. 6. 1994 im Zusammenhang mit den wilden Angriffen aller Presseorgane auf das Kombinat und seine Leiter wegen des Einsatzes von Strafgefangenen in bestimmten Produktionsbereichen vor der Kamera erklärte, daß der Planerfüllung wegen Menschen aus Geldmangel gestorben bzw. erkrankt seien.

Heinz Schwarz hat damit wider besseres Wissen eine Erklärung abgegeben, die die Verleumdungskampagne gegen die DDR und das Chemiekombinat Bitterfeld in unverantwortlicher Weise unterstützte. Er hat unsere Leiter in einem wegen vorsätzlichen Totschlags gegen diese laufenden Ermittlungsverfahren schwer belastet. Damit diskreditierte er auch seine Arbeit und alle unsere Errungenschaften auf dem Gebiet des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes. Er wußte aus eigener Erfahrung ganz genau, daß nirgendwo Arbeitsschutz, technische Sicherheit sowie Arbeits- und Lebensbedingungen durch das Gesetzbuch der Arbeit so eng in die Leitung und Planung eingebunden waren wie in den DDR-Betrieben. Jährlich gab es auf allen Ebenen Pläne zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als gesonderte Planteile zum Staatsplan, deren Erfüllung öffentlich abgerechnet und von den Gewerkschaften kontrolliert wurde. Er kannte die jährlichen Aufwendungen für Arbeitsschutzmittel und das betriebliche Gesundheitswesen mit seinen 5 Ambulatorien der Poliklinik in jedem Betriebsteil sowie das Betriebskrankenhaus in Wolfen, die zur Gesunderhaltung der Mitarbeiter und deren Angehöriger vom Kombinat aus dem Kultur- und Sozialfonds bereitgestellt worden sind. Das Chemiekombinat Bitterfeld – Stammbetrieb – hatte übrigens zu dieser Zeit trotz der widrigen Arbeitsbedingungen in einigen Bereichen eine Unfallquote, die etwa 14 % betrug. Die vielfach „reichere und modernere“ chemische Industrie in Deutschland vermeldete 1999 noch eine Unfallquote von 21,9 %!

5. Vom Autor Zukunftsfolgerungen zu verlangen, halte ich für unangemessen. Das würde prophetische Intuition voraussetzen.

Nach meiner Meinung ist noch nicht einmal unsere Vergangenheit ordentlich aufgearbeitet, wie die Rezension zeigt. Es geht nach meiner Erkenntnis nicht, unsere frühere sozialistische Gesellschaftsordnung mit den Maßstäben der kapitalistischen Produktionsweise nachträglich beurteilen zu wollen.

Dr. Adolf Eser, Muldenstein

„RotFuchs“ traf den Bundesgeschäftsführer der GBM

Gert Julius im Gespräch

Genosse Julius, könntest Du Dich zunächst den „RotFuchs“-Lesern vorstellen?

Mein Leben lang war ich sozial engagiert und aktiv in der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), jetzt ver.di, ehrenamtlich als Delegierter auf Bundes- und Landesebene und auch als Fachgruppenvorsitzender tätig. Als Betriebsratsvorsitzender in zwei Banken habe ich versucht, die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen effektiv zu vertreten. Bis 1999 gehörte ich der SPD, zuletzt als stellvertretender Berliner Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, an. Die SPD verließ ich, weil ich es nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren konnte, Mitglied einer Partei zu sein, die Deutschland in das jugoslawische Kriegsabenteuer gestürzt hat. Seither bin ich Mitglied der PDS und nunmehr schon in der zweiten Wahlperiode für die PDS Bezirksverordneter im Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg.

Bitte sag uns etwas zur GBM: Wann wurde sie gegründet, wie viele Mitglieder gehören ihr an, worauf ist ihre große Popularität zurückzuführen?

Die GBM wurde 1991 vor allem auf Initiative des heutigen Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Richter und des führenden DDR-Gewerkschafters Fritz Rösel als Reaktion auf die Diskriminierung der Ostdeutschen gegründet. Sie hat gegenwärtig etwa 4 000 Mitglieder. Ihren Bekanntheitsgrad führe ich vor allem darauf zurück, daß sie sich nach dem Anschluß der DDR der Probleme vom Renten- und Versorgungsunrecht betroffener Ostdeutscher angenommen hat. Sie begleitete Gerichtsverfahren ihrer Mitglieder gegen die Strafrenten und trug erheblich dazu bei, daß die diskriminierenden Rentenbestimmungen schrittweise zurückgenommen werden mußten.

Der jüngste große Erfolg ist auch auf eine Stellungnahme der GBM an das Bundesverfassungsgericht zurückzuführen, das mit seinem Beschluß die Renten-Deckelung für höhere DDR-Gehälter, d. h. für „staatsnahe“ Angestellte, aufgehoben und festgelegt hat, daß die Bundesregierung binnen Jahresfrist Rechtsgleichheit für alle Rentner herzustellen hat. Offen bleibt dabei noch immer die Beseitigung der Rentenkürzungen für ehemalige Mitarbeiter des MfS, die ich nach wie vor für eine große Ungerechtigkeit halte.

Ist der Kampf um Rentengerechtigkeit damit am Ziel angelangt?

Nein, überhaupt nicht. Rentengerechtigkeit ist in Deutschland noch lange nicht hergestellt. Es bleibt die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West oder die

Nachzahlung aller bisher vorenthaltenen Rentenleistungen offen.

Gibt es neben der Rentenproblematik noch andere Schwerpunkte in der Tätigkeit der GBM?

Natürlich. Die GBM wird weiterhin gegen die Verletzung von Menschenrechten, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, eintreten.

Wir beteiligen uns bei der Vernetzung internationaler Menschenrechtsorganisationen insbesondere in Ost- und Mitteleuropa und sind Mitglied des Europäischen Friedensforums, des Weltfriedensrates sowie Gründungsmitglied des Forums Menschenrechte.

Unser internationales Eintreten gegen die Berufsverbotspraxis, wie sie die Ostdeutschen mit Hilfe der „Gauck-Birthler-Behörde“ seit 1990 erleiden müssen, betrachten wir als eines unserer Hauptanliegen. Damit ist unsere Ablehnung der politischen Strafjustiz verbunden, die sowohl gegen das international anerkannte Rückwirkungsverbot als auch gegen zahlreiche Bestimmungen von Menschenrechtskonventionen und des Völkerrechts verstößt. Schließlich verweise ich auf unseren Kampf gegen die Diskriminierung der ostdeutschen Wissenschaft, Bildung und Kultur. Anhand zahlloser Fakten informierte die GBM darüber das UN-Menschenrechtszentrum in Genf, den Exekutivrat der UNESCO, das Europaparlament und alle Regierungen Europas. Für jede dieser Arbeitsrichtungen haben wir einen zentralen Arbeitskreis aus namhaften Spezialisten geschaffen, die die GBM bei der Einleitung praktischer Schritte, etwa bei internationalen Beschwerden, beraten.

Damit sind die Aktionsfelder der GBM umrissen?

Anfügen möchte ich unsere Bemühungen um die Wahrung des DDR-Erbes. So bereiten wir am 7. Oktober anlässlich des 55. Jahrestages der Gründung der DDR eine Veranstaltung im Russischen Haus vor, zu der ich alle „RotFuchs“-Leser herzlich einlade.

Informationen und Teilnehmeranmeldungen können unter der Tel.-Nr. 557 83 97 in unserer Geschäftsstelle, Weitlingstr. 89, erfolgen.

Vor kurzem haben wir mit großer Resonanz in der Öffentlichkeit den Arbeitskreis „Freunde der Kunst aus der DDR“ gegründet, der Künstler in ihren Ateliers und ihre Ausstellungen besucht und ihnen Gelegenheit gibt, ihre Arbeiten in unserer Galerie in der Weitlingstraße auszustellen. Interessenten können sich ebenfalls bei mir melden.

Gibt es außer diesen zentralen Arbeitskreisen noch andere Organisationsformen, in denen die GBM ihre Tätigkeit organisiert?

Wir verfügen z. Z. über mehr als 30 Ortsverbände in allen ostdeutschen Ländern. Wir werden dafür eintreten, daß sie die Zusammenarbeit mit den Regionalgruppen des „RotFuchs“ weiterentwickeln. Die GBM gibt zahlreiche Veröffentlichungen heraus. Als Standarddokumentationen des vereinigungs„bedingten“ Unrechts in Ostdeutschland erschienen ihre inzwischen sechs Weißbücher. Jährlich vergibt die GBM ihren Menschenrechtspreis, den u. a. 1996 als Erster Pastor Dr. Dieter Frielinghaus, 1998 Dr. Fidel Castro, 2003 Dr. Friedrich Wolff und im vergangenen Jahr Prof. Michel Chossudovsky aus Ottawa erhalten haben.

Unter maßgeblicher Beteiligung der GBM wurde gemeinsam mit der PDS das „Ostdeutsche Memorandum 2003“ erarbeitet, die m. E. bisher tiefgründigste Auflistung der Defizite der Regierungspolitik im Osten. Wie beurteilst Du die politische Wirkung dieser Arbeit?

Man sollte sie nicht unterschätzen, wenn sie auch größer sein könnte. Wir haben nach der einleitenden Konferenz in Dessau mehrere Regionalkonferenzen, so u. a. in Chemnitz und Rostock durchgeführt, die auch in der Presse Widerhall fanden. Das Dokument wurde allen Parteien, den Landesregierungen und Fraktionen in den ostdeutschen Ländern und vielen Einzelpersonlichkeiten, z. B. dem früheren Arbeitsminister Riester, zugeleitet. Auf dem SPD-Parteitag im Juni vorigen Jahres wurden 300 Exemplare verteilt. Gegenwärtig überlegen wir, ob über ein ostdeutsches Sozialforum eine breitere Wirkung erzielt werden kann, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich die Idee überregionaler Sozialforen gegenwärtig inflationär gestaltet. Für entscheidend halte ich, Gewerkschaften dafür zu gewinnen, gemeinsam mit den anderen Nichtregierungsorganisationen eine breite Phalanx gegen den Sozialabbau zu bilden.

Die Fragen stellte Frank Mühlefeldt.

Am 18. Juli
hat der treue Kommunist

Günter Sack

aus Strausberg

seinen Lebensweg beendet.

Er starb im Alter
von 72 Jahren.
Unser Mitgefühl gehört
seiner Frau,
Genossin Hannelore,
und der Familie.

Otto Schlag – Klassenkämpfer, Kumpel, Kommunist

Ungeheuerlich, was da in dem kleinen Städtchen Hohenmölsen, mitten im Zeitz-Weißenfelder Braunkohlrevier, passiert war! An diesem 21. Mai 1932 geriet der sozialdemokratische Präsident des preußischen Regierungsbezirks Halle-Merseburg, von Harnack, außer sich. Da wurde doch dort der Kommunist Otto Schlag zum Bürgermeister gewählt. Und das auch noch mit den Stimmen der drei SPD-Stadtverordneten. Für ungültig konnte von Harnack die Wahl nicht erklären; denn sie erfolgte „demokratisch einwandfrei“. Was also tun? Der Herr Präsident erinnerte sich an die Sondervollmachten, die ihm die Weimarer Verfassung einräumte: Er verweigerte ganz einfach die Bestätigung des neuen Bürgermeisters. Was kümmerte es ihn, daß die Stadtverordneten protestierten. Ein roter Bürgermeister in einer Stadt mit 3300 Einwohnern? Das ging nicht, dann schon lieber ein Nazi. Schließlich war die NSDAP eine legale Partei, und bei der kürzlichen Reichspräsidentenwahl bekam sie mehr Stimmen als die KPD.

Wer also war dieser Otto Schlag, den der SPD-„Genosse“ von Harnack nicht mochte? Vor allem war er ein einfacher Bergmann, der mit vielen anderen die in diesem Gebiet reichlich vorhandene Braunkohle abbaute. Am 5. Januar 1888 in Kraftsdorf bei Gera geboren und seit 1914 mit der Bauernmagd Lina Pöschmann verheiratet, mußte er vier Jahre ab 1910 bei der kaiserlichen Marine dienen. Von dort zurückgekehrt, durfte er sich nicht lange seines zivilen Lebens und seiner Familie in Hohenmölsen erfreuen. Mit Ausbruch des Krieges holte man ihn wieder und steckte ihn als Heizer, als Kuli, wie die Matrosen sagten, in den Bauch des Kreuzers „Regensburg“. Schufterei und unmenschliche Hitze bei erbärmlicher Verpflegung, dazu die Schikanen der adligen Offiziere ließen ihn aufmüpfig werden und sich zur Wehr setzen. Daran änderten auch Bestrafungen nichts. So war es logisch, daß er zu den ersten gehörte, die im November 1918 die Feuer unter den Kesseln löschten und auch auf der „Regensburg“ die rote Fahne hißten. Denn Otto war seit acht Jahren Mitglied der SPD und auf dem linken Flügel der Partei stehend. Seine Kameraden wählten ihn in den Matrosenrat.

Lange hielt es ihn nicht an der Küste. Auch daheim in Mitteldeutschland hatten sich die revolutionären Kräfte formiert. Kaum zurück, schloß sich Otto der USPD an, nahm seine Arbeit in der Grube „Hedwig“ nahe Hohenmölsen wieder auf und wurde dort 1919 zum Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt. Bald mußte er jedoch feststellen, daß SPD und USPD nicht seine politische Heimat sein konnten. Die rechten Führer der SPD hatten die Revolution verraten, die USPD setzte sich dagegen nicht energisch zur Wehr. So gründete Otto Schlag mit anderen



Genossen die KPD-Ortsgruppe des Bergarbeiterstädtchens. Seine erste große politische Bewährungsprobe bestand er in den folgenden zwei Jahren. Kaum erhielt er am 13. März 1920 die Nachricht vom Kapp-Putsch, entwaffnete er mit nur wenigen Genossen die Einwohnerwehren und Gutsbesitzer der Umgebung und rüstete damit über hundert Arbeiter aus, die sich in die Abwehrkämpfe gegen die Putschisten einreihen. Genau ein Jahr später eilte er den Klassenbrüdern in Leuna und Mansfeld zu Hilfe. Dieser Arbeiteraufstand wurde von 40 Hundertschaften der Sicherheitspolizei und Reichswehrartillerie unter dem Oberbefehl des Reichsinnenministers Severing (SPD) blutig niedergeschlagen. Weit über 100 Arbeiter fielen dem Staatsterror zum Opfer, etwa 4000 erhielten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Auch Otto Schlag stellte man vor Gericht, aber seine Verteidiger, darunter der ältere Bruder Karl Liebknechts, erwirkten einen Freispruch.

Mit Beginn des Jahres 1924 verfügten die Aktionäre der Hohenzollern-AG, daß in den Gruben des Zeitz-Weißenfelder Reviers wieder die 12-Stunden-Schicht eingeführt wurde. Otto Schlag, inzwischen bei Freund und Feind als „roter Betriebsrat“ bekannt, setzte es durch, daß es in seiner Grube Bösau bei der 8-Stunden-Schicht blieb, als einzigem Betrieb weit und breit. Damit hatten die Unternehmer einen Grund, ihr Mütchen an dem unbequemen Kumpel zu kühlen. Wiederholt schon hatten sie ihn – zwischen Kreistagsabgeordneter in Weißenfels – gemaßregelt, nun sperrten sie ihn aus. Aber die Proteste seiner Kollegen erzwangen die Weiterbeschäftigung. Erst vier Jahre später fanden die Kohlekapitalisten den Anlaß, ihn fristlos zu kündigen; er habe einen der „Herren Direktoren“ beleidigt. Der Schuß ging jedoch nach hinten los: Die Bezirksleitung der KPD holte den „roten Betriebsrat“ als hauptamtlichen

Funktionär nach Halle, nunmehr zuständig für die politische Arbeit in der gesamten Bergbauregion.

In der Mansfeld-AG gehörten die Bergleute zu den am schlechtesten Entlohten in Deutschland. Ein Vollarbeiter über 21 Jahre verdiente zwischen 5,15 und 7,70 RM pro Schicht, ein Schlepper bekam 3,10 RM, der Höchstlohn für Frauen betrug 4,60 RM. Die Weltwirtschaftskrise kam den Konzernherren sehr gelegen: Im Frühjahr 1930 verfügten sie eine Lohnsenkung von 15 Prozent, schlossen mehrere Betriebsteile und entließen über 800 Belegschaftsmitglieder. Darauf traten 13000 Mansfelder in den Streik, den sie trotz Polizeiwillkür, Verhaftungen und Schikanen vom 1. Juni bis 25. Juli durchhielten. Großen Anteil daran hatte Otto Schlag, der der Streikleitung mit Rat und Tat zur Seite stand. Er gab die Streikzeitung „Mansfeld-Kumpel“ heraus, organisierte Solidaritätsaktionen der Bevölkerung und richtete gemeinsam mit der Arbeiterhilfe des gesamten Bezirkes in 28 Orten Hilfsküchen ein, die mit über 350000 Portionen und 51000 Broten die große Not der Arbeiterfamilien lindern halfen.

Seit langem auf der schwarzen Liste der Nazis, fiel Otto Schlag schon am 14. April 1933 seinen kapitalistischen Feinden in die Hände. Obwohl am 5. März als Abgeordneter des Preußischen Landtags gewählt, scherten sich die Faschisten nicht um seine Immunität. Polizeigefängnis Halle, KZ Lichtenburg, KZ Esterwegen waren seine ersten Leidensstationen. So sehr die Peiniger ihn auch quälten, brechen konnten sie ihn nicht – auch nicht, als man ihm sagte, daß sein 21jähriger Sohn Walter und zwei Schwiegersöhne wegen „Hoch- und Landesverrat“ zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, daß überdies „staatsfeindliches Eigentum“ der inzwischen nach Halle übersiedelten Familie eingezogen worden war. Im Sommer 1936 ins KZ Sachsenhausen verlegt, nahm sich die dortige illegale Parteioorganisation des sehr kranken Genossen an. Obwohl er an schwere körperliche Arbeit gewöhnt war, hatte doch die unmenschliche Schufterei im Moor von Esterwegen seine Gesundheit ernstlich untergraben. So verschafften ihm die Kampfgefährten eine Funktion zuerst in der Wäscherei, dann im Krankenbau des Lagers. 1939 entlassen, nahm er in Halle unverzüglich Verbindung zu Antifaschisten auf, suchte er Kontakte auch zu Widerstandsgruppen außerhalb der Saalestadt. Tochter Sonja diente ihm dabei als Kurier, vor allem nach Berlin zum Leiter der dortigen illegalen KPD-Organisation Anton Saefkow. Trotz ständiger Beobachtung durch die Gestapo kam diese nicht hinter seine antifaschistische Arbeit. An den Folgen der Entbehrungen und Mißhandlungen starb Otto Schlag am 22. April 1944.

Günter Freyer

Ein Rundgang durch die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

Mit den Augen einer 17jährigen

Viele Tote würden sicher gerne reden. Vielleicht würden sie von den Grausamkeiten erzählen, die ihnen die SS angetan hat und davon, wie sie sich gewehrt haben. Vielleicht könnten sie aber auch nur noch schweigen, sprachlos, durch das ganze Leid, das sie erfahren haben.

„Sie sind unser aller Mütter und Schwestern. Ihr könntet heute weder frei lernen noch spielen. Ja ihr wäret vielleicht gar nicht geboren, wenn solche Frauen nicht ihre zarten, schwächtigen Körper wie ein stählernes Schutzschild durch die ganze Zeit des faschistischen Terrors vor euch und eure Zukunft gestellt hätten.“ Diese Worte von Anna Seghers stehen auf einer Gedenktafel.

Eine Autostunde von Berlin entfernt, im Brandenburgischen, liegt die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Zwischen 1939 und 1945 wurden hier 133 000 Frauen und 20 000 Männer gefangengehalten. Sie mußten unter unvorstellbaren Bedingungen schuften. Andere sind sofort vergast worden.

Wir, eine Studiengruppe von sieben Frauen, waren zu einer von der „Lagergemeinschaft Ravensbrück“ organisierten Führung mit einer Überlebenden eingeladen. Eine alte Frau in feinen Halbschuhen, buntem Kleid und mit Dauerwelle kommt uns in aufrechter Haltung entgegen. Martha Schönberg ist 80 Jahre alt. Tief eingegraben verlaufen viele Falten über ihr Gesicht. Ihr Körper wirkt zerbrechlich. Rosa lackierte Fingernägel fallen auf.

Frau Schönberg ist 1942 nach Ravensbrück verschleppt worden. Sie ist Jüdin und hat sich geweigert, den gelben Stern zu tragen. In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar wurde sie aus der Wohnung geholt. Sie saß im überfüllten Viehwaggon. Drei Tage später kam sie in das Konzentrationslager.

Wir gehen über eine lange Kopfsteinpflasterstraße, die „Straße der Nationen“. Mit verschlossenem Ausdruck und zurückhaltenden Gesten erzählt Frau Schönberg: „Verfügbare beim Straßenbau, das war mein erster Arbeitseinsatz. Wir waren barfuß, nur ein gestreiftes Kleid hatten wir an. Die schwere Straßenwalze mußte über die spitzen Steine gezogen werden. Die Füße bluteten. Die SS kannte kein Erbarmen. Nie ging es ihr schnell genug.

Es gab Schläge, und sie jagten die Hunde auf uns. Wenn eine hinfiel, durfte ihr keine helfen. Einmal mußte ich mit ansehen, wie eine Frau liegenblieb und von der Walze überrollt wurde. Ich sah ihr Blut.“ Wir schauen zu Boden, wissen nicht, wie wir uns verhalten sollen. Es herrscht ein betretenes Schweigen. Gerne würden wir die Frau trösten, doch niemand traut sich etwas zu sagen. Das Grauensvolle des eben Gehörten lähmt uns. Langsam gehen wir über die Straße der Nationen. Ich mag nicht daran denken, wie diese Straße gebaut wurde. Am liebsten würde ich sie gar nicht betreten, sondern neben ihr auf dem Straßenrand laufen.

Bereits am 12. September 1959 wurde die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eingeweiht.

Langsam gehen wir zum Lagereingang. Von hier aus hat man einen weiten Blick über das ganze ehemalige Lager. Es ist kaum noch zu erkennen, daß dies einmal ein Konzentrationslager war. Die sowjetische Armee hatte nach der Befreiung einen Militärstützpunkt auf dem Areal eingerichtet und fast alle Gebäude abgerissen. Von dem Konzentrationslager sind nur noch der Bunker, das Tor, das Krematorium, die Kommandantur und ein Industriebau erhalten. Eine Künstlerinnengruppe hat das Gelände neu gestaltet. Heute ist über das ganze Gebiet Schotter verteilt. Die Umrisse der Baracken sind durch Vertiefungen im Boden angedeutet. Gleich hinter dem Lagereingang befand sich früher das Bad.

Frau Schönberg spricht nun mit wütender Stimme: „Hier haben wir uns nach der Ankunft nackt ausziehen und in die Badestube gehen müssen, wo ein junger SS-Mann saß. Sie haben allen die Haare abgeschnitten, alle Haare, am ganzen Körper. Es war so erniedrigend. Dann mußten wir duschen. Wir hatten große Angst, weil wir nicht wußten, ob wirklich Wasser aus der Leitung fließt.“

Wir kommen an den Schwedt-See, an dem das KZ liegt. Vom Ufer aus kann man Fürstenberg sehen. Der See strahlt Ruhe aus, fast eine trügerische Stille, erscheint es mir. Am Ufer ist ein kleines Boot festgemacht. Dieser Teil des Sees darf nicht befahren werden, weil er zur Mahn- und Gedenkstätte gehört. Ein großes Denkmal steht am Wasser. „Die Tragende“. Es zeigt eine große abgemagerte Frau, die eine andere mit kahl geschorenem Kopf auf den Armen hält. Mit letzter Kraft. Es soll an eine Begebenheit erinnern, die Olga Benario-Prestes erlebt hat: Sie war Blockälteste bei den Jüdinnen. Nach einem mörderischen Arbeitstag hatte sie eine bewusstlos zusammengebrochene Kameradin zum Revier getragen. Die Frau sieht mit erhobenem Kopf in die Ferne; eine Erinnerung daran, daß sich viele Frauen nicht unterkriegen ließen.

„Dieser See ist unser Friedhof“, erzählt Frau Schönberg. „Hier hat die SS die Asche der im Krematorium verbrannten Leichen hineingeworfen.“ Nach dem Bau einer Gaskammer Ende 1944 wurden zwischen 5000 und 6000 Häftlinge dort umgebracht.

Vor uns steigen Bilder von aufeinandergeschichteten Leichen auf. Wir kennen sie aus den Geschichtsbüchern. Doch hier wirken sie noch bedrückender. Sogar den Geruch meint man wahrnehmen zu können. Wie kann es nur sein, daß die Menschen in Fürstenberg nicht aufmerksam geworden sind? Wie konnten sie nur so ignorant sein? Sie hätten einschreiten und gegen die Nazis kämpfen müssen. Doch die Häftlinge im KZ waren ganz auf sich selbst angewiesen.

Frau Schönberg geht mit kleinen, fast zierlichen Schritten voraus. Wieder stehen wir vor einer Vertiefung. Früher befand sich an dieser Stelle das Krankenrevier; wohl der gefürchtetste Ort in ganz Ravensbrück. „Ich bin zu den Schwerkranken aufs Revier gekommen, so krank war ich. Ich sagte einer Ärztin, sie müsse mir helfen, sonst würde ich sterben. Es gab keine Medikamente, aber eine Schwester hat aus der SS-Apotheke etwas für mich gestohlen, das ich brauchte. Für die meisten bedeutete das Revier den sicheren Tod.“ Zehntausende Frauen in Ravensbrück wurden ermordet, starben an Hunger, Krankheiten oder durch medizinische Experimente.

Wir hören Frau Schönberg aufmerksam zu, und doch prallt vieles an uns ab. Es wird von so viel Leid und Schmerzen berichtet, daß wir gar nicht alles aufnehmen können, so Unvorstellbares ist hier geschehen.

Mit Zustimmung der Deutschen wurde Frau Schönberg kurz vor Ende des Krieges mit etwa 7500 Häftlingen vom Schwedischen Roten Kreuz aus dem Konzentrationslager herausgeholt. Nachdem die Weltöffentlichkeit erfuhr, daß die SS mit Heranrücken der Roten Armee die Konzentrationslager „liquidierter“, wurde ein geheimes Abkommen getroffen, mit dem es gelang, Tausende Häftlinge zu retten. Schwerkrank wurde Frau Schönberg über Dänemark nach Schweden gebracht und dort gepflegt. Kurz vor der Befreiung von Ravensbrück trieb die SS Zehntausende Frauen auf den „Todesmarsch“ in Richtung Nordwesten. Viele starben dabei. Am 30. April 1945 befreite die Rote Armee etwa 3000 zurückgelassene Kranke aus dem Lager. Doch für die meisten kam die Befreiung wohl zu spät. Sie überlebten diese Stunde nur noch für kurze Zeit.

Die Gedenkstätte ist ein Appell an die kommenden Generationen, so zu handeln, daß es niemals wieder ein Ravensbrück geben wird. Für mich ist das nicht nur ein Appell, sondern auch eine Verpflichtung.

Larissa G.

Am 9. September findet um 16.00 Uhr im ASZ (Volkssolidarität), Halberstädter Straße 115, in **Magdeburg-Sudenburg** eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe statt.

Botschafter a. D.

Rolf Berthold spricht über

**Chinas Weg
zum Sozialismus**

Was es mit der „Transformationswissenschaft“ auf sich hat

Um 1900 definierte Meyers Konversations-Lexikon den aus dem Lateinischen hergeleiteten Begriff „Transformation“ als „Umgestaltung“. Heute ist das nicht anders. Ganz aktuell allerdings vereinnahmen Politiker immer häufiger den Begriff für sich, adeln sich als „Transformationswissenschaftler“. Meinolf Dierkes vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung rückt die Geburtsstunde der „Neuen“ ins rechte Licht: „Hatte sich, von einigen wenigen und zumeist nicht ernstgenommenen Ausnahmen einmal abgesehen, bis zum Herbst 1989 niemand in der deutschen Wissenschaftslandschaft mit Transformationsforschung beschäftigt, so galt man als Sozialwissenschaftler – ich übertreibe hier einmal – binnen weniger Monate als praxisfern, desinteressiert und überdies auch wissenschaftlich suspekt, wenn man sich nicht ins Heer der über Nacht geborenen oder rekrutierten Transformationswissenschaftler einreichte, um nun Ostdeutschland und Osteuropa so zu überforschen, wie das in den 60er Jahren in den USA mit den Indianern und Ghettobewohnern geschah.“ (Internet)

Beide große „Volksparteien“ in der Bundesrepublik Deutschland übernahmen ohne Verzug das „Neuwort“.

Die Schwarzen: „Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU Deutschland fordert: Zur Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie des Stabilitätspakts für Südosteuropa sind entsprechende Programme und Projekte mit deutscher Hilfe auch in den kommenden Jahren fortzuführen. Dazu müssen im Bundeshaushalt ausreichende Mittel (einschließlich Verpflichtungsermächtigungen) vorgesehen werden.“ (Internet)



**Auch für diese Schule kam das Aus, verdammt noch mal, wer war denn Gauss?
Foto: Ralf Ziege, Schwerin**

Die „Roten“: „Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt den Transformationsprozeß der ehemals kommunistischen Länder, indem sie die neuen demokratischen Institutionen und Organisationen beim Aufbau der Marktwirtschaft berät; deren soziale und ökologische Dimension unterstreicht; die Integration der alten und neuen Staaten in die internationale Gemeinschaft fördert.“ (Internet)

Emissäre der Stiftungen sind längst in den zu „transformierenden“ Ländern sesshaft geworden, unterhalten Residenzen, etwa die Konrad-Adenauer-Stiftung in Belgrad, Bulevar Kralja Aleksandra 298 III, die Friedrich-Ebert-Stiftung in Belgrad, Simina 1. Das Mutterhaus im Berliner Tiergarten triumphiert: „Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist in 30 Ländern Mittel- und Osteuropas mit eigenen Büros vertreten, in denen 15 entsandte deutsche Auslandsmitarbeiter und 91 Ortskräfte tätig sind. Das Projektvolumen betrug 2003 etwa 10 Millionen Euro, womit u. a. über tausend Veranstaltungen mit mehr als 45 000 Teilnehmern und 89 Publikationen finanziert wurden.“

Es sei daran erinnert, daß der heutige Bundeskanzler Gerhard Schröder noch am Abend des 24. März 1999, als die ersten NATO-Bomben auf Jugoslawien niedergingen, den völkerrechtswidrigen Kriegsbeginn rechtfertigte: „Heute abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will sie weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Die Militäraktion richtet sich nicht gegen das serbische Volk. Dies möchte ich gerade unseren jugoslawischen Mitbürgern sagen. Wir werden alles tun, um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.“

Die Erfolgsbilanz? Dieser Tage plauderte ein Augenzeuge aus dem Nähkästchen: „Vor ein paar Tagen war ich in Prizren. Das Stückchen Altstadt, das sich, schön anzusehen, an den Berghang schmiegte, die alte Kirche mitten im Zentrum und das ehemalige orthodoxe Priesterseminar (alles seit Jahrhunderten Teil der Stadt) liegen nun in Schutt und Asche. Während der Märzunruhen, als die Albaner auf die Serben und andere Slawen losgingen, wurden ein paar Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte in wenigen Stunden abgefackelt. Von den bislang 600 noch in Prizren verbliebenen Serben sind 200 in serbische Enklaven oder gleich nach Serbien geflohen, die restlichen 400 leben nun in einem von KFOR-Soldaten bewachten Camp. Es fragt sich nur, wie lange noch. Gestern war ich in Mitrovica, der geteilten Stadt. Im letzten Jahr sah dort alles nach relativer Entspannung aus. Die Brücke zwischen Nord und Süd war

frisch renoviert, keine Barrieren mehr und nur noch eine Handvoll sich langweilender französischer KFOR-Soldaten. Jetzt darf niemand mehr über die Brücke, es sei denn, er hat eine besondere Erlaubnis. Die ganze Brücke ist mit NATO-Draht gesichert, weiträumige Absperrungen, gepanzerte Autos und Sandsäcke. „Welcome to Kosovo!“ Und so schnell ist man wieder auf dem Boden der Tatsachen. Von all den vielen Menschen hier sind aber 40 bis 60 % arbeitslos.“

Das also sind die Erfolge der Transformation, der Umgestaltung, der Umformung eines einst souveränen Staates Jugoslawien; denn Gegenstand der Transformationswissenschaft ist nach Professor Dr. Josef Janning der „gesellschaftliche Wandel zu Demokratie und Marktwirtschaft. Er muß politisch gewollt und gestaltet werden.“ Unverblümt formuliert: Transformation bedeutet nichts anderes als den politisch gewollten Export der „westlichen Wertegesellschaft“. Prof. Janning ist Leiter der Forschungsgruppe Politik der Bertelsmann-Stiftung, die wiederum in enger Zusammenarbeit mit dem Münchner Centrum für angewandte Politikforschung steht.

Die Stadt beherbergte 1939 den „Mittel-europäischen Wirtschaftstag“. Als der Geschäftsführer dieser Institution, Dr. oec. publ. Max Hahn, starb, versammelten sich am 22. Mai 1939 auf dem Friedhof Köln-Melaten honorige Persönlichkeiten, NS-Wirtschaftsgrößen der Rheinmetropolen. Ein Onkel Krupps, Parteigenosse Karl Tilo von Wilmowsky, lobte die Leistung des Verblichenen: „Seine ganze Schaffenskraft, seinen oft fast unbändig anmutenden Tatendrang, stellte er in den Dienst einer einzigen Aufgabe: der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Südosteuropa. Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß er in einem Augenblick von uns abgerufen wurde, in dem die schwersten Widerstände beseitigt erschienen, in dem der Gedanke der Mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit – einst als Utopie belächelt und verspottet – Gestalt zu gewinnen scheint, in dem die Ernte zu reifen beginnt, zu deren Sämannern er gehörte.“ Prof. Dr. J. Janning, ein berufener Transformationswissenschaftler, erläuterte den ersten Fünfjahresreport (1998–2003), in den die Beobachtungen von 116 Ländern einfließen. Lobend erwähnte er einen der „Transformationsakteure“, die die Stiftung zum „Gedankenaustausch“ mehrfach in die BRD einlud: den jetzigen georgischen Staatspräsidenten Michail Saakaschwili. Mühsam hatte sich dieser gegen Eduard Schewardnadse hochgeputscht. Für das Jahr 2005 stellte der Professor die „Transformation“ zu Demokratie und Marktwirtschaft der als „reif“ bezeichneten Staaten Südafrika, Vietnam und Serbien in Aussicht.

Achtung, Wühlmäuse!

Hans Horn

Warum erreichten wir keine ökonomische Überlegenheit?

Mit dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln schufen wir die Grundlagen für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und stellten die Wirtschaft als den entscheidenden Bereich des Zusammenlebens der Menschen – zumindest der Absicht nach – unter die Herrschaft und die Kontrolle der Gesellschaft. Das war prinzipiell richtig und wesentlicher Ausgangspunkt für die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse. Im Grunde folgte die DDR dabei – trotz einiger schöpferischer und eigenständiger Neuerungen – dem sowjetischen Modell. Deshalb kann man sie hier gedanklich zusammen abhandeln.

Ein wesentliches Handicap war von Beginn an, daß die sozialistische Revolution in einem politisch, ökonomisch und kulturell äußerst rückständigen, kriegs- und bürgerkriegszerstörten Land wie Rußland begann, und daß sie in den entwickelteren Ländern, vor allem in Deutschland, ausblieb.

Die ererbte Rückständigkeit konnte die Sowjetunion trotz riesiger Anstrengungen und bedeutender Erfolge – besonders unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung – nie völlig überwinden.

Nach Bürgerkrieg und Kriegskommunismus wurde begonnen, gestützt auf das Volkseigentum, eine staatliche Leitung der Wirtschaft aufzubauen, zu einer Planwirtschaft zu gelangen. Das war eine wichtige Errungenschaft. Mit ihrer Hilfe gelang es – wenn auch unter Opfern – in historisch kurzer Zeit, eine schwerindustrielle Basis zu schaffen, die kleinbäuerliche, fast noch naturalwirtschaftliche Landwirtschaft auf eine modernere Grundlage zu stellen, ein umfassendes Bildungssystem und eine gesamtstaatliche Gesundheitsbetreuung aufzubauen. Das waren entscheidende Grundlagen dafür, daß die UdSSR dem faschistischen Überfall standhalten und den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg erringen konnte. Auch die Überwindung der Kriegsfolgen war mit Hilfe der Planwirtschaft unter riesigen Anstrengungen der Bevölkerung noch in relativ kurzer Zeit möglich.

Aber in bezug auf die wissenschaftlich-technische Revolution, die Mitte des 20.

Jahrhunderts eingeleitet wurde, blieb die UdSSR trotz aller Fortschritte auf dem Gebiet der Militärtechnik immer mehr hinter den USA und anderen entwickelten Ländern zurück. Die in der Militärtechnik notwendige hohe Spitze (Kernspaltung bzw. -fusion und Raketentechnik) mußte auf der Grundlage einer viel zu schmalen und flachen industriellen Pyramide und schwacher Infrastruktur errichtet werden. Es kostete die Sowjetunion also erheblich mehr an volkswirtschaftlicher Kraft, das militärische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, als die USA. Diese Kraft fehlte anderweitig auf allen Gebieten.

Trotz Volkseigentums und auf ihm basierender Planwirtschaft verlangsamte sich das ökonomische Wachstum in der UdSSR schon seit den 50er Jahren. Das Entwicklungstempo blieb immer stärker hinter dem der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zurück. Die Sowjetunion geriet ökonomisch in eine Phase, die mehr von Stagnation als von Wachstum bestimmt war. Auch Fortschritte in der Verbesserung des allgemeinen Lebensniveaus der Bevölkerung waren immer weniger spürbar.

Der frühere Enthusiasmus, den die Oktoberrevolution und später der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg hervorgerufen hatten, erschöpfte sich nach und nach. Lethargie machte sich breit. Das bereitete dem ruhmlosen Untergang des so kühn begonnenen sozialistischen Projekts den Boden.

Die bis Mitte des 20. Jahrhunderts bewährte und gewohnte Handhabung des Volkseigentums in der Sowjetunion (die dann auch auf die neuen sozialistischen Länder übertragen wurde) – als Staatseigentum, das einer vorwiegend kamekralistischen Art der Wirtschaftsführung unterworfen war – erwies sich jetzt als zunehmend ungeeignet, den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Übergangs zur intensiv erweiterten Reproduktion zu entsprechen.

Für die Entwicklung schöpferischer Initiative fehlten der Planwirtschaft, wie sie gehandhabt wurde, weitgehend Triebkräfte und Bewegungsmöglichkeiten. Sie blieb auf Dauer maßlos überzentralisiert, so, als wären die Betriebe bzw. Kombinate nur eine Art Abteilungen der Volkswirtschaft. Diese war kein wirkliches System, denn die Rückkopplungen fehlten weitgehend.

Die den wirtschaftlichen Einheiten gewährten Spielräume und die ihnen zugestandene materielle Interessiertheit waren zu wenig dazu angetan, wissenschaftliche und technische Neuerungen auf allen Gebieten überhaupt nur hervorzubringen und behinderten die Bemühungen, Novitäten in die Produktion zu übernehmen. Permanente Mangelwirtschaft und Überplanbestände auf vielen Gebieten mit ihren zerstörerischen

Folgen für die wirtschaftlichen Kreisläufe ergaben sich im Gefolge dieser Art der Planwirtschaft. Auch die internationale Zusammenarbeit im RGW erwies sich als wenig wirksam.

Das Volkseigentum wurde trotz all unserer Bemühungen für die Belegschaften nicht so unmittelbar spürbar, daß es ihnen 1990 als verteidigungswürdig erschienen wäre.

Das bedeutet, daß neben der ererbten Rückständigkeit vor allem das ökonomische System des Sozialismus – die Art der Handhabung des Volkseigentums und das System der Wirtschaftsführung, die Art der „Ausnutzung der ökonomischen Gesetze“, und seine starre Beibehaltung zu einer Zeit, in der es die Produktivkräfte eher fesselte als vorantrieb – längst nicht mehr den Anforderungen entsprach.

Hier liegen die ökonomischen Hauptursachen für den Untergang unseres sozialistischen Projekts. Das gilt nicht nur für die UdSSR, sondern für alle Länder, die das sowjetische Modell praktizierten – aber auch für Jugoslawien. Ansätze für ein wirksameres ökonomisches System des Sozialismus hatten sich jedoch in der Praxis angedeutet: In der DDR wurde Mitte der 60er Jahre das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL) konzipiert. Es enthielt Gedanken dazu, den neuzeitlichen Anforderungen der Wirtschaft besser gerecht zu werden. Seine Grundideen – eine vorwiegend ökonomische staatliche Steuerung der relativ selbständig wirtschaftenden Einheiten, die im Rahmen eines gesellschaftlichen Plans mit eigenen Mitteln und auf eigene Verantwortung arbeiten – entsprachen den neuen Bedingungen besser. Es wäre eine ähnliche Art der Wirtschaftsführung gewesen, wie sie in den kapitalistischen Konzernen herangewachsen war – bis auf einen entscheidenden Unterschied: Macht und Eigentum hätten in den Händen des Sozialismus gelegen und ihm gedient.

Natürlich waren die Ideen des NÖS noch nicht annähernd ausgereift, noch nicht einmal probiert. Aber sie deuteten in die richtige Richtung. Eingebettet in die Vorstellung, daß der Sozialismus eine relativ selbständige und langfristige Gesellschaftsordnung sein würde, war es ein hoffnungsvoller Ansatz. Leider kam dieser nicht zum Tragen. Er wurde von der KPdSU-Führung unter Breschnew und vom VIII. Parteitag der SED begraben. Hier wirkten sich Mängel in unserem politischen System sehr nachteilig aus. Ob sich allerdings eine Umstellung auf ein neues ökonomisches System in allen sozialistischen Ländern und im RGW überhaupt hätte durchführen lassen, noch dazu in relativ kurzer Zeit, und ob es vielleicht doch den nötigen Erfolg gehabt hätte, das bleibt reine Spekulation. Tatsache ist, daß es unser System nicht geschafft hat.

Prof. Dr. Heinz Wachowitz

Ohne von seinem Tod zu wissen,
haben wir Genossen

Hermann Schmitz
aus Suhl

zu seinem 80. Geburtstag gratuliert.

Er ist jedoch wenige Tage zuvor
gestorben.

Wir trauern um einen standhaften
Kämpfer und sprechen den
Angehörigen unser aufrichtiges
Beileid aus.

Sozialistischer Kapitalismus?

Klaus Blessing, promovierter Ökonom, tätig im Eisenhüttenkombinat Ost, als Staatssekretär, als Abteilungsleiter im ZK der SED, in der Nach-DDR-Zeit Geschäftsführer einer GmbH, hat kürzlich bei edition ost ein interessantes Buch herausgebracht. Er verarbeitet dabei „Erfahrungen ... aus zwei Gesellschaftssystemen“, hat er doch beide in verantwortlichen Funktionen erlebt. Zugleich stützt er sich – nachlesbar in einem umfangreichen Anhang – auf offizielle Statistiken, Veröffentlichungen namhafter Wissenschaftler, persönliche Eindrücke einschließlich solcher aus den Armutsregionen dieser Welt. Jeder vierte Euro für Lebensmittel wandert in Deutschland in die Aldi-Kassen. Mit 30 Milliarden Dollar beziffern die Brüder Albrecht ihr Privatvermögen. Sind das besonders fähige, menschenfreundliche Händler, die nicht so bemittelten Mitbürgern mit ihren günstigsten Angeboten helfen wollen? Wieso sind bei ihnen Schokolade, Kaffee, Bananen und vieles andere so billig? Weil Aldi mit rigorosem Preis-Dumping die ärmsten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gnadenlos ausbeutet. Kinder arbeiten auf den Kakaoefeldern, 15 Stunden am Tag ohne Pause in glühender Hitze, sieben Tage in der Woche. Kaffeebauern in Südamerika verrecken, denn der Kaffeepreis ist in fünf Jahren um 70 % gesunken, die Gewinne, auch die an der Börse, sind entsprechend gestiegen. In 70 Ländern gibt es etwa 850 sogenannte Export-Produktions-Zonen – neokoloniale „Profizentren“ – mit 27 Millionen Beschäftigten, die unter erbärmlichsten (und demzufolge billigsten) Bedingungen Markenschuhe, Kleidung, Sportartikel u.dgl. herstellen. Diese Verhältnisse zu ändern, erreicht man weder durch moralische Sprüche oder staatliche Appelle noch durch juristische Einschränkungen der Verfügungsmöglichkeiten des Kapitals. Dazu muß die Grundfrage gestellt werden, und die lautet: Ist das Privateigentum unantastbar? So Blessing (S. 37), und er antwortet: natürlich nicht! Er entkleidet die sogenannte soziale Marktwirtschaft ihres Flitters, vergleicht sie mit den einstigen Theorien eines Ludwig Erhard, analysiert die Ursachen der Arbeitslosigkeit, entlarvt die Lügen von der „notwendig längeren Arbeitszeit“ und von der „Gefährdung der Zukunft durch zu hohe Sozialleistungen“. Er untersucht die Gefahr des ökologischen Kollapses, der unserer Erde droht. Leider verzichtet er auf die Bewertung des fortgeführten Wettrüstens und der weiteren Erhöhung der Aggressivität des Imperialismus insbesondere der USA, aber auch der BRD. Wo Blessing auf Macht, Religion, Parteiensystem und Gesetzlichkeit zu sprechen kommt, hält er den ansonsten streng analytischen Charakter seiner Arbeit nicht durch. Konkret werden jedoch Geld- und Börsengeschäft, das Verhältnis zwischen Masseneinkommen, Bruttoinlandsprodukt und Staatsschulden, die Steuer- und die Rentenlüge untersucht. Besonders

verdienstvoll: Er demaskiert die angeblichen „Fehler“ der ökonomischen „Vereinigung“ von West- und Ostdeutschland als gewollt, nämlich als gezielte Zerschlagung der DDR und damit der Konkurrenz, die Gewinnung des Ostens als Absatzgebiet und Arbeitskräfte-Reservoir sowie für die Ausbeutung eines subventionierten Investitionsterrains. Die einzige Kraft, die hier etwas ändern könne, seien die Ostdeutschen selbst, „wenn sie ... ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände nehmen würden ...“ (S. 179)

Es gibt kein Kapitel in diesem Buch, in dem der Verfasser sich um die Erfahrungen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR herumdrückt oder sie durch die rosarote Brille betrachtet, ob es sich um den praktischen Umgang mit dem gesellschaftlichen Eigentum, Nutzen und Fehler unserer Sozialpolitik, um Planung und Bilanzierung oder die Umweltpolitik handelt. Er greift auf Ideen des „Neuen ökonomischen Systems“ der sechziger Jahre zurück, geht aber teilweise darüber hinaus. Er behandelt die Rolle des Gewinns und die Leistungsstimulierung; er ist für den Wettbewerb und für freie Preisbildung bei gleichzeitiger staatlicher Preis-, Subventions- und Steuerpolitik, für makroökonomische Planung, um beispielsweise vernünftige Umwelt- und Verkehrskonzepte durchzusetzen und Verschwendung von Produktivkräften sowie den durch hemmungslosen Reklamerrummel geschürten Konsum-Rausch zu unterbinden. Blessing bekennt sich ausdrücklich zur sozialistischen DDR. „Ein besseres Gesellschaftskonzept muß zweifelsfrei von diesen Grundlagen ausgehen.“ Zugleich sollte es aus unseren Erfahrungen lernen. „Es muß die Grundlagen des real existierenden Kapitalismus überwinden.“ (S. 245)

Wie könnte ein solches Gesellschaftsmodell aussehen? Blessing spricht hier von einer „sozialistischen Vision“, und mehr kann es heute auch nicht sein. Dabei ist sein Entwurf nicht widerspruchsfrei. Ausgangspunkt sei die „Neubestimmung der Rolle der Wirtschaft im Gesellschaftssystem“ – die Frage ist: Wer soll sie neu bestimmen? Müßte der nicht die Macht dazu haben? Wirtschaftliche Einheiten sollten den Interessen der Menschen dienen. Die „Ethik der Wirtschaft“ sei neu zu definieren. Bei insgesamt unterschiedlichen Eigentumsformen stehe die Vergesellschaftung des Eigentums an Grund und Boden und des Großkapitals im Zentrum. Auf die Frage, ob damit nicht der Wettbewerb unterbunden werde, antwortet er eindeutig: Der Wettbewerb um die international niedrigsten Kosten zu Lasten der Mehrheit der Menschen muß unterbunden werden! Also ist die Allmacht des Kapitals zu brechen, die Ausbeutung nationaler Wirtschaften zu beenden, damit soziale Standards gelten können. Arbeit soll als Recht und Pflicht für einen jeden garantiert werden; wenn durch Produktivitätssteigerung das ge-

sellschaftlich notwendige Arbeitsvolumen abnimmt, soll die verbleibende Arbeit vernünftig verteilt werden und die Freizeit entsprechend wachsen. Arbeit soll steuerfrei sein, Ressourcen, Anlagen, unnütze Produkte, auswuchernde Erträge und Vermögen müßten jedoch besteuert werden. Die Versorgung der Alten und Kranken werde dann durch das Steueraufkommen gewährleistet. Blessing weiß: So wäre es richtig. Er nennt das „demokratischer, marktwirtschaftlicher Sozialismus“, nachdem er die Frage, die seinem Buch den Titel gab, beantwortet hat: Nein, einen „sozialistischen Kapitalismus“ kann es nicht geben. (S. 245)

Wo, wann, wie wäre es möglich, diese Vision zu verwirklichen? Wie kann die Welt verändert werden? Blessing: weder mit dem Stimmzettel noch durch den Traum von der Weltrevolution. Es werde „in unterschiedlichen Regionen ... zu unterschiedlichen Lösungen auf unterschiedlichste Weise“ kommen. Weder große Kriegsabenteuer noch soziale Spannungen unerhörten Ausmaßes könnten ausgeschlossen werden; unter dem Druck der Massen könnten sich aber politische Führungen herausbilden, die einen sozial gerechten Weg für alle einschlagen. (S. 53) Er vergleicht die Entwicklung in Kuba zu Zeiten der Existenz eines sozialistischen Weltsystems mit seiner jetzigen Lage und Kubas Entwicklung einerseits mit der anderer, auch starker kapitalistischer Länder. Kuba habe viel Sozialismus, wenig Marktwirtschaft und „zu wenig Demokratie“ (?) ... Große Staaten mit eigenem Rohstoff- und Arbeitspotential hätten die besten Voraussetzungen, sich aus Globalisierungsdruck und Diktat der Finanzmärkte zu befreien. Er nennt China, Rußland, Brasilien. Ob es dort eine solche Entwicklung geben würde, sei allerdings offen. China sei zwar das bevölkerungsreichste Land, aber es habe immer mehr Marktwirtschaft, immer weniger Sozialismus (?) und zu wenig Demokratie (?) Woraus resultieren solche Einschätzungen? Abschließend fragt Blessing: Wird die Welt so bleiben, wie sie heute ist, oder werden Milliarden Menschen nicht letztlich eine andere Entwicklung erzwingen? (S. 254) In ganz Lateinamerika gärt es. In Asien brennen Konfliktherde. In den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas sammeln die Bürger heute die Erfahrung massenhafter Existenzvernichtung. In den Industriestaaten formieren sich Antiglobalisierungskräfte. „Wenn die Massen aufwachen, ist eine Veränderung der Welt zum Besseren möglich ... Die fortschrittliche Menschheit muß aus der Depression erwachen. Sie muß sowohl den Schock nach dem Untergang des realen Sozialismus als auch den Glauben an die Allmacht des Kapitals überwinden.“ (S. 255)

Dr. Ernst Heinz

Klaus Blessing. Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? Erfahrungen und Schlußfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen. edition ost, Berlin 2003, 288 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3-360-01043-4

Ist der „Wohlfahrtsstaat“ wirklich nicht finanzierbar? (1)

„Wir wollen das bewährte Sozialstaatsmodell nachhaltig fortentwickeln, Wohlstand sichern, Beschäftigung für alle erreichen, eine gesunde Umwelt garantieren“, heißt es im Regierungsprogramm, das der SPD-Parteivorstand am 23. April 2002 beschloß, und Bundeskanzler Schröder versprach im Wahlkampf 2002: „Deutschland modernisieren heißt für mich auch, die soziale Gerechtigkeit zu erhalten und auszubauen.“ So weit der Schaum zum Einseifen des Wählers.

Das Sozialstaatsprinzip, das in Artikel 20 Absatz 1 und Artikel 28 Absatz 1 festgeschrieben ist, gehört zu den Leitgedanken des Grundgesetzes. Es zielt in erster Linie auf soziale Aktivitäten des Staates und die Abwehr unsozialer Eingriffe in die Grundrechte. Ein Verstoß gegen dieses Prinzip liegt dann vor, wenn die gewährte Hilfe des Staates nicht den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit entspricht (BVerfGE 40, 121, 133).

In der Regierungserklärung der rot-grünen Koalition von 2002 erklärte der Bundeskanzler, daß der „Wohlfahrtsstaat“ unbezahlbar sei. Die Bürger müßten dafür Verständnis haben, daß man bei bestimmten staatlichen Leistungen kürzer zu treten habe und Gerechtigkeit nicht vorrangig Verteilung, sondern Chancengleichheit heiße. Gleichzeitig sagte der Bundeskanzler, daß Deutschland ein reiches Land sei. Reichtum der Nation, das ist der Geldausdruck für die in einer Periode im Inland hergestellten Güter und bereitgehaltenen Dienstleistungen, ausgedrückt in der Kennziffer Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Es stellt sich die Frage nach den Gründen, warum die immer reicher gewordene Bundesrepublik objektiv nicht mehr in

der Lage sein soll, die schrumpfende Bevölkerung – ob arbeitend oder nicht – am wachsenden Reichtum partizipieren zu lassen und mit steigenden Einkommen zu belohnen. Weil die Bevölkerung altert? Der demographische Wandel ist keine neue gesellschaftliche Erscheinung. Er vollzieht sich seit über hundert Jahren und wurde in der Vergangenheit durch Produktivitätssteigerungen abgefangen. Die demographischen Veränderungen, die man nicht unterschätzen darf, sind ein Langzeitproblem, das vor 2015 noch keine gravierenden Folgen haben wird. Weil höhere Gesundheitskosten notwendig sind? Der Anteil der Ausgaben der Krankenversicherung beträgt seit 1980 konstant etwa 6 % des Bruttosozialprodukts.

Es vollziehen sich seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Entwicklungen, die verantwortungsbewußtem Handeln des Staates zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit diametral entgegengesetzt sind. Die Summe antisozialer Maßnahmen läuft auf die kalte Liquidierung des „Sozialstaates“ hinaus. Das ist fortschreitender Verfassungsbruch. Der Staat zieht sich schrittweise aus den sozialen Fürsorgepflichten für seine Bürger zurück, die er gemäß Grundgesetz und UN-Menschenrechtserklärung zu erbringen hat. Er fordert und fördert nicht Gerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums, sondern Chancengleichheit und Eigenverantwortung des Einzelnen zur Privatisierung seiner Lebensrisiken. Für uns Rentner übernimmt „die Politik“ nur noch die Verantwortung in der Gestaltung des Beitragssatzes und nicht mehr für das Leistungsniveau der Rentenversicherung. Das ergibt eine nach unten offene Rentenentwicklung, wie das der BfA-Präsident Dr. Rische feststellte. Das Rentenniveau kann damit ins Bodenlose fallen. Das ist der rentenpolitische Offenbarungseid. Er öffnet der Willkür Tür und Tor.

Privatisierung der Lebensrisiken? Die Versicherungen, die ein Geldvermögen von 100 Milliarden Euro an der Börse verspielt haben, wodurch 10 % der Versicherungspolice von Insolvenzen bedroht sind, liefern ein Beispiel dafür, welches Schicksal Geldanlagen erleiden können. Die Senkung der Höhe der Betriebsrenten bei der Commerzbank und beim Gerling-Konzern von 30 bzw. 50 % sind ein weiteres Warnzeichen. Allein bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2 % pro Jahr wären heute angelegte 100 Euro in 40 Jahren nur noch 30 Euro wert.

Seit 1996 werden der Bevölkerung Thesen suggeriert, daß der demographische Wandel an der Finanzkrise der Sozialkassen schuld sei; die Alten könnten im Interesse von Generationengerechtigkeit nicht auf Kosten der Jungen leben; die Rentner hätten während ihrer Erwerbszeit nicht regelmäßig oder nur kurz eigene Beiträge zur Pflegeversicherung geleistet. Die Belastung der Rentner durch die Gesund-

heitsreform sei notwendig, um ein unkontrolliertes Ansteigen der Gesundheitsausgaben zu verhindern. Der Staat könne die Sozialleistungen nicht mehr finanzieren. Diese und die Löhne würden die Fundamente des Staates untergraben, gar die Zukunft der Nation gefährden. Insgesamt lebten wir über unsere Verhältnisse. Wer? Die abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner, Kranken, Sozialhilfeempfänger, Obdachlosen – also die Mehrheit oder die Schwächsten der Gesellschaft? Kurzum: Zur Politik der „Agenda 2010“ gebe es keine Alternative, und der „Sozialstaat“ sei nicht finanzierbar. Deswegen müßten Sozialleistungen und Löhne schmerzhaft und kräftig gekürzt, Lohnnebenkosten gesenkt, Beitragssätze stabilisiert und reduziert werden, um einen Konjunkturaufschwung und mehr Beschäftigung zu erreichen. Das ist reine Demagogie.

Ludwig Erhard, der Konstrukteur des westdeutschen „Wirtschaftswunders“, bezeichnete in seinem Buch „Wohlstand für alle“ Sozialleistungen und Nettolöhne als Masseneinkommen, die genauso schnell steigen müßten wie die wirtschaftliche Leistung.

Wenn wir fragen, ob die Sozialleistungen und Löhne den Reichtum der Nation aufzehren, wie das behauptet wird, so ergibt sich in den letzten 25 Jahren ein ganz anderes Bild. Das Bruttoinlandsprodukt ist von 1975 bis 2000 auf 387 % gewachsen. Die Masseneinkommen sind im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung von 1960 bis 1975 gestiegen. Seitdem – besonders unter der Regierung Kohl – sind sie kontinuierlich und extrem gesunken. Betrug ihr Anteil am BIP 1975 noch 68,2 %, so ist er bis 1990 auf 59,5 % abgesunken. Nach dem Anschluß der DDR an die BRD erhöhte er sich bis 1995 auf 62,6 % an, um danach bis 2000 wieder auf 61,7 % abzusinken.

Die Brutto-Reallöhne pro Beschäftigten stagnieren seit mehr als zehn Jahren. Der Anteil der Nettolöhne am BIP hat sich von 1975 bis 2000 von 35,3 % auf 28,1 % vermindert. Die realen Nettolöhne und -gehälter sind zwischen 1991 und 2002 um 1,5 % gesunken. Die Bundesrepublik weist beim internationalen Vergleich aller Industrieländer die niedrigsten Lohnstückkosten aus. Ihre Entwicklung belegt, daß dieses Land kein Arbeitskostenproblem hat. Auch die Zuwachsraten des Exports der vergangenen Jahre, die nunmehr durch den Anstieg des Kurses des Euro gebremst werden, bezeugen das. Seit 2002 schrumpft sogar das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte.

Der Reichtum wurde also immer größer, aber der Teil für die Mehrheit der Menschen – ob arbeitend oder nicht – verringerte sich ständig. Würde der Anteil der Masseneinkommen nach Erhards Credo heute noch genauso hoch sein wie 1975, stünden den Bundesbürgern in Form von Sozialleistungen und Nettolöhnen jährlich rund 140 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, 2600 Euro für jeden Erwerbstätigen oder Bezugsberechtigten.

(Wird fortgesetzt)

Walter Krauße



Wie Otto S. der Welt seinen Stempel aufdrückt

Vieles in der deutschen Geschichte ist mit dem Vornamen Otto verbunden. Eine ganze Periode wird sogar die ottonische genannt. Von Otto I. über O II und O III führt der Gedanke zum Blut-und-Eisen-Otto von B., wir kennen Otto G. als die eine Hand der SED, Otto Graf L., den Liberalen, dazu noch Otto den Außerfriesischen und Otto R., den Ehrengriechen. Beispielsweise.

Mein Lob soll sich aber auf den bundesdeutschen Innen-Otto, also Otto S., den Scharfen, beschränken. Karriere um jeden Preis, so muß wohl sein Lebensmotto heißen. Nach erfolgreichem Studium der Rechte gebärdete er sich als Strafverteidiger von bundesdeutschen Lieblingsfeinden und zwar so eindrucksvoll, daß ihm die grüne Protestpartei wie auf den talarverhüllten Leib geschneidert schien. Aber hier kauften ihm andere den Schneid ab, was seine demokratische Seele so tief verletzte, daß er ins Lager der SPD überlief. Und entgegen der Volksweisheit, daß man wohl den Verrat, aber nicht den Verräter mag, machte Otto S. dort Karriere. So geriet er ins Amt des Innen-Otto, das er fortan mit eiserner Hand für die Herren des Geldes versieht. Getreu der sozialdemokratischen Tradition, daß ja einer der Bluthund sein muß.

Er haßt Kriminelle und Drogensüchtige, jagt Terrorverdächtige, läßt bespitzeln, drangsaliert unliebsame Ausländer, am liebsten „Islamisten“, und andersdenkende (weil damit verdächtige) Menschen im Lande. Grundgesetz hin oder her. Und weil ihm die vielen Wirtschaftsflüchtlinge und ungebeten Einwanderer ein Pfahl im Fleische sind, will er nun Auffanglager für Asylbewerber in Nordafrika errichten lassen, um Recht und Ordnung in der EU zu schützen. Da könnte man vor Ort selektieren, würde langwierige Prozeduren und Abschiebungsverfahren vermeiden und überhaupt: Die Republik könnte sich „das ganze Gesocks“ vom Halse halten. Selbst der Chef von Cap Anamur („Es muß ja nicht Lager heißen“) und die berufsoppositionelle CDU-Chefin Merkel („überdenkenswerte Alternative“), die sonst aus Prinzip dagegen sein müssen, erliegen dem spröden Charme von Otto S. Zu verlockend scheint die Möglichkeit, abzuschieben ohne reinzulassen.

Und alles ist im Tierversuch bereits erprobt! Sogar öffentlich! Wer den MDR empfangen kann, regelmäßig am Freitag um 19.50 Uhr einschaltet und die Serie „Elefant, Tiger & Co“ sieht, der erlebt die Einrichtung einer Afrika-Savanne, das Zusammenführen verschiedenster Tierarten auf einem umzäunten Gelände am Rande des Zoos mit Blick in die erstrebenswerte Freiheit. Mit einigem Aufwand und Einfühlungsvermögen der Wärter funktioniert es. Ich habe es vor Ort selbst gesehen! Also müßte es sich auch mit Afrikanern verschiedener Völkerschaften und Staaten machen lassen. So ist die Initiative von Otto S. erklärbar.

Nun scheint es mir auch nicht mehr unmöglich, daß folgendes Gerücht als wahr in die Medien gerät: Otto S. gründet einen Staat, der als Abschiebeland für Kommunisten, Linke, Terroristen, Nörgler, Sozialbetrüger, Globalisierungsgegner und andere Störenfriede dient. Ein solcher Geniestreich wird wohl sein Lebenswerk krönen. Begrenzt durch die Eckpunkte Schönberg – Anklam und Gardelegen – Frankfurt (Oder) entsteht ein Gebilde, in dem sich all die wiederfinden sollen, denen das Leben hier und heute nicht paßt. Die Menschenversuche dazu laufen bereits. Unter dem irreführenden Code „Großer Bruder“, der in jedem gelernten DDR-Bür-

ger die Sowjetunion assoziiert, laufen Laborversuche sogar im Fernsehen. Dem Zeitgeist entsprechend verschämt mit dem englischen Titel „Big Brother“. Aber auch Formate wie „Dschungelcamp“, „Auf der Alm“ oder „Frauentausch“ dienen der Vorbereitung. Mit der Aufnahme Polens in die EU ist schließlich die sichere Aus- und Abgrenzung nach allen Seiten gewährleistet. Am Namen für dieses Abschiebeland wird noch gearbeitet. Derzeit favorisiert man „Ossitien“ oder auch einfach „Otto-Land“. Dagegen wehrt sich allerdings ein Hamburger Versandhaus vehement. Wegen Rufschädigung. Aber alles ist ja nur ein Gerücht.

Richard Georg Richter

Warum das Kapital die Gewerkschaften aufs Korn nimmt

„Fortschrittsfeindlichkeit“

In den bürgerlichen Medien ist man sich einig: „Sozialreformen“ seien nötig, und die SPD-Führung befinde sich auf dem rechten Weg. Die Gewerkschaften sträubten sich dagegen und seien folglich fortschrittsfeindlich!

So tönt es von interessierter Seite durch ihre Sprachrohre. Wer aber hinter den Schleier bürgerlicher Ideologie schaut, erkennt: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht“ (MEW 3, 46).

Das wird um so deutlicher, je mehr sich die im Kapitalismus unvermeidlichen Krisen verschärfen. Den praktischen Beweis liefern die Sender und Zeitungen der herrschenden Klasse mit widerlicher Penetranz. Sie haben sich in vorausweisendem Gehorsam so gleichgeschaltet, wie es den Medien in sozialistischen Systemen von ihnen immer unterstellt wurde.

Sie unterstützen die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse und schieben die Schuld an der sich verschärfenden Krise den Gewerkschaften zu.

Sicher haben diese eine Mitschuld, da sie jahrzehntelang eine Gesellschaft mitgetragen haben, in der die kapitalistische Produktionsweise

herrscht. Sie haben mitgeholfen, den Kapitalismus mit parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu schminken und nicht geglaubt, daß dessen wahres Gesicht doch immer wieder durchschimmert.

So ist der allgegenwärtige Angriff selbstverständlich nicht zu verstehen. Der Vorwurf fortschrittsfeindlich zu sein, meint genau das Gegenteil: Die Gewerkschaften sollen sich gefälligst rückschrittsfreundlich verhalten. Sie sollen sich den Verwertungsbedingungen des Kapitals beugen und einen massiven Abbau mühsam ertrotzter sozialer Errungenschaften abnicken.

Jetzt rächt sich, daß die Gewerkschaften sich selbst zu Dienstleistungsunternehmen degradierten. Sie haben die Unterstützung vor allem in tariflichen Auseinandersetzungen wie Ware angeboten. Und nun laufen den Gewerkschaftsunternehmen die Kunden weg. Wer die Tatsache antagonistischer Klassen im Kapitalismus leugnet oder verdrängt, kann im Notfall nicht auf einen festen Klassenstandpunkt seiner Klientel rechnen. Hier ist die herrschende Klasse den Arbeitern weit voraus!

Die Gewerkschaften sind in einem üblen Zustand. „Selbstschuld!“ Das ist zu kurz gedacht. Sie sind notwendig. Ohne sie wären die Arbeitsbedingungen der Menschen, die

ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, da sie nicht über Produktionsmittel verfügen, noch grausamer. Die Gewerkschaften sind nach dem offenen Verrat der sozialdemokratischen Führung an der Arbeiterbewegung die wichtigste Oppositionskraft gegen den Sozialabbau.

Man muß die Gewerkschaften in ihrer gegenwärtigen Form nicht lieben, aber nutzen. Dazu müssen die Funktionäre einen Tritt kriegen. Als solcher ist der Mitgliederschwund zu erklären. Zu unterstellen, daß die Lohnabhängigen austreten, weil ihnen die Gewerkschaften nicht „reformbereit“ genug sind, ist lächerlich und tendenziös. Glaubt wirklich jemand, Arbeiter seien masochistisch und möchten immer härter drangsaliert werden?

Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, daß die Gewerkschaften geschwächt oder gar zerschlagen werden. Das bezeugen die mehr oder weniger unverhohlenen Wünsche der Kapitalseite! Die Arbeiter müssen flexibel sein, ihre Interessen erkennen und sich dabei nicht von der Bourgeoisie und deren Helfershelfern mißbrauchen lassen. Eine wissenschaftlich fundierte Orientierung steht seit langem bereit: „Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats“ (MEW 4, 363). Die Unterstützung durch den „RotFuchs“ ist dabei gewiß!

Norbert Kornau, Hannover

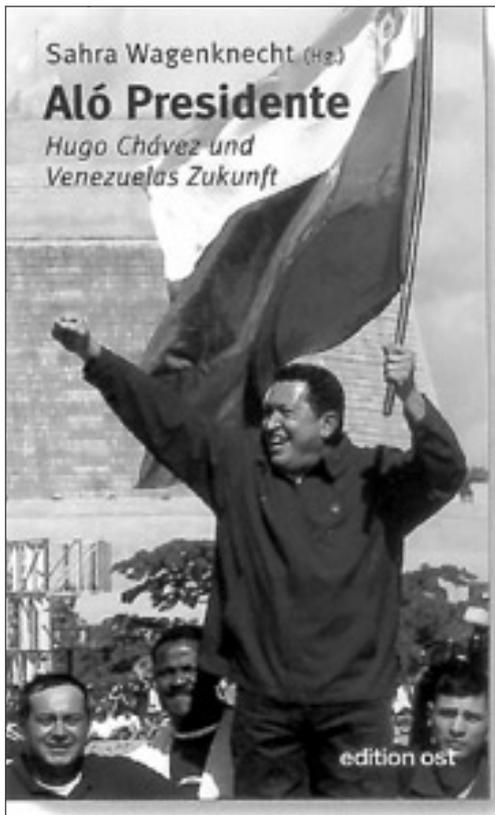
Aló Presidente: „Aus mir sind Millionen geworden ...“

Seit fast sechs Jahren, seit dem 6. Dezember 1998, laufen die Uhren anders in Venezuela. Sechs Jahre schon vollziehen sich in diesem Land Dinge, von denen wir kaum etwas wissen. Das aber kann sich jetzt ändern. Es liegt nun ein „einzigartiges Buch“ vor, das „hochaktuell Auskunft gibt über eine unbemerkte Revolution“, so die Ankündigung des Verlages edition ost über Sahra Wagenknechts jüngstes Werk.

In der Tat. Es ist einzigartig, denn mit ihm sind wir in der Lage, eine große Wissenslücke zu schließen. Nirgends sonst finden wir derart authentische Zeugnisse über diese „unbemerkte Revolution“. Die Autorin war selbst in dem Land, hat zahlreiche Gespräche und Interviews geführt und diese in dem von ihr herausgegebenen Sammelband „Aló Presidente“ vorgestellt. Wir hören so die Originalstimmen des Präsidenten, von Ministern, Abgeordneten, Vertretern von Massenorganisationen und Journalisten. Sie wirken, zumindest auf mich, wie eine Offenbarung. Ich vermute jedoch, daß die Lektüre auch andere in ihren Bann ziehen wird. Immerhin handelt es sich um eine Revolution.

Sicher, sie verläuft gewissermaßen irregulär, nicht nach „bisherigen Mustern“, ihr Ausgang ist noch offen. Aber gerade deshalb: Sie ist es wert, beachtet und geachtet zu werden. Sie verdient und braucht unsere ganze Solidarität. Wo gibt es sonst ein Land, dessen Massen es wagen, aus dem Teufelskreis imperialistischer Umklammerung auszubrechen? Venezuela steht auch für unsere Hoffnungen. Es trägt eine Verantwortung, die zu erfassen mit dem vorliegenden Reportageband möglich wird. Alle Seiten dieses facettenreichen Geschehens werden beleuchtet: Die Präsidentschaftswahl 1998, die Rolle der Volksmassen, die Lage im Land, die Putschversuche der Reaktion. Am beeindruckendsten jedoch ist, was über die

Erfolge der bolivarianischen Revolution gesagt wird – eine neue fortschrittliche Verfassung, 49 Gesetze, die dem Volk nützen, der Einsatz von Öleinnahmen für soziale Zwecke, eine Landreform, eine unentgeltliche Gesundheitsversorgung, ein kostenfreies staatliches Bildungssystem, eine neue staatliche Universität, ein Alphabetisierungsprogramm und vieles mehr. Es ist schwer vorstellbar, daß dies alles erreicht wurde ge-



gen den täglichen Widerstand der eigenen Bourgeoisie, der etablierten Parteien und des internationalen Kapitals. Wie funktioniert so etwas bei Fortbestehen einer „doppelten Macht“? Die Abgeordnete Elsa Castro erklärt dazu: „Wir stellen zwar den Präsidenten und die Regierung, aber viele andere Bereiche werden von der Opposition kontrolliert. Es wurden zwar Minister ausgetauscht, aber in vielen Institutionen sind die Funktionäre

die gleichen geblieben. So ist z. B. die Justiz in den Händen der Opposition. Mehr als die Hälfte der Richter entscheidet im Interesse der Reichen und Korrupten.“ Die Parlamentarierin ist sich des Ernstes der Lage bewußt, wenn sie sagt: „Ihre Instrumente reichen von ökonomischer Erpressung über Meinungsmanipulation bis zu offener militärischer Gewalt.“ Selbst Mordversuche gegen Hugo Chávez gehören zum Szenario. Dabei ist der Präsident kein Kommunist, wie er selbst über sich sagt. Er verstehe sich als Christ und sehe sein Vorbild vor allem in Bolívar. Wie diesem gehe es auch ihm „um das Glück des Volkes“, um das Recht der Rechtlosen.

Und diese sind sich ihrer Kraft bewußt geworden. Überall wachsen soziale Bewegungen. Das Volk organisiert sich. Die Arbeiterklasse formiert ihre Reihen und hat einen Block zur Verteidigung der Verfassung gebildet. „Prozesse, die mit der Kraft eines Vulkans erwachen, brechen sich eine Bahn, sie schaffen sich ihr Flußbett, und niemand vermag sie aufzuhalten“, erklärt Hugo Chávez.

In Venezuela muß diese Volksmacht, die parallel zum alten Staatsapparat entstanden ist, nicht erst geschaffen werden. Sie existiert bereits und nimmt an Stärke zu, Tag für Tag. „Das ist als der größte Sieg des originalen venezolanischen Prozesses zu verstehen. Das definiert ihn als Revolution.“ Auf eine Interview-Bemerkung, daß man gerade dabei sei, das Handbuch für einen perfekten Staatsstreich zu vervollkommen, erwidert der Präsident: „... Es gibt ja Leute, die sagen, daß das ganze Projekt den Bach runtergeht, wenn ich mal nicht mehr bin. Aber das stimmt nicht. Aus mir sind Millionen geworden ...“ **Bruni Steiniger**

Sahra Wagenknecht (Hg.). *Aló Presidente. Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft.* edition ost, Berlin 2004, 224 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 3-360-01055-8



Unvergessen: Salvador Allende und Chiles großer Dichter Pablo Neruda.

Wie Polens Volksmacht 1944 bis 1948 geschaffen und verteidigt wurde

Das Polnische Nationale Befreiungskomitee (PKWN), am 21. Juli 1944 in Lublin gegründet, war die erste Volksmachtregierung Polens. Sie war aber nicht kommunistisch, wie die polnischen Rechten seither behaupten. Die Kommunisten (PPR) stellten nur ein Drittel der Regierungsmitglieder, besetzten aber die wichtigen Ressorts Staatssicherheit, nationale Verteidigung, Information/Propaganda und Industrie. Die anderen waren Linkssozialdemokraten, linke Bauernpolitiker und Linksliberale. Damit waren alle werktätigen Klassen und Schichten vertreten. Dennoch hatte diese Exekutive noch nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich. Die meisten Polen hingen weiter an der Exilregierung, die in London residierte. Die „Lubliner“ galten als „von den Sowjets eingesetzt“. Das PKWN war in den Augen der UdSSR nur ein Provisorium, eine ihr freundlich gesonnene Regierung. Auch eine bürgerliche wie in der CSR wäre ihr in dieser Situation willkommen gewesen. Da mit den „Londonern“ vorerst nicht ins Gespräch zu kommen war, setzte Stalin zunächst auf das PKWN. Die Volksmacht wurde sofort von Moskau anerkannt und materiell unterstützt. Die in der UdSSR aufgestellte Polnische Volksarmee und die aus kommunistischen Partisanen formierten Schutz- und Sicherheitsorgane stärkten die Autorität der neuen Staatsmacht. Schnell wurde die Bodenreform beschlossen und durchgesetzt, wurden Fabriken an Arbeiterkomitees übergeben, Sozialmaßnahmen beschlossen und – nach Kriegsende – die massenhafte Besiedlung der neuen Westgebiete eingeleitet. Das schuf Vertrauen. Mit der Niederlage des Warschauer Aufstandes im August 1944 hatte die bürgerliche Widerstandsbewegung nicht nur eine militärische und politische Schlappe, sondern auch einen landesweiten Schock erlitten. Solange die Rote Armee in Polen kämpfte, wagten es die „Londoner“ nicht, massiv gegen das PKWN vorzugehen, da die Autorität der sowjetischen Befreier in hohem Kurs stand. Überdies erklärte die UdSSR, jeden Angriff auf ihre Truppen und deren polnische Verbündete als feindlichen Akt zu betrachten. Als es dennoch zu derartigen Aktionen kam, schlugen die sowjetischen Militärorgane zu und verhafteten die Führer des Untergrundes.

Im Januar 1945 konstituierte sich das PKWN in Warschau als Provisorische Regierung. Da die Linken nun in der polnischen Hauptstadt saßen, sollten die „Londoner“ endlich entsprechend reagieren. Die Westmächte unterstützten das sowjetische Projekt einer Regierung aus allen antifaschistischen Kräften, um den Linken die Macht nicht allein zu überlassen. Das aber kam für die „Londoner“ nicht in Frage. In völliger Verkennung

des inzwischen eingetretenen Kräfteverhältnisses wollten sie ihnen bestenfalls eine marginale Rolle zubilligen. So ergab es sich, daß nur wenige Politiker wie der rechte Bauernführer und frühere Exilpremier Mikolajczyk nach schwierigen Verhandlungen in die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit eintraten, die auch von den Westmächten anerkannt wurde. Der Exilregierung entzogen diese und die meisten anderen Staaten daraufhin ihre diplomatische Anerkennung. Nach der Befreiung reorganisierte sich das bürgerliche Lager und ging in die Offensive, da die Rote Armee inzwischen das Land verlassen und nur an zwei Transitstrecken Kontingente zurückgelassen hatte. Schon vor Ausbruch des Kalten Krieges spekulierten die „Londoner“ auf den Beginn eines neuen militärischen Konflikts zwischen den Westmächten und der UdSSR. Abteilungen des bewaffneten reaktionären Untergrundes griffen nun massiv die Volksmacht an, so daß in einigen Landesteilen Bürgerkriegsbedingungen entstanden. Zielgerichtet wurden Kommunisten, andere Linke und deren Familien umgebracht. Insgesamt fielen dem weißen Terror 22000 Menschen zum Opfer, viele von ihnen starben im Kampf gegen die Banden. Unter den Gefallenen befand sich auch der legendäre Vizeverteidigungsminister Karol Swierczewski, der aus Spanien als „General Walter“ bekannt war. Konterrevolutionäre ermordeten 980 Sowjetsoldaten, obwohl diese nicht an den Kämpfen teilgenommen hatten.

Die Volksmacht war 1945 in einer prekären Lage. In Absprache mit der bewaffneten Reaktion sammelte Vizepremier Mikolajczyk in seiner rechten Bauernpartei (PSL) militante Antikommunisten. Auch die katholische Kirche nutzte ihren Einfluß, um die Gläubigen gegen die Linke aufzubringen und eine klerikale Massenpartei – die SP – zu schaffen. Zeitweise schien es so, als würde die Volksmacht dieser Probleme nicht Herr werden. Sie mußte zugleich gegen die Reaktion vorgehen, Parlamentswahlen vorbereiten und ihre eigene Autorität stärken. Gegen die Konterrevolution wurden Teile der Volksarmee, Truppen des Innenministeriums und freiwillige Milizen von Arbeitern und Kleinbauern mobilisiert. Bis 1948 war der bewaffnete Untergrund im wesentlichen zerschlagen. Der Gegner beklagte Verluste von 8000 Mann. Dennoch setzten bis 1952 noch einzelne Bewaffnete den Terror fort.

1946 konnten die Linken den Gegenangriff einleiten. Mit einer Volksabstimmung über die bereits durchgesetzten sozialökonomischen, politischen und territorialen Veränderungen ließen sie sich ihre Politik bestätigen. Die überwiegende Mehrheit stimmte mit „ja“. Die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit war

für die Bodenreform, die Arbeiterklasse unterstützte die Nationalisierung der Schlüsselindustrien, das Kleinbürgertum wollte den Erhalt des Kleinbesitzes, und die Polen überhaupt sprachen sich für neue stabile Westgrenzen aus. Der Schlag hatte gesessen und wurde von den Rechten als Niederlage begriffen. Versuche, die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten – das Unterpand der neuen Ordnung – zu zerstören, schlugen fehl. Inzwischen hatte das Volksmachtlager in den Augen weiter Teile des polnischen Volkes den politischen Härtestest erfolgreich bestanden. Nun begann innerhalb von PSL und SP die Geschlossenheit zu bröckeln. Linke Flügel bildeten sich heraus, die bereit waren, sich mit den Kommunisten zu arrangieren. Bei der SP kam dieser Prozeß schneller voran, so daß ihr der hohe Klerus das Recht absprach, als kirchennahe Partei zu gelten. In der PSL dauerte es länger. Zu den Parlamentswahlen im Januar 1947 wollte ihr Führer Mikolajczyk alles auf eine Karte setzen. Als Preis für eine gemeinsame Liste mit den Linken verlangte er 75 % der Sitze und sämtliche wichtigen Regierungsressorts. Seine Bauernpartei war im Vorkriegspolen nie über 13 % hinausgekommen. Jetzt bot man ihm 25–33 % an. Doch Mikolajczyk lehnte ab. Daraufhin entbrannte ein harter Wahlkampf. Da viele Organisationen der PSL nachweislich mit dem bewaffneten Untergrund zusammenarbeiteten, durfte diese Partei nicht an den Wahlen teilnehmen. Ein Flügel der PSL-Mitglieder gründete nun eine neue Partei und erklärte die Absicht, mit den Linken zu kooperieren. Bei den Parlamentswahlen erhielt der linke Block 80,1 %, die PSL 10,3 % und die SP 4,7 %. Die weitere Entwicklung belegte den Zerfall und die Kapitulation des rechten Lagers. Im September 1947 beschloß die PSL-Jugendorganisation eine Zusammenarbeit mit Jungkommunisten und Jungsozialisten. Im Oktober floh Mikolajczyk außer Landes. Drei Wochen später war der Linksruck in der PSL abgeschlossen. Im Februar 1948 trat sie dem Volksmachtlager bei. Gemeinsam mit anderen linken Bauernparteien bildete sie 1949 die Vereinigte Bauernpartei (ZSL). Die SP löste sich 1950 selbst auf, ein Teil ihrer Mitglieder ging zu den Linksliberalen. 1948 hatten sich Kommunisten und Sozialdemokraten zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zusammengeschlossen, die im Bündnis mit ZSL und Linksliberalen jahrzehntelang Volkspolen führte. In einem nicht von der Sowjetarmee besetzten Land verstand es die Linke, sich aus eigener Kraft gegen einen starken und gefährlichen Feind zu verteidigen, ihn zurückzudrängen und die Volksmacht zu festigen.

Stefan Warynski

Milosevic-Prozeß: Schuldig bei Verdacht

Am 5. Juli sollte die zweite Halbzeit im Haager Prozeß gegen Slobodan Milosevic beginnen. Nachdem die Anklage seit Prozeßbeginn im Februar 2002 über 300 Verhandlungstage Zeit hatte, um ihre Zeugen und Dokumente gegen den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten zu präsentieren, sollte der Angeklagte nun immerhin die Hälfte der Zeit – 150 Verhandlungstage – haben, um Entlastendes darzustellen. Doch es sollte noch böser kommen: Da sich der Gesundheitszustand Milosevics aufgrund seines Bluthochdrucks ständig verschlechtert, erwägt das Tribunal – nein, keine Haftverschonung, wo kämen wir da hin! – die Fortführung des Prozesses in Abwesenheit des teuflischen Serben. Er darf dann das Geschehen im Gerichtssaal per Video von seiner Zelle aus verfolgen.

Abseits der Stärken und Schwächen einzelner Belastungszeugen hat die Anklageschrift selbst einen gravierenden Konstruktionsfehler: Milosevic ist nämlich nicht wegen Völkermordes im Kosovo angeklagt, „obwohl das der wesentliche Grund für den NATO-Luftkrieg war“ (Frankfurter Allgemeine). Als Chefanklägerin Carla del Ponte von Le Monde gefragt wurde, warum dieser Anklagepunkt fehle, mußte sie zugeben: „Weil es keine Beweise dafür gibt.“

Ersatzweise wurde versucht, Milosevic auch ohne Vorliegen eines schriftlichen Dokuments für alle Scheußlichkeiten verantwortlich zu machen. Das las sich dann beispielsweise in der Anklageschrift so: „Die Terror- und Gewaltkampagne gegen die kosovoalbanische Bevölkerung wurde von den Streitkräften der FRJ und Serbiens ausgeführt, die von Slobodan Milosevic ... Anweisungen, Ermutigungen und Unterstützung bekamen.“ Es war ein schwerer Schlag für dieses vage Konstrukt, daß zwei jugoslawische Generäle im Jahr 2001 in Armeearchiven gesucht und nichts gefunden haben, was nach „Anweisungen, Ermutigungen und Unterstützung“ aussah. In ihrem Buch „Zasto su optuzeni“ (Verlag Grafomark, Belgrad 2001) schreiben Dusan Vilic und Bosko Todorovic, es gebe „im gesamten Archiv des Pristina-Korps und der Dritten Armee

kein einziges Dokument ..., das nicht auf dem Schutz der Zivilisten besteht“.

Bleibe nur noch die theoretische Möglichkeit, daß Milosevic an der Armeeführung vorbei die großangelegte ethnische Säuberung des Kosovo angeordnet hat – über eine „parallele Kommandostruktur, die direkt von Belgrad über Telefon ins Kosovo verlief“, wie FAZ-Spezialist Matthias Rüb vor Verhandlungsbeginn glauben machen wollte. Auch er mußte zugeben: „Schriftliche Dokumente ... gibt es nämlich so gut wie nicht.“ Das war del Pontes Dilemma: Ihre Anklageschrift behauptete allen Ernstes, die serbischen und jugoslawischen Sicherheitskräfte hätten auf Anordnung Milosevics „bis 20. Mai 1999 über 740 000 Kosovo-Albaner ... vertrieben“ – präsentierte dafür aber keinen einzigen schriftlichen Befehl.

Um das Fehlen von Dokumenten zu überspielen, bot die Anklage eine Vielzahl von Zeugen auf, die Milosevics Verantwortung für die Verbrechen nachweisen sollten – vom 19. Februar bis zum 11. September 2002, dem Ende der Beweisaufnahme im Punkt Kosovo, allein 124. Doch deren Vorstellung war über weite Strecken so schwach, daß sich sogar der (später ermordete) pro-westliche serbische Premier Zoran Djindjic darüber entrüstete, „wieviel Geld verpulvert wurde, damit dieses Gericht nach fünf Jahren mit solch belanglosen Zeugen aufwartet“. Umgekehrt waren die Auftritte des Angeklagten oft so überzeugend, daß sogar das Springerblatt Welt am Sonntag konstatieren mußte: „In Belgrad ist Milosevic ein Held.“ Kein Wunder, daß das regierungstreue serbische Staatsfernsehen RTS – der einzige Sender, der im ganzen Land zu empfangen ist – die Übertragung der Haager Verhandlungen nach kurzer Zeit einstellte und auch das Interesse der westlichen Medien am anfänglich sogenannten „Jahrhundertprozeß“ erlosch.

Um so größer war der Auftrieb von Zeugen-Prominenz aus den NATO-Staaten. So erschienen der deutsche General Klaus Naumann, während des Krieges Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, der Brite Paddy Ashdown, langjähriger Hochkommissar für Bosnien-Herzegowina, sowie dessen Nachfolger, der Österreicher Wolfgang Petritsch, der Norweger Knut Vollebaeck, ein ehemaliger Vorsitzender der OSZE, und als Nachzügler (im Dezember 2003) auch der seinerzeitige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark vor Gericht. Einmal lehnte dieses den Auftritt eines zweifelhaften Zeugen ab: Mit Kevin Curtis hatte die Anklage für den 21. Februar 2002 einen ihrer

Mitarbeiter nominiert. Daß Staatsanwälte sich gegenseitig als Zeugen aufrufen, war Richter Richard May wenigstens in diesem einen Fall zuviel.

Bei ähnlich umstrittenen Zeugen hatte das Gericht allerdings keine Einwände: Am 3. Juni 2002 sagte Fred Abrahams von der Organisation Human Rights Watch aus. Er hatte nicht nur an der Abfassung der Anklage gegen Milosevic mitgearbeitet, sondern bereits im August 1998 in einem Beitrag für die International Herald Tribune gefordert, der jugoslawische Präsident müsse in Den Haag angeklagt werden. Am 30. Oktober 2003 trat sogar noch Graham Blewitt als Zeuge auf, der Stellvertreter der Chefanklägerin del Ponte.

Vor diesem Hintergrund ist um so bemerkenswerter, daß das Tribunal dem Angeklagten Steine in den Weg legt, wenn es um die Benennung seiner Zeugen geht. Milosevics Liste mit 1600 Namen wird von dem Gericht nur dann akzeptiert, wenn jeweils die Relevanz des Zeugen für den Prozeß nachgewiesen wird. Die westliche Presse kolportiert bereits, daß dies bei einigen der Gewünschten – etwa dem britischen Premier Tony Blair, dem ehemaligen US-Präsidenten William Clinton oder dem deutschen Kanzler Gerhard Schröder – schwer werden könnte. Schwerer als bei den oben angeführten Starzeugen der Anklage?

Man muß überdies befürchten, daß das Urteil schon gesprochen ist, bevor der Angeklagte auch nur die Möglichkeit hatte, mit seiner Verteidigung zu beginnen. Am 16. Juni 2004 verkündeten die drei Richter die Zurückweisung eines Einspruchs, wonach wichtige Anklagepunkte aufgrund ungenügender Beweislage fallen zu lassen seien. Vielmehr, so klopfen in diesem Bescheid die Richter den Anklägern auf die Schulter, seien die vorgelegten Beweise ausreichend. Lediglich beim Vorwurf des Völkermordes in Bosnien brachte Richter O-Gon Kwon Vorbehalte zu Papier und teilte mit, die „genozidale Intention“ des Angeklagten sei nicht hinreichend bewiesen worden. Aber dieser Einwand wurde überstimmt. „Bar jeden Zweifels“, hieß es in der richterlichen Entscheidung, sei auch bewiesen worden, daß der Angeklagte am „genozidalen Plan“ eines *joint criminal enterprise* („gemeinsamen verbrecherischen Unternehmens“) zur Vernichtung der bosnischen Muslime beteiligt war. Damit dieses brüchige Konstrukt nicht einknickt, soll der Gefangene nun mit allen Tricks von weiteren Auftritten abgehalten werden. Das wird gelingen, wenn der Protest in der westlichen Öffentlichkeit weiter so gering bleibt.

Jürgen Elsässer

Von Jürgen Elsässer ist im Frühjahr das Buch „Kriegslügen. Vom Kosovo-Prozeß zum Milosevic-Prozeß“ (Verlag Kai Homilius) erschienen.



Schilys Abschiebepraktiken spielen Togos Diktator Eyadéma in die Hände

In den vergangenen Monaten erfuhr die Öffentlichkeit mehrfach von Protestaktionen togoischer Flüchtlinge – die Berliner konnten sich vom 19. bis 22. Juni auf dem Gendarmenmarkt mit einem Hungerstreik solidarisieren, dem am 27. April bereits eine Demonstration mehrerer hundert Frauen und Männer aus der gesamten BRD vom „Alex“ zum Außenministerium vorausging. In vielen Städten gab es Aktionen vor Ausländerbehörden, Innenministerien und in Fußgängerzonen; Togoerinnen und Togoer beteiligten sich an der Demonstration in Kiel gegen die vom Oberabschieber Schily geleitete Innenministerkonferenz. Niemand von diesen Menschen kam freiwillig aus Afrika in die BRD.

Togo, mit 56 600 Quadratkilometern etwa halb so groß wie die DDR, an der Westküste Afrikas zwischen Ghana, Burkina Faso und Benin gelegen, wurde 1884 bei der Aufteilung des Kontinents unter den Imperialisten dem Deutschen Reich als Kolonie zugeschlagen. Nach dem 1. Weltkrieg fiel das Land den britischen und dann den französischen Kolonialisten als Beute zu. Ihre Herrschaft dauerte bis 1960, als der Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegung am 27. April auch Togo die Unabhängigkeit brachte. Doch ebenso wie Felix Moumié, Führer der Befreiungsbewegung Kameruns, und Patrice Lumumba, dessen politischem Denken er nahestand, wurde der erste Präsident Togos Silvio Olympio schon bald darauf, im Januar 1963, von Staatsterroristen ermordet. Er galt wie alle diese Kämpfer als Gefahr für das neokoloniale Projekt, das den einstigen Herren nach der formalen „Entlassung in die Unabhängigkeit“ weiter Macht und Einfluß sichern sollte. Dafür versuchte in Togo zunächst Nicolas Grunitzky zu sorgen, doch offenbar nicht wirksam genug. Am 13. 1. 1967 putschte die Armee, der Ausnahmezustand wurde verhängt, die Verfassung außer Kraft gesetzt und jede politische Betätigung verboten; am 14. April 1967 ernannte sich General Etienne Eyadéma zum Präsidenten. Seine Diktatur dauert bis heute. An ihrem terroristischen Charakter hat sich nichts geändert, auch wenn kosmetische Maßnahmen darüber hinwegtäuschen sollen. Jede Opposition wird unterdrückt, willkürliche Verhaftungen, Folter, das „Verschwindenlassen“ von Gegnern der Diktatur sind an der Tagesordnung; an den Stränden von Nachbarländern werden immer wieder Tote gefunden – Gefangene, die das Regime von Hubschraubern ins Meer werfen ließ.

Im Lande selbst ist die Opposition seit ihrer Erhebung 1990 weitgehend erschlagen. Damals antwortete Eyadéma auf die Massenproteste zunächst mit der Zulassung der Parteien seiner Gegner, dann jedoch 1991 mit militärischen Unterdrückungsmaßnahmen, die in ei-

nem Massaker an über 300 Menschen gipfelten. Im Norden Togos befinden sich große Gefangenenlager, die um den 1. Juni 2003 noch voller wurden. An diesem Tag ließ sich der Diktator, gestützt auf seine willfährige Soldateska, durch eine Scheinwahl „im Amt bestätigen“; selbst UNO und EU weigerten sich, Beobachter zu dieser Farce zu entsenden. Dieser andauernde Terror, die Militarisierung des ganzen Staates (die Armee erhält 25% der Haushaltsmittel), der Verfall aller gesellschaftlichen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser hat – das läßt sich nur schätzen – etwa ein Viertel der rund 4 Millionen Einwohner zur Flucht ins Ausland gezwungen.

Welche Schätze, welche Reichtümer besitzt nun dieses Land, die ihm das Unheil einer schon 37 Jahre währenden Diktatur unter demselben Tyrannen gebracht haben? Es gibt keine Goldminen, kein Uranerz, kein Kobalt, Erdöl oder ähnliches. Nur Phosphat findet sich in Togos Erde, es wird abgebaut, doch teurer als z. B. in der Sahara und Marokko, wo die Vorkommen auch weitaus ergiebiger sind. Etwas Kaffee, Kakao sowie Kokosprodukte werden in Togo erzeugt. Diese koloniale Monokultur bei der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen zwingt zum Import vieler Nahrungsmittel. Nein, Togo ist kein reiches Land. Aber Eyadéma machte es im Zusammenwirken mit seinen imperialistischen Herren zu einer Drehscheibe und zu einem Brückenkopf für schmutzige Geschäfte und Projekte jeder Art: Geldwäsche, Drogen- und vor allem Waffenhandel, Söldnerwesen, Putschplanungen und dergleichen mehr ... Besonders die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Deutschland sind dabei aktiv. Was die BRD betrifft, geriet Togo schon in den 60ern in dieser Hinsicht kurz in die Schlagzeilen: Altfaschistische Kreise des deutschen Imperialismus und Militarismus ließen dort für ihre Pläne zur eigenen Atombewaffnung Raketeningenieure an der Entwicklung ballistischer Träger basteln. Heute tun das andere, französische und deutsche, im Rahmen „europäischer Weltraumprojekte“ ...

Es versteht sich, daß das neokoloniale Joch für Togos Herrscher auch „besondere wirtschaftliche und politische Beziehungen“ zu den alten Herren bedeutet. Vor allem von ihnen werden die notwendigen Importe von Kraftstoffen, Chemieprodukten, Baumaterialien, Maschinen, Fahrzeugen usw. bezogen. Aber es sind auch Frankreich und die BRD, wo die meisten der nach Europa gelangten Flüchtlinge leben und sich daher Zentren der Exilpolitik und des Widerstandes gegen das Eyadéma-Regime und die Zusammenarbeit der Regierungen mit ihm bildeten. Die politischen Organisationen im Exil sind dem ersten Präsidenten Olympio

und seinem fortschrittlichen Denken verbunden. Was die „zuständigen Stellen“ der BRD betrifft, so zeigen sie in ihrem Verhalten gegenüber togoischen Flüchtlingen wirklichen Ungeist. Entsprechend den – von „Informationen“ der Beamten Eyadémas geprägten – „Lageberichten“ des Fischer-Außenministeriums, d. h., unter pseudodemokratischen Vorwänden wird die tatsächliche politische und sozialökonomische Lage in Togo von den hiesigen Ausländer- und Innenbehörden völlig ignoriert. Deutsche Gerichte segnen diese Praxis ab. Immer wieder werden Flüchtlinge nach Togo abgeschoben. Das geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Diensten der Diktatur, und vom Flughafen der Hauptstadt Lomé führt der Leidensweg der Deportierten häufig direkt in „Verhörzentren“ und Gefängnisse. So wurden erst in diesem Mai, als Reaktion auf eine intensive Kampagne gegen die Diktatur, bei vier Flügen auch viele bekannte Oppositionelle den Schergen Eyadémas ausgeliefert. Dieses Schicksal war den Führern der Protestkampagne auch zgedacht, doch das konnte verhindert werden. Allerdings kam es am 26. Mai zu einem finsternen Höhepunkt bundesdeutscher Abschiebepraktiken: In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde der Hamburger Flughafen in eine Polizeifestung verwandelt und das Nachtflugverbot außer Kraft gesetzt. So konnten Flüchtlinge aus Togo und anderen afrikanischen Ländern, antransportiert aus mehreren Bundesländern, in ein holländisches Flugzeug verfrachtet und als EU-weiter „Sammeltransport“ aus dem Land geschafft werden. Dieses Verfahren, bei dem auch 44 Flüchtlinge in Amsterdam zum Flugzeug eskortiert wurden, soll nun mit 30 Millionen Euro „gefördert“, also massiv ausgeweitet werden.

Die bedrohten Flüchtlinge aus Togo fordern daher nicht nur den Sturz der Eyadéma-Diktatur, sondern auch: Weg mit Schilys rassistischen Gesetzen! Vergessen wir dabei nicht das Residenzpflichtgesetz, das Flüchtlinge zwingt, sich nur in einem bestimmten Landkreis aufzuhalten. Zusätzlich werden ab 2005 keine Nachfluchtgründe mehr anerkannt. Das bedeutet: Jede politische Aktivität hier findet unter dem Risiko statt, später im Heimatland verfolgt zu werden.

Die togoischen Flüchtlinge müssen von allen fortschrittlichen Menschen unterstützt werden. Handeln wir in antiimperialistischer Solidarität – verpflichtet auch den großen Vorkämpfern für wirkliche Unabhängigkeit und Demokratie der Staaten Afrikas Silvio Olympio, Patrice Lumumba, Amilcar Cabral, Samora Machel, Felix Moumié und all den anderen!

Werner Hoppe

Sicherheitsrechtliche Befragung

zur Klärung von Bedenken gegen den weiteren Aufenthalt und zur Feststellung des Versagungsgrundes
Versagungsgrund der sicherheitsgefährdenden Betätigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 5 AuslG

.....
(Name)

.....
(Vorname)

.....
(Geburtsdatum)

.....
(Geburtsort)

.....
(Staatsangehörigkeit)

.....
(Anschrift)

Ich bin darüber belehrt worden,

1. dass die folgende Befragung dazu dient, festzustellen ob Bedenken gegen meinen weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bestehen oder ob der Versagungsgrund der sicherheitsgefährdenden Betätigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 5 AuslG vorliegt
2. dass ich nach § 47 Abs. 2 Nr. 5 AuslG aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen werden kann, wenn ich in dieser Befragung frühere Aufenthalte in Deutschland oder anderen Staaten verheimliche oder in wesentlichen Punkten falsche oder unvollständige Angaben über Verbindungen zu Personen oder Organisationen mache, die der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind
3. dass ich nach § 46 Nr. 1 AuslG aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen werden kann, wenn ich falsche Angaben mache, um eine Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung zu erhalten oder wenn ich nicht an Maßnahmen der Ausländerbehörde mitwirke, obwohl ich dazu nach dem Gesetz verpflichtet bin
4. dass meine nachfolgenden Daten nach § 64 a Abs. 2 AuslG an den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst, das Zollkriminalamt, das Landesamt für Verfassungsschutz sowie das Landeskriminalamt zur Feststellung des Versagungsgrundes Versagungsgrund der sicherheitsgefährdenden Betätigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 5 AuslG übermittelt werden können.

.....
Hamburg, den

.....
Unterschrift

1. Waren Sie jemals Mitglied einer politischen Vereinigung oder Partei in ihrem Herkunftsland oder in irgendeinem anderen Staat ?

Ja

Nein

Wenn ja, nennen Sie bitte die Organisation und Ihre Funktion in dieser Organisation!

2. Ist diese Vereinigung oder Partei in gewalttätige Konflikte mit der Regierung ihres Herkunftslandes, anderen Parteien in ihrem Herkunftsland oder einer ausländischen Regierung verstrickt?

Ja

Nein

Wenn ja, waren Sie an gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligt?

3. Befürwortet diese Vereinigung oder Partei die Anwendung von Gewalt zur Veränderung politischer Verhältnisse in Ihrem eigenen Land oder im Ausland (zum Beispiel in Palästina) ?

Ja

Nein

4. Sind Sie in Ihrem Herkunftsland oder in einem anderen Staat wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder wegen staatsgefährdender Gewalttaten angeklagt oder verurteilt worden ?

Facility 1391 – Israels Guantánamo

Das Top-Secret-Objekt wurde von Landkarten gestrichen und aus Luftaufnahmen entfernt. Aber „Facility 1391“, wo Palästinenser und Libanesen eingekerkert und gefoltert wurden und werden, existiert nicht nur in der Phantasie der Gegner Scharons.

Die Männer, die mit schwarzen Kapuzen und in Handschellen dorthin gebracht werden, stellen aus ihren winzigen, dunkel gestrichenen Zellen den Wärtern immer dieselbe Frage: „Wo bin ich?“ Durch einen Schlitz in der Stahltür antwortet der Bewacher: „In Honolulu.“ Oder: „In einem Unterseeboot.“ Oder: „Außerhalb der Grenzen Israels.“ Das haben ehemalige Gefangene der „Einrichtung 1391“ dem Reporter Chris McGreal vom britischen „Guardian“ berichtet. „Ich war barfuß und im Schlafanzug, als sie mich verhafteten, und es war wirklich sehr kalt“, sagte Sameer Jadala, ein palästinensischer Schulbusfahrer. „Als ich an jenem Ort eintraf, gab man mir eine blaue Uniform und einen schwarzen Sack. Der Posten erklärte mir: ‚Das ist dein Sack. Du mußt ihn immer bei dir haben. Wenn irgend jemand irgendwann zu deiner Zelle kommt, mußt du ihn über deinen Kopf ziehen. Auch dann, wenn man dir das Essen bringt. Du darfst niemals das Gesicht des Soldaten erkennen. Frag nicht, was mit dir geschieht, wenn du den Sack abnimmst.‘ Manchmal dachte ich, ich würde dort sterben, ohne daß es irgendjemand erfährt.“

Israels Sondergefängnis befindet sich innerhalb einer Basis des Armeegeheimdienstes in der Nähe der Hauptstraße zwischen Hadera und Afula im Norden des Landes. Es besteht seit mehr als 20 Jahren. Das einstöckige Gebäude wurde von einem britischen Ingenieur, Sir Charles Taggart, in den 30er Jahren als Teil eines Garnisonskomplexes entworfen. Die Briten suchten damals die wachsende Unruhe in Palästina unter Kontrolle zu bekommen.

In dem Komplex wurden von der israelischen Armee als Geiseln entführte Libanesen, irakische Überläufer und syrische Offiziere, die ihr Land verraten hatten, mit Sondermethoden „verhört“. Die Folter

war vor allem psychologischer Natur. Niemand von den Arretierten erfuhr, wo er sich befand.

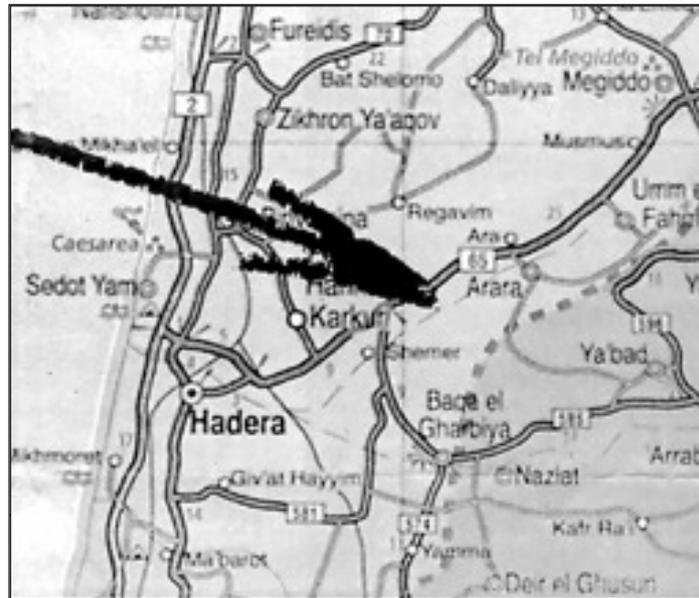
Während das Internationale Rote Kreuz und israelische Parlamentsabgeordnete oder Anwälte andere Gefängnisse besichtigen durften, gab es in diesem Falle nur eine Standardantwort: „Facility 1391 befindet sich auf dem Gelände einer geheimen Militärbasis. Diese wird vom Sicherheitsdienst für klassifizierte Akti-

vitäten benutzt. Die Lage des Ortes ist streng vertraulich.“ Dennoch drangen Details an die Öffentlichkeit: Das Gefängnis gehört zur militärischen Geheimdienstgruppe Unit 504, die auf Vernehmungen spezialisiert ist. Sie steht im Ruf besonderer Härte. Ihre Sporen verdiente sie sich während der 18jährigen Besetzung des Süd-Libanon. Damals wurden gefangene Hezbollah-Kämpfer besonderen „Techniken“ und Methoden ausgesetzt. Die Einheit unterhielt zugleich

ein ganzes Netz einheimischer Verräter. Ende der 80er Jahre befaßte sich Unit 504 mit Opfern eines anderen Typs. Sie suchte Geiseln in ihre Hand zu bekommen, die gegen von den Arabern gefangene israelische Soldaten oder Piloten ausgetauscht werden konnten.

Facility 1391 blieb für mehr als zwei Jahrzehnte ein undurchdringliches Geheimnis. Als erste Informationen durchsickerten, versuchte man ihre Existenz zu bestreiten. Da aber eine Reihe von aussagebereiten Zeugen überlebt hatte, verlegte man sich dann darauf, den Eindruck der Rechtmäßigkeit des Bestehens einer solchen Einrichtung hervorzurufen. Die Tatsache, daß jetzt die renommierte britische Zeitung „The Guardian“ eine Reportage unter dem Titel „Israels Guantánamo enttarnt“ veröffentlichte, ist ein Tiefschlag für die Folterknechte des Militärgeheimdienstes von Scharon. Dieser wird damit einmal mehr als das bloßgestellt, was er ist: ein Todfeind der Menschenrechte, dessen faschistoide Praktiken gegenüber den Palästinensern den Antisemitismus anderswo anstacheln.

R. F., gestützt auf „The Guardian“ (Großbritannien)



In Irak setzen die patriotischen Kräfte ihren Widerstand gegen die USA-Okkupanten und deren Quisling-„Regierung“ tapfer fort. Ihnen gehört unsere Solidarität.

**Mein Name ist Allawi. Ich bin der Chef des souveränen Irak.
Aus: „Solidaire“, Brüssel**



Ronald Reagan – USA-Präsident unseligen Angedenkens

Ja – seine Popularität kannte keine Grenzen. Ja – er hatte Amerikas Kriegsbudget so erhöht wie niemand je zuvor, ... um die „kommunistische Gefahr“ zu bekämpfen! Nur 27 % der Amerikaner stimmten für ihn – aber Milliarden wurden dem einfachen Bürger weggenommen und – in Gestalt von Steuersenkungen – den reichsten fünf Prozent der USA ausgehändigt.

Das Reagan-Regime half, die Taliban gegen die Sowjets zu schaffen, und versorgte Saddam Hussein mit chemischen Waffen im Krieg gegen Iran. Man sollte sich an ihn erinnern für das, was er einer der ärmsten Regionen der Welt angetan hat. In den 80er Jahren stimmte Reagan im geheimen dem Ansturm auf El Salvador und Nicaragua zu.

In El Salvador finanzierte, trainierte und leitete die CIA die Nationalgarde in ihren schwarzen Helmen und Schnürstiefeln, die die mörderischen Todesschwadronen kontrollierte, welche für den Tod Tausender verantwortlich waren. Sie ermordeten gemäßigte Reformer wie José Rodolfo Viera, Präsident des Instituts für die Bodenreform,

und Erzbischof Oscar Romero, der während der heiligen Messe erschossen wurde. Dieser

hatte den Fehler begangen, zu predigen, daß Armut nicht durch Gott bestimmt sei und

daß sich seine Herde dem von den USA geförderten Terrorregime widersetzen sollte. Jeden Morgen waren die Müllkippen außerhalb San Salvadors mit den Körpern jener übersät, die Reagans Klientel getötet hatte.

In Nicaragua waren seine „Contras“ darauf spezialisiert, Kindern und Frauen im Schlaf die Kehlen durchzuschneiden. Für diese Terroristen trug John Negroponte, USA-Botschafter in Honduras, die Verantwortung. Er schuf eine militärische Sondereinheit, die bei Verhören Elektroschocks und Erstickungsgeräte einsetzte. Die Gefangenen waren nackt und wurden ermordet, wenn man sie nicht länger benötigte. Man bestattete sie in nicht gekennzeichneten Massengräbern. Insgesamt wurden unter Reagan mehr als 100 000 Menschen in Zentralamerika abgeschlachtet. Nachbemerkung: John Negroponte stieg zum US-Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen auf. George W. Bush ernannte ihn zum US-Botschafter im „befreiten“ Irak.



Grafik: Arno Fleischer

John Pilger

In: New Statesman, 14. 6. 2004

Grüße nach Luxemburg

In Luxemburg hat sich eine Gruppe von Kommunisten unter dem Namen „Roude Fiissen – Marxisten-Leninisten zu Letzeburg“ formiert. Unter den Gründern befinden sich auch Leser unserer Zeitschrift. Der Vorstand des Fördervereins und die Redaktion des RF haben den Luxemburger Genossinnen und Genossen solidarische Grüße übermittelt und ihnen Erfolg in ihrer politischen Tätigkeit gewünscht. R. F.

I N T E R N A

Hochsommerliche Mittagszeit. Es goß in Strömen. In einer Schweriner Traditionsgaststätte fand ich Unterschlupf. Vor mir zwei Herren, welche eine stille Ecke suchten und hinter vielem Grün auch fanden. Vor diesem „Verschlag“ war noch ein Tisch mit drei Stühlen parat.

Das üppige Grün durchdrang eine lautstarke honorige Stimme. Zufällig sah ich einen Mann in mittleren Jahren mit Goldrandbrille, welcher auf sein stummes Gegenüber einredete. Seinen Tiraden war auch ich ausgesetzt. Er analysierte Wahlergebnisse, die mögliche Zusammensetzung von Kommissionen, die Ausschaltung linker Kräfte, die Rolle und Person des Stadtpräses ... Diese ungewollte Zuhörerschaft war mir höchst zuwider!

Ich konnte nicht umhin, folgende Anmerkung zu hinterlassen: „Guten Tag! Gestatten Sie, meine Herren, daß ich Sie unterbreche, aber Interna sollte man auch intern behandeln!“

Mister Unbekannt und Schwerins OB schauten mich entsetzt an.

Ich verabschiedete mich mit „Rot Front“ und ließ den gefährlich aussehenden Stockschild im Papierkorb zurück.

Geschehen in Schwerin im Juni 2004

Karlheinz Effenberger

Wie sich der ungarische Schriftsteller Béla Illés an Johannes R. Becher erinnert

1932 verbrachte ich die zweite Hälfte des November in Berlin. Ich wohnte bei Johannes R. Becher, der in der Gegend von Onkel Toms Hütte ein ziemlich ärmliches Häuschen gemietet hatte, das sich Villa nannte. Wir fuhren in einer gemeinsamen Angelegenheit per Krad nach Hamburg. Johannes steuerte die Maschine. Ich saß bescheiden und bequem im Beiwagen. Der scharfe Nordwind blies uns Schneeregen ins Gesicht. Wir hielten in kurzen Abständen vor Kneipen am Wegrand. Außer schlechtem Tee und schlechtem Rum empfing uns überall das gleiche Bild, will sagen, empfingen uns überall die gleichen Bilder. Die von Hitler, Göring, Röhm und Goebbels. Fotografien mit eigenhändiger Widmung. In der ganzen Gegend dienten alle Kneipen den Nazis. Becher tröstete mich: „Dagegen gehören die Bibliotheken uns. Die aber bedeuten auf lange Sicht die Zukunft.“

In Hamburg quartierten wir uns bei H. ein, in H.s Bude mit separatem Eingang. So – nur H. – nannten wir den einäugigen Matrosen, weil er seine Beiträge, die in Parteizeitungen der Provinz häufig gedruckt wurden, mit H. signierte. Das eine Auge hatte er 1916 in der Schlacht im Skagerrak verloren. Sein Leben sollte er 1933 in einer Folterkammer der Gestapo beenden.

In Hamburg stand irgendein Nazifest bevor. Ganze Häuserreihen flaggten. Es waren Hakenkreuzfahnen.

Auf Vorschlag H.s aßen wir im Matrosenklub Abendbrot. „In diesem Lokal sind wir wie zu Hause“, versicherte uns unser einäugiger Freund. „Kein Nazi wagt es, seinen Fuß über die Schwelle zu setzen.“ In unserer Begleitung befanden sich noch zwei junge Journalisten. Ihre Namen weiß ich leider nicht mehr, ich weiß nur, daß Becher innerhalb eines halben Jahres einen Nachruf auf sie verfassen mußte. Nachrufe waren 1933 das gängigste literarische Genre.

Im Matrosenklub, einem überheizten, mächtigen, aber überaus niedrigen Raum mit Balkendecke, saßen, aßen, tranken, plauderten und sangen an winzigen Tischen Matrosen aus fünfzehn bis zwanzig Ländern; der Schiffsname am Band der blauen runden kleinen Mütze ersetzte

die Vorstellung. Fast an jedem Tisch saß auch eine Frau unmißverständlichen Berufs und Charakters. Die Wände waren mit den Fahnen aller seefahrenden Nationen geschmückt. Die Luft war von Speisen- und Alkoholgestank und vom Tabaksqualm derart geschwängert, daß selbst mir berufsmäßigem Pfeifenraucher bald die Tränen in den Augen standen; husten mußte ich auch. Die Rauchwolken gaben hin und wieder die Sicht auf einen Koloß, die überdimensionierte Gestalt eines kanadischen, dänischen, russischen oder deutschen Matrosen frei. Einige japanische Seeleute stießen mit Spaniern an, die Ohrringe trugen; ein halbes Dutzend Schwarze trank mit flachsblonden Polen. Auf einer Hängelampe ordnete ein grüner Papagei sein Gefieder. Der Vogel kannte in mindestens zehn Sprachen die ordinärsten Ausdrücke. Er stellte sein Licht nicht unter den Scheffel. Ein Malaie mit graumelierten Haaren begann den Vogel zu piesacken. Daraufhin haute ihm ein holländischer Riese eine mächtige Ohrfeige runter. Als Antwort versetzte der Malaie dem Holländer einen kräftigen Tritt in den Bauch. Damit war der Konflikt zu meiner größten Überraschung auch beendet. Einer der Kellner des Matrosenklubs, der wie ein ausgemusterter Preisboxer aussah, stand plötzlich zwischen den beiden Kampfahnen und drückte jedem ein großes Glas Bier in die Hand. Die Gegner stießen an, tranken, ließen die Gläser fallen und legten sich neben den Scherben auf den Fußboden. Bald schnarchten beide. Sie wachten auch nicht auf, als der Kellner sie an den Füßen packte und unter einen Tisch schleifte.

„Schön, was?“, fragte H. „Wunderbar“, antwortete ich mit aufrichtiger Begeisterung.

Sicher hat H. nicht dichtgehalten. Bald drängten sich dreißig bis vierzig Matrosen um unseren Tisch. Sie wollten Becher hören. Ich glaube nicht, daß der drei Zentner schwere Muskelkoloß, der deutsche Matrose, der Becher wie ein Kind in die Luft und auf den Tisch stellte, auch nur eine einzige Zeile des Dichters kannte. Aber so viel wußte er ganz bestimmt: daß er ein Kommunist war. Vielleicht hat er von ihm sogar gehört, daß es eine Zeit gab, als Rosa Luxemburg die Feder in der Hand des jungen Sozialisten lenkte, der sich gegen den imperialistischen Krieg empört hatte.

Nach der langen Motorradfahrt sah Becher mehr wie ein Möbelpacker oder Sackträger denn ein Lyriker aus. „Hört, hört!“ Im Saal wurde es still. Selbst der Papagei schwieg. Becher verharrte in der großen Stille, im Kreuzfeuer der auf ihn gerichteten Blicke, einen Moment regungslos. Dann breitete er plötzlich die Arme aus: „Ich singe vom Fünfjahrplan ...“ Unter diesem Titel war wenige Monate zuvor ein gewichtiges Poem Bechers erschienen. Die Überschrift bestimmte das Thema wie die

Blickrichtung des parteilichen Dichters, der in die Ferne sah. Becher hatte in das Poem zwei Hymnen eingegliedert: eine auf die sozialistische Arbeit und eine auf den proletarischen Internationalismus. Diese beiden Hymnen sprach er jetzt den weltumfahrenden Matrosen: ruhig, fast artikuliert, laut, scharf, aber nicht rhetorisch und auch nicht deklamierend. Seine metallene, harte Stimme erfüllte den ganzen Raum – seine klaren und eindeutigen Gedanken griffen denjenigen ans Herz, die deutsch verstanden, jagten aber auch jenen einen Schauer über den Rücken, die nur spürten, wovon der Sackträger kündete ...

Als Becher vom Tisch stieg, hob ein Höllenspektakel an. Kein Händeklatschen. Keine Hochrufe. Man trampelte und trommelte mit den Fäusten und machte auf den Tischen die Gläser, Flaschen und Teller tanzen. Dann setzte eine richtiggehende Völkerwanderung zu unserem Tisch ein. Dreißig, nein, vierzig Mann brachten uns auf einmal Gin, Rum, Whisky, Wodka und andere, mir unbekannte topas-, smaragd- und rubinfarbene geistige Getränke. Und zwar in Biergläsern und Bierkrügen. Ein Malaie warf uns ein Stück Räucherfisch auf den Tisch, das gut und gern zwanzig Kilo wog. Ein blauäugiger norwegischer Riese schenkte uns eine ganze Staude Bananen. Ich weiß nicht, wie es uns ergangen wäre, wenn in diesem Augenblick nicht die Amerikaner eingeschritten wären.

Es waren fünfundzwanzig bis dreißig amerikanische Matrosen. Sie waren überaus besoffen und kampflüsternd. Sie sahen sich kaum um, und Platz nahmen sie schon gar nicht. Sie wußten, was sie wollten. Sie wollten die schwarzen Matrosen und Malaien zur Straße hinausprügeln. „Unter den Tisch!“, brüllte plötzlich H. Er wußte aus Erfahrung, was jetzt kommen würde. Da wirbelten schon Bierkrüge und Rumflaschen durch die Luft. Die wie Streitkolben gehandhabten Stühle krachten auf breite Schultern und zerbarsten an harten Schädeln. Nach drei oder vier Minuten beugte sich H., der sich zusammen mit den beiden Journalisten an der improvisierten Saalschlacht beteiligt hatte, zu uns herunter: „Ihr könnt wieder hervorkriechen. Auch ihre Verwundeten haben wir schon hinausgeworfen.“

Der Saal bot ein nur wenig verändertes Bild. Auf dem von Bier und Rum glitschigen Boden lagen Scherben. Eine Lampe war in der Hitze des Gefechts heruntergerissen worden. Die Kellner warfen die zerbrochenen Stühle in eine Ecke; es waren ihrer kaum mehr als zehn oder zwölf kaputtgegangen. Einige Matrosen verbanden sich ein Auge oder die Stirn mit einer Serviette, was sie aber weder beim Trinken noch beim Singen störte. Die Matrosen der Welt hatten die Amerikaner hinausgeprügelt.

**Aus dem Ungarischen
übersetzt von Almos Csongar**

Genossin **Dagmar Scholz**

aus dem Kreis
Feldberger
Seenlandschaft

**beginnt am 4. August
ihren 80. Geburtstag.**

Nachträglich gratulieren
wir dieser mit dem RF
eng verbundenen Leserin.

Vor 100 Jahren wurde der Bürgerkriegsheld und Romanautor Nikolai Ostrowski geboren

„Eine lodernde Fackel der Aktivität“, so nannte ihn der große französische Schriftsteller Romain Rolland. Was muß einen Menschen bewegen, der im Alter von noch nicht einmal 26 Jahren in einem Brief an seinen Freund schreibt: „Daß mir meine Beine nicht gehorchen und ich keinen Schimmer sehe, ist ein pures Mißverständnis, ein idiotischer satanischer Scherz!“ Jene Worte und viele andere zu Herzen gehende Gedanken kann man nachlesen, wenn das man Büchlein besitzt, das in deutscher Übersetzung 1955 in Moskau unter dem Titel „Es lebe das Leben! Reden, Aufsätze, Briefe“ erschien. Außer Haus entleihbar ist dieses Kleinod leider nicht mehr. „Die Sturmgeborenen“ aus dem Jahre 1947 durfte ich indes mitnehmen, da die einstige Berliner Stadtbibliothek noch vier Exemplare im Bestand hatte.

Wer war diese „lodernde Fackel der Aktivität“? Wer setzte der Generation der „Sturmgeborenen“ prägende und kommunistisches Bewußtsein bildende literarische Denkmäler?

Sein berühmtestes Werk habe ich bewußt nicht gleich am Anfang genannt. Aber natürlich komme ich nicht umhin: „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Und ohne den Lesern aus dem alten Bundesgebiet zu nahe treten zu wollen – wer kennt ihn nicht, der in der DDR zur Schule gegangen ist: Pawel Kortschagin vom Eisenbahnknotenpunkt Schepetowka? Sein Schöpfer Nikolai Alexejewitsch Ostrowski wurde

am 29. September 1904 in Wilija (Wolynien) geboren. Seine Mutter war Köchin und der Vater Eisenbahnarbeiter. An die Redaktion der Zeitschrift „Molodaja Gwardija“ schrieb er in einem Lebenslauf, den er als Anlage dem Manuskript „Wie der Stahl gehärtet wurde“ im Januar 1932 beifügte: „Lohnarbeit seit dem 12. Lebensjahr, Schulbildung: Elementarschule. Beruf: Installateurgehilfe.“ Und Nikolai begründete sein Anliegen mit den Sätzen: „Im letzten Jahr habe ich an dem Buch gearbeitet. Körperlich bin ich um fast alles gekommen, geliebten sind mir die unauslöschliche Jugendspannkraft und der leidenschaftliche Grund, mich der Partei, meiner Klasse auf irgendeine Weise nützlich zu machen. Die Arbeit an dem Buch ist ein Versuch, das Erlebte literarisch festzuhalten. Früher habe ich nie geschrieben.“

Das muß man zweimal lesen. Wozu ist ein Proletarierkind imstande, wenn es sich der Kräfte befreiter Arbeit bewußt wird – trotz des ungeheuren Leidensdruckes?! Wir sollten uns das um so mehr vor Augen halten, als heute Millionen Begabungen brachliegen, verkümmern, Menschen in ihrer Würde verletzt werden, sie sich sinngleich nackt vor Behörden ausziehen müssen für Almosen und unter Umständen sogar der Sippenhaftung unterliegen. Nikolai Ostrowskis 100. Geburtstag sollte Anlaß sein, daß wir das Sich-Aufbäumen eines vom Tode Gezeichneten gegen die unheilvolle Lähmung nachempfinden, um

selber Kraft zu schöpfen und uns zu wehren. In meiner 1961 im Verlag Neues Leben erschienenen Ausgabe des der Weltliteratur zuzuordnenden Romans „Wie der Stahl gehärtet wurde“ heißt es im Klappentext treffend: „Pawel Kortschagin ist die Hauptperson, aber der Held des Buches ist das Kollektiv, d. h. eine Gemeinschaft von vielen ausgeprägten Individuen, die ein gleiches Ziel haben und den gleichen Weg gehen, um dieses Ziel zu erreichen ... Was Pawel Kortschagin erlebte und fühlte, das haben gleich ihm Millionen andere erlebt und gefühlt.“ Übrigens macht das auch der gleichnamige sowjetische Film, der in einer von der DEFA synchronisierten Fassung herauskam, deutlich. „... die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, ... sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den

Menschen ist aber der Mensch selbst.“ Das Werk der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestätigt diese Worte von Karl Marx. Und Nikolai Ostrowski hat in dem Roman mit der Nachzeichnung des Heldentums der Kämpfer gegen die Konterrevolution und des Ringens um den Aufbau der neuen Gesellschaft vor allem auch sein Verhältnis zur Arbeit erlebbar gestaltet. Seine – oder sagen wir ruhig Kortschagins – hohe Moral ist es, die keine Lage so schwer und so aussichtslos erscheinen läßt, daß sie nicht durch das entschlossene Zupacken einer Gemeinschaft von Menschen gleichen Willens verändert werden könnte.

Nikolai Ostrowski gehörte zu den ersten Komsomolmitgliedern in der Ukraine. Er war Freiwilliger im Bürgerkrieg und diente u. a. in Budjonny's Erster Reiterarmee. Gelähmt und schließlich blind, blieb er dennoch einem Vulkan. Sein Vorhaben, noch drei Bände zu schreiben, konnte er aber nicht verwirklichen. Ostrowski nahm sich im Herbst 1936 vor, den ersten Band „Die Sturmgeborenen“ in nur einem Monat zu verfassen, wozu ein gesunder Mensch bei einem gerüttelten Maß an Arbeit drei Monate gebraucht hätte. Am 11. Dezember – vier Tage vor der selbstgesetzten Frist – lag die letzte Seite redigiert vor. Im Brief an die Mutter schrieb Nikolai am 14. Dezember, daß er in drei Schichten gearbeitet habe und nach einer kurzen Ruhezeit Band II und III in Angriff nehmen wolle, um zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution sein Versprechen an das ZK einzulösen. Ostrowski hatte fast täglich bis gegen Mitternacht gearbeitet und zwischen 20 und 25 Druckbögen mit Hilfe seiner Zeilentafel vollgeschrieben. Nächste Verwandte und Bekannte nahmen dann am nächsten Tag jeweils die Reinschrift vor.

Aus dem Wunsch, auch noch den Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ mit „Kortschagins Glück“ fortzusetzen, wurde nichts. „Die Sturmgeborenen“ bildeten mit dem ersten Band den Abschluß eines jungen Kämpferlebens.

Eine Frage habe ich mir von Anfang an gestellt: Warum wurde dieses Buch, wie auch das eingangs erwähnte „Es lebe das Leben!“, nicht mehr aufgelegt? Denn „Kunst ist Waffe!“ Um so mehr die aus der Feder Nikolai Ostrowskis.

Am 22. Dezember 1936 hielt nicht nur bei der Witwe Raja Ostrowskaja in der Gorkistraße 40 in Moskau Trauer Einzug. Das Mitglied der KPdSU (B) mit dem Parteibuch Nummer 0285973, Genosse Nikolai Alexejewitsch Ostrowski, war nicht mehr unter den Lebenden. „Es gibt nichts Schöneres für den Menschen als mit allem, was er schafft, seinen Mitmenschen zu dienen, auch wenn er nicht mehr ist.“ Diesem Anliegen ist Nikolai Ostrowski stets gerecht geworden. Seine Bücher werden junge Menschen neuer Generationen begeistern und zum Kampf motivieren. **E. Rasmus**



Zum 75. von Hans-Jürgen Steinmann

40 Jahre Halle-Neustadt und der 75. Geburtstag des Schriftstellers Hans-Jürgen Steinmann fallen im Jahr 2004 zusammen. Hans-Jürgen Steinmann erblickte am 4. September 1929 im schlesischen Sagan (heute Polen) als Sohn eines Ingenieurs das Licht der Welt. Nach dem Besuch der Weinholdschen Privat-Reformschule wurde er mit 15 Jahren als Luftwaffenhelfer eingezogen. Er geriet 1945 in der „Festung Breslau“ in sowjetische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung war er als Arbeiter in Leuna tätig. In der Zeitschrift „AUFBAU“ erschien seine Reportage „Chemiewerk Leuna“ (1949). In seinem Erzählband „Brücke ins Leben“ (1953) schilderte er seine Erlebnisse aus der Kriegsgefangenschaft. Er lebte einige Zeit in Schwerin und studierte 1958 am Literaturinstitut in Leipzig. In seiner Erzählung „Die Fremde“ (1959) stellte er eine fragmentarische Liebesge-

schichte vor. Die Frau eines Industriearbeiters, der „aufs Land“ ging, bleibt auf dem Dorf eine Fremde, kehrt in die Stadt zurück. Doch die Liebe zu ihm treibt sie wieder in das Dorf. Steinmann widmete seinen erfolgreichen Roman „Die größere Liebe“ (1959) den Leunarbeitern. Darin schilderte er die Wandlung eines jungen Menschen in einem langwierigen, komplizierten und widerspruchsvollen Prozeß. 1963 folgten die Novelle „Über die Grenze“ und der Roman „Stimmen der Jahre“. In ersterer treffen zwei Ingenieure aufeinander. Der Tscheche war einst als „Fremdarbeiter“ nach Leuna zwangsverpflichtet worden, und der Deutsche hatte ihn nicht vor dem Zugriff der Gestapo gerettet. In dem Roman rankte sich die Fabel um die Vorsitzende einer Genossenschaft. 1966 verzog der Autor nach Halle, wo er bis 1987 Bezirksvorsitzender des Schriftstellerverbandes war. In Halle-Neustadt

wurde er als Stadtverordneter und Kulturbundvorsitzender gewählt. Rainer Bär drehte nach einer Erzählung Steinmanns den Fernsehfilm „Ohne Märchen wird keiner groß“ (1976). Im Mittelpunkt stand ein Junge und dessen Sicht auf seine kleine und die große Welt. Kritisch und zugleich liebevoll regte der Film die „Erziehung der Gefühle“ an. Der Roman „Zwei Schritte vor dem Glück“ (1978) trug zunächst die Arbeitstitel „Stadt der bunten Sterne“ bzw. „Stadt zwischen den Sternen“. Der Autor erzählte über das Leben in einer neuerbauten Stadt, über Familien, für die mit einer neuen Wohnung ein neuer Lebensabschnitt und ein anderes Lebensgefühl begannen. Steinmann erschloß sich auch andere literarische Bereiche, indem er Texte für den Brockhaus-Verlag schrieb, darunter Städtebilder über Merseburg, Lutherstadt Wittenberg und Quedlinburg.

Der Schriftsteller Steinmann war immer entdeckungsfreudig dem Neuen auf der Spur, wobei Leuna und Halle-Neustadt Marksteine in seinem Schaffen bildeten. Rüdiger Bernhardt apostrophierte 1979: Die Titel der wichtigsten Bücher des Autors hätten stets den gleichen Grundtenor. Sie zielten alle auf ähnliche Fragen: Liebe („Die größere Liebe“), Träume („Träume und Tage“) und Glück („Zwei Schritte vor dem Glück“). „Steinmanns Geschichten sind ohne die eingehende Gestaltung des persönlichen Umfeldes seiner Hauptfiguren nicht denkbar, ... die Menschen sind eher zurückhaltend still als auftrumpfend laut“ (R. Bernhardt). Die Handlungen in seinen Büchern zeichneten sich durch ruhige Besinnlichkeit, konfliktreiche Handlungen und genaues Erfassen der psychischen Vorgänge aus. **Dieter Fechner**

Streit und Kampf

Nicht nötig ist's, nach Schritt und Takt gehorsam vorwärts zu marschieren.
Doch wenn der Hahn der Flinte knackt,
dann miteinander zugepackt
und nicht den Nebenmann verlieren!

Schlagt zwanzig Freiheitstheorien
euch gegenseitig um die Ohren
und singt nach hundert Melodien –
Doch gilt es, in den Kampf zu ziehen,
dann sei der gleiche Eid geschworen!

Aktionsprogramm, Parteistatut,
Richtlinien und Verhaltenslehren –
Schöpft nur aus allen Quellen Mut!
Ein jedes Kampfsystem ist gut,
das nicht versagt vor den Gewehren!

Darum solange kein Feind euch droht,
verschont einander nicht mit Glossen.
Doch weckt euch einst der Ruf der Not,
dann weh das einige Banner rot
voran den einigen Genossen!

Erich Mühsam

Der „RotFuchs“ kann sich auf junge und alte Getreue verlassen. Heute beglückwünschen wir wieder verdiente Jubilare.

85 wird am 9. September

ADOLF HAHN aus Freiberg.

75 werden Generalmajor a. D.

DR. WOLFGANG WEBER, Strausberg
(4. September),

DR. ERHARD REDDIG, Berlin
(11. September),

HELGA BUSCHOW, Schwerin
(13. September), und

HERBERT SCHWANITZ, Berlin
(21. September).

Zum **70.** gratulieren wir

HORST REPSCHLÄGER aus Rostock
(9. September).

Zum **65.** gehen unsere Wünsche an

EBERHARD KORNAGEL, Leipzig
(5. September), und

INGO BÖHM aus Zapel
(25. September).

Schließlich drücken wir unsere Verbundenheit mit zwei Jung-Jubilare aus.

INGRID JAHN aus Grünheide
wird **60** (25. September), und

REGINA SCHALOW aus Erfurt
begeht am 2. September ihren **50.** Geburtstag.

Aus einem neuen Manuskript des Kohlenpott-Schriftstellers Hans-Dieter Hesse

Bergarbeiter-Profile

Der Ruhrgebiets-Schriftsteller Hans-Dieter Hesse aus Recklinghausen, selbst langjähriger Bergmann, schreibt gegenwärtig an einer Arbeiterbiographie, bei der etwa 150 Personen zu Wort kommen sollen. Sie behandelt die Zeit von der Weimarer Republik bis in die Tage der Kommunistenverfolgungen in der BRD. Er übergab uns einen Auszug, den wir im folgenden veröffentlichen.

Klaus-Jürgen Enderlein:

Ostern 1953 hatten wir den theoretischen Kinderkram der Vorschule hinter uns. Wir warteten auf die Ergebnisse der Aufnahmeprüfung zur Bergschule. Waller bekam Bescheid, daß er durchgefallen war. Nur zwei lakonische Sätze auf einer Postkarte und „Glückauf!“ Mabuse hatte bestanden, wurde aber ein halbes Jahr zurückgestellt. (Die Kriegsteilnehmer wurden bevorzugt und vorgezogen, was mit deren vorgerücktem Alter begründet wurde.) Ich bekam keine Benachrichtigung, stand mit meinen ahnenden Befürchtungen wegen gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten im dunkeln. Nach einer Grubenwehrübung verriet mir an der Theke unser Obertruppführer im besoffenen Kopp, daß der Zeche bereits mitgeteilt wurde, daß ich die besten Prüfungsarbeiten abgeliefert hätte. Da wußte er nicht, daß ich der einzige ohne Bescheid blieb bis zu meinem Anruf im Sekretariat in Bochum vier Tage vor Beginn des Lehrgangs. „Sie haben bestanden und sind bis zum Herbst zurückgestellt. Haben Sie denn keine Nachri...?“ Da stand für mich endgültig fest, daß dieser akademische Betriebsführer, der in seinem ganzen Leben nicht eine einzige Schwiela an seinen Händen gehabt hatte, seine schmutzigen Finger im schmutzigen Ränkespiel hatte. – Ich stand wohl damals schon auf verlorenem Posten, aber vor diesem Hartmann wollte ich nicht kapitulieren.

Heinz Schmale, genannt Mabuse:

Ja, der Waller war durchgefallen, durfte die Prüfung noch zweimal wiederholen. Immer erfolglos. Keiner hatte das Recht, seine schriftlichen Arbeiten nachträglich einzusehen. Auch sein Vater nicht, der war nämlich inzwischen kein Landtagsabgeordneter mehr, der Verbotsprozeß gegen die KPD war eingeleitet, die Hetze lief auf vollen Touren. (Und das Volk wollte auf Freß- und Saufwellen oben schwimmen.) Der Dicke bekam erst auf den letzten Drücker Bescheid. Wir zwei absolvierten die gleiche Klasse, doch gekumpelt auf einer Schicht haben wir nie mehr zusammen, obwohl wir im gleichen Revier malochten. Der Gerechtigkeitsfanatiker Enderlein ließ auch im Unterricht keinen Stolperstein aus. Wenn einer von den Abiturienten sich als „Praxisbeflisser“ aufplusterte, dann gab es regelmäßig

„Stoff“ vom Dicken, der oft genüßlich seine Erlebnisse mit tolpatschigen Werkstudenten in den Semesterferien zum besten gab. Sein „Du redest doch wie der Blinde von der Farbe“ klingt mir heute noch im Ohr. Selbst einigen Fachpauken fuhr er respektlos in die Parade. Doch bis zur Zwischenprüfung hatte er schon beste Endnoten, so daß sie ihn theoretisch nicht mehr feuern konnten. Ab da hat der Eiferer auf nichts mehr Rücksicht genommen. Wir lebten uns im Betrieb auseinander, waren aber bei passender Gelegenheit immer noch lustige und gleichgesinnte Saufkumpane.

Ich habe mich mit politischen Äußerungen wohlweislich zurückgehalten; nach dem Mai 1952, als unser Trio auf der Jugendkarawane in Essen war und Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde, waren für mich politische Aktivitäten finit. Einmal habe ich den Dicken allerdings noch unterstützt: in Kultur und Lebenskunde, als es um Marx und dessen Definition vom Proletarier ging. Keiner der Herren Bergschüler fühlte sich in seinem sozialen Stand als Prolet; dabei hatten wir alle nur unsere Arbeitskraft zu verkaufen. (Mein Nebenmann besaß als einziger schon ein Auto, der verwies allen Ernstes auf seinen Plastik-Bomber Lloyd als Beweis, kein Proletarier zu sein.) Seitdem hatte auch ich wegen meiner verqueren Ansichten bei dem Pauker verschissen und habe fortan meine Schnauze gehalten. Verstanden hat Enderlein sich eigentlich nur mit dem Ausbilder vom Grubenrettungswesen, der nach seiner Auslegung der einzige Praktiker in dem gesamten Lehrkräfteverein war. Eine uneigennützig Redlichkeit konnte man dem Dicken jedenfalls nie absprechen. Scheinheiligkeit war für ihn ein rotes Tuch.

Karl Kügler:

Wir bauten einen alten Aufbruch zum Kohlenbunker aus. Mitte der Schicht etwa rief Steiger Busch an: Karl, Strebruch im Revier 5, Mausegatt, Westen, hier auf der 9. Sohle. Es sind Leute drunter, setzt euch mit Gezähkiste in Marsch. Und zu niemandem ein Wort!

Klaus Enderlein und ich zogen die Siebenmeilenstiefel an. Die Ladestrecke war sacke zu. Verantwortungsloses Gewimmel vor Ort. Busch, als wir auftauchen: „Ihr beiden bleibt hier.“ Lauter: „Außer Aufsichtspersonal alles bis auf Rufweite zurück.“ Er ging auch mit zurück, um

die zusammengetrommelten Kumpel zu sortieren.

Mit sieben Kumpeln blieben wir vor Ort, ich wurde zum Ortsältesten bestimmt, der griese Wettersteiger Potthoff wurde als Aufsicht für unser Drittel bestellt. Den wortkargen alten Hasen konnte man akzeptieren. Der Bergrevierinspektor trudelte ein, unser Direktor und die Betriebsführung schnatterten hinter uns über die vermutliche Ursache des Unglücks. Höhere Gewalt bestätigten sie sich bald gegenseitig, nickten sich bejahend ihre Sachverständigkeit zu.

Unter diesem Bruch tut keinem mehr ein Zahn weh, murmelte Klaus. Er blickte mich fragend an: „Türstock und vorpfänden?“ „Na klar, Kumpel.“ Wir legten los.

Klaus-Jürgen:

Das Hangende war in dem 4-Fuß-Flöz mit solcher Wucht abgegangen, daß in der Strecke sogar die Mollbögen gebrochen waren. Sieben Mann sollten vom ersten Ladekasten bis wahrscheinlich zur Ortsbrust verschüttet sein. Ich kannte nur den Reviersteiger von den Vermißten. Am dritten Tag sagte Mabuse zu mir, als wir seine Nachtschicht ablösten: Ihr kriegt heute den ersten.

Im Schein des Blitzers sah man ihn in einem Hohlraum unter dem Geröll liegen – Kopf zu uns, Gesicht nach unten in einem Wasserrinnsal –, als hätte er noch weglaufen wollen. Wir arbeiteten uns ran, buddelten, nur ein Unterschenkel war noch eingeklemmt, da knisterte der Berg und fing an zu drücken. „Abdecken und zurück.“ „Gib die Beile, ich schlag ihm den Knochen ab“, heulte Hufenreuther auf. „Das lasse ich nicht zu, das ist Leichenschändung und strafbar nach Paragraph ...!“ plärrte jemand und stand uns im Weg. Sollte man da lachen oder lange überlegen? Karl reichte mir ein paar Verzughölzer und ich deckte den Körper notdürftig ab. Wir sprangen zurück, unser letzter Türstock wurde verschoben, der Tote war wieder verschüttet. Wir warteten, daß der Staub sich lege. „Ich hätte ihn noch gekriegt!“ fauchte Hufenreuther; er war einst in Rußland bei einem Umbettungskommando eingesetzt. Und das mit der Leichenschändung war wirklich kein Scherz, das kam von einem Medizinalrat, den ich für irgendeinen bergbehördlichen Spinner gehalten hatte. Nachdem unser erster Toter geborgen war, wurde dieser Bergfremde aber aus dem Verkehr gezogen, weil nicht auf allen vier Schichten solch qualifizierter Leichenbeschauer gestellt werden konnte, der uns noch am Unglücksort den Tod von Zerquetschten zu bescheinigen vermochte. Und wir medizinischen Laien konnten es bei allem guten Willen nicht so einrichten, daß nur auf der Morgenschicht eine mutmaßliche Leiche zur Besichtigung freigegeben wurde.

Ganz besonders liebe Grüße zur Vollendung des **92.** bzw. **90.** Lebensjahres gehen an

Prof. Dr. Ingeborg Rapoport, Berlin (2. September), und

Paul Bartöck aus Cottbus (13. September).

Preisfrage

Es war kein besonderer Anlaß, der uns auf die Idee kommen ließ, unseren Lesern eine Preisfrage anzubieten. Die Gewinne hat übrigens ein befreundeter Verlag zur Verfügung gestellt. Vielleicht könnte man behaupten, dieses Rätsel solle helfen, sich besser in der Gegenwart zurechtzufinden, die bekanntlich nicht immer leicht zu durchschauen ist.

In unserem Fall gilt das nicht, denn selten ist eine schönfärbische Medienoffensive so kleinkariert gestartet worden wie diese.

Es geht um eine Illustrierte, die am 8. Juli 2004 erschien und deren Titel zu erraten ist. Wer glaubt, daß wir etwa für das bunte Blatt werben wollten, irrt gewaltig. Im Gegenteil, wir wollen davor warnen, vor allem aber unseren Lesern deutlich machen, womit journalistisch heutzutage zu rechnen ist.

Nochmals: Es gilt den Namen der Illustrierten zu nennen und uns den in einem so sicher verschlossenen Umschlag zuzustellen, daß kein Dritter den Namen lesen kann.

In dem knallbunten Blatt hatte der Chefredakteur auf Seite 3 mitgeteilt: „Diese XYZ enthält, das ist einmalig, nur gute Nachrichten aus dem Osten. Ein Heft, das Ihnen Freude und Mut machen soll.“

(Freude und Mut sind bekanntlich für viele im Osten rare Artikel, deshalb ist diese Ankündigung sensationell.)

Es folgt die fette Schlagzeile: „Einmalig! Ein ganzes Heft nur mit guten Nachrichten“

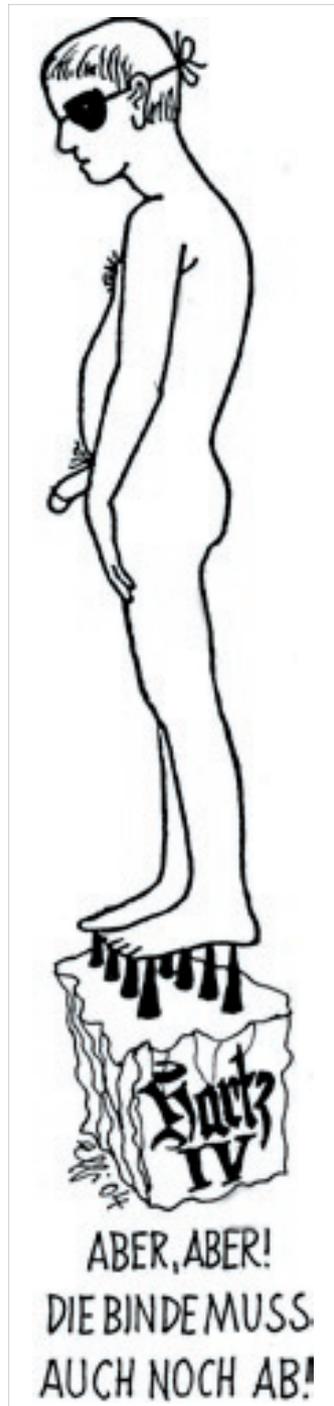
Die folgenden Titel erstrecken sich jeweils über Doppelseiten: „Es wurde doch seit der Wende schon so viel erreicht. Darauf können alle stolz sein“ – „Neun Bekenntnisse zur Einheit: Sie ist nicht Chefsache des Kanzlers, sondern Herzenssache des Volkes“ – „Und es müßte eine Ehre für uns alle sein, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren“ – „Wenn in Deutschland etwas schief läuft, dann liegt das ganz bestimmt nicht an der Wiedervereinigung“ – „Wir müssen nur zusammenhalten, dann ist der Aufschwung in den neuen Ländern gesichert.“

Als eine der vielen Kronzeuginnen nennt das Blatt die Managerin Beatrice Sch., die einen „Traumjob in der ‚Weißen

Stadt‘ hat und bekennt: ‚Es ist ein Traum, hier zu arbeiten ...‘ Eine junge Frau aus dem Osten – ohne jegliche Erfahrung, was Reiche & Schöne für Ansprüche haben ...“ (Gemeint ist Heiligendamm an der Ostsee, wo man Zäune und „Mäuerchen“ um ein Nobelhotel zog, um „Reiche & Schöne“ vor dem Zusammentreffen mit weniger Reichen oder gar Armen zu bewahren.)

Bei Erraten der Postille wird Ihnen der Preis von der Redaktion umgehend zugestellt.

K. H.



Grafik:
Karlheinz Effenberger

„In Heiligendamm sollen sie die Bevölkerung ausgewechselt haben ...“

Wer's nicht glaubt, möge sich selbst überzeugen. Frank Cronau hat es getan und an Ort und Stelle recherchiert. Er förderte dabei Unglaubliches zutage. Sein Buch „Heiligendamm – Wo die Zäune blühen“, das von Spotless verlegt wurde, erzählt davon. Wo früher das „gemeine Volk“ seiner Arbeit nachging, Erholung für Werktätige kostengünstig garantiert war, Kuren und Heilbehandlungen für Bergleute und Hautgeschädigte Ruhm über die Landesgrenzen hinaus erlangten, haben sich jetzt neue Herren breitgemacht. Und zwar flächendeckend. Dort laufen nicht nur irgendwelche Kungeleien ab, über die man sich empören kann oder auch nicht. Nein, es geht um richtig große Politik, die alles Bisherige gründlich auf den Kopf stellt. Denn die Akteure haben viel zu verlieren: Grund und Boden, Besitz und Einfluß, Reichtum und Luxus – nachdem es ihnen gelang, dies zu rauben. Der Autor erlaubt sich, darauf hinzuweisen, daß „in keinem der zwischen der DDR und der BRD geschlossenen Verträge vereinbart oder besiegelt wurde, daß alles Volkseigentum der DDR automatisch an die vom Bundesfinanzministerium beaufsichtigte Treuhandanstalt zur ‚freien Verfügung‘ zu übertragen wäre“. Dennoch schaltet und waltet diese, wie es ihr beliebt. Das Ostseebad Heiligendamm ist geradezu ein „Fallbeispiel“ dafür, wie weit „freie Verfügung“ heute zu gehen gedenkt.

Auf den Schnäppchenmarkt geworfen, wurde Heiligendamm für rund 18 Millionen DM, davon 7 Millionen Fördermittel, an die Fundus Fonds-Verwaltungen GmbH Köln verscherbelt. Das entspricht, wie Frank Cronau vorrechnet, einem Wert von zehn maroden Landgaststätten für Deutschlands ältestes Heilbad.

Zur „Nobel-Kreditkarten-Zitadelle“ umfunktionierte, ist es nun ein Refugium für die „Reichen & Schönen“ geworden, in dem unsereins nichts mehr zu suchen hat. Logisch, daß jene, die sich die Preise von etwa 500 Euro pro Nacht nicht leisten können, dort unerwünscht sind. „Jetzt herrscht wieder der Kapitalismus in Heiligendamm, und er tut es in der alten Hochform des 19. Jahrhunderts ...“

„Einst begründet durch den Verkauf von Soldaten, dann finanziert aus den Schatullen von Herzögen, durch am Roulette erzielte Steuern, Finanzmanipulationen verschiedener Gesellschaften und schließlich Zuschüsse der Faschisten“, bietet die Historie des Ortes geradezu ein klassisches Handlungsrezept für heutiges kriminelles Vorgehen. Wenn man wissen will, wie dieses im einzelnen funktioniert, sollte der am Detail Interessierte die Abhandlung erwerben. Er erfährt zugleich viel über die Rolle und die Entwicklung der Kur- und Erholungsstätte zu DDR-Zeiten. Zu danken ist dem Autor, daß er Platz gefunden hat, die „nirgendwo publizierte erste und bislang einzige medizinische DDR-Bilanz zum Thema Heiligendamm“ in das Büchlein aufzunehmen. Sie bekräftigt nachhaltig unser aller Erfahrung: „In der DDR stand der Arzt nie in Diensten der Markthändler.“

Frank Cronau kommt zu dem Schluß: Der Satz „im Grundgesetz ‚Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat‘ wird für die zur Hautevolée-Bastei mutierte Weiße Stadt außer Kraft gesetzt“. Bleibt nachzutragen: Gleiches trifft auf die gesamte annekterte DDR und mittlerweile auf ganz Deutschland zu.

Bruni Steiniger

Frank Cronau. Heiligendamm. Wo die Zäune blühen. Spotless-Verlag, Berlin

Die Deutschlandfahne der Frau Schmittroth

Die linke Spalte der Titelseite der bürgerlichen „Berliner Zeitung“ stellt regelmäßig national oder international bedeutende Persönlichkeiten ihrer Wahl vor. Deshalb durfte man gespannt sein, was über eine bis dato unbekannte Christine Schmittroth gesagt wird. Weil unter ihrem Porträt „Bordellchefin“ stand, war zu vermuten, daß ausnahmsweise eine Glosse diesen augenfälligen Platz füllen sollte. Aber nur ein flüchtiger Leser wird sich ein schwaches Lächeln abgerungen haben. Den Einheimischen dürfte auch dieses schnell auf dem Gesicht gefroren sein.

In der Ausgabe vom 11. Juni berichtet der Autor lediglich nüchtern darüber, daß jene Frau Schmittroth eine ausgediente große Deutschlandfahne für 3350 Euro im Internet ersteigert hat, die noch vor kurzem auf der Kuppel des Reichstages wehte und die sie nun auf dem Dach ihres Etablissements hissen will. Damit möchte sie ihr Gewerbe nachhaltiger forcieren, das sie

seit einem Jahr in dem von der Stadt Halle (Saale) genehmigten „X-Carree“ betreibt, und zwar in zwölf Zimmern und mit zehn Damen. Sie beabsichtigt nämlich, ihre „Kapazitäten“ bedeutend zu erweitern, um der örtlichen Konkurrenz das Wasser abzugraben. Was der Artikel nur am Rande vermerkt, ist die Tatsache, daß die „Chefin“ vorher in Bayern zu Hause war und nunmehr ihr

müssen. Dabei hebt der Autor hervor, wie Madame alles sozialverträglich arrangiert hat, „ohne Ausbeutung, ohne Gewaltkriminalität, ohne Zuhälterei – kurzum seriös“. Und er läßt sie aussprechen, daß Werbung für sie nicht alles sei. Sie wäre zwar kein politischer Mensch, doch in gewisser Weise eine Patriotin, denn sie ärgere sich über die Bürokratie, welche die Menschen knebelt,

„Berliner Zeitung“ und deren Haltung zu dem Vorkommnis wäre nicht erwähnenswert, würden beide sich nicht in den massiven Strom der Meinungsbildung seitens der gesamten bürgerlichen Presse einordnen. Dem biederen Bürger redet man nämlich ein, die Wirtschaftskrise und der angeblich dadurch erzwungene Abbau sozialer Errungenschaften seien letztlich allein auf mangelnde Initiativen und ein weitgehend tatenloses Verhalten der Menschen zurückzuführen. So greift man in die unteren Schubladen des Manuskriptspeichers, um auch dem Letzten die Situation zu „erklären“ und um ihn aufzufordern, sich selbst und seine Dienste uneigennützig in die heutige Gesellschaft einzubringen. Andererseits widerspiegelt der Artikel deutlich den bestimmenden materiellen und geistigen Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft im krassen Kontrast zu jeder Form einer sozialistischen Ordnung.

Dr. Manfred Böttcher

G e s c h ä f t s t ü c h t i g

Frau Bordell-Direktorin Schmittroth, die wegen des Hissens der von Bundestagspräsident Thierse ausgemusterten Deutschland-Fahne über ihrem Etablissement angezeigt worden war, hat das kostbare Stück inzwischen via Internet an einen Glasfabrikanten aus Augustdorf für 16050 Euro weiterverkauft.

Betätigungsfeld nach Sachsen-Anhalt verlegt hat, vermutlich aus der Überlegung, daß dieses Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote in Deutschland am meisten des Trostes bedarf und dort auch am dringendsten Arbeitsplätze bereitgestellt werden

über den Steuerdschungel und daß die kleinen Leute hier auf der Strecke bleiben. Trotzdem liebe sie das Land und sei stolz darauf, Deutsche zu sein. Der Leser erfährt nicht, ob der Autor die Bemerkungen für witzig hält – aber zynischer geht's nicht. Der Beitrag der

Der geplatzte Stasi-Killer

Das ist in der Spotless-Reihe, die inzwischen die stattliche Zahl von 165 Titeln erreicht hat, ein publizistischer Volltreffer. Aus einem fast alltäglichen Vorgang nach 1989, der Dämonisierung der Staatssicherheit, macht Jens Berger eine Politsatire, die sich nicht nur an Theobald Tiger (ein Pseudonym Kurt Tucholskys) orientiert, sondern auch mit dessen berühmter Rheinsberg-Erzählung geschickt verbindet. Das ermöglicht der Stoff. Jürgen G., der „Held“ des Büchleins, arbeitete in einem idyllischen Yachthafen nördlich von Rheinsberg, ehe er zum „Stasikiller“ avancierte, der in die Schlagzeilen von „Focus“, „Spiegel“, „BILD“ und diversen anderen Medien geriet. Ende September 2003 war Jürgen G. eines frühen Morgens per Handstreich festgenommen worden. Er hatte sich als Aufschneider beim Bier selbst als „Auftragkiller“ der Staatssicherheit „geoutet“, wobei die Zahl von 27 Leichen herumgeisterte. Jens Berger unterzieht sich mit Hilfe seiner wissensdurstigen Frau der

Aufgabe, die Flut von Lügen und Widersprüchen im Stile Tucholskys zu durchforsten. Das Vergnügen, das die Autoren bei diesem Tun offensichtlich hatten, springt auf den Leser über.

Da der „Killer“ wundersamerweise keine Toten hinterlassen hatte, wurden durch findige Journalisten altbekannte Leichen wie die des Politikers Barschel und des DDR-Fußballers Eigendorf ausgegraben, um die Story künstlich am Leben zu erhalten und für die primitive Hetze gegen Staatssicherheit und DDR zu nutzen. Berger nennt Roß und Reiter wie den Mitarbeiter der Berliner Zeitung Andreas Förster und den Leiter der „Gedenkstätte“ Normannenstraße Hubertus Knabe. Die Methode der Recherche ermöglicht ihm nicht nur, die Schlampigkeit der „Arbeit“ vieler Journalisten und Juristen nachzuweisen, sondern auch deren geistigen Horizont und politische Funktion sichtbar zu machen. Der Kunstgriff, immer wieder auf Tucholsky zurückzukommen, hilft Ber-

ger, auch schon fast Vergessenes in neuem Zusammenhang zu sehen. Dazu gehört das 1992 gestellte Ultimatum des Generalleutnants von Scheven, „de facto Oberbefehlshaber der Bundeswehr in Neufünfland und damit der ‚Ostfront‘“, an die Tucholsky-Ausstellung in Rheinsberg. (Sie war ihm zu DDR-lastig vorgekommen.) Die Jagd auf den „Stasikiller“, die als größte Aktion zur „Delegitimierung“ der Staatssicherheit mit riesigem Medienaufwand geplant war, wurde zum Posenstück eines Aufschneiders. Aber wieviel hat diese Jagd den Steuerzahler gekostet? Welchen weiteren

Verlust des (jetzt schon miserablen) Ansehens haben Justiz und Medien hinzunehmen? („Wer einmal lügt ...“) Was hat das alles mit Werten, Moral, Würde oder mit „Aufarbeitung“ der Geschichte zu tun? Die Verantwortlichen stellen sich solche Fragen nicht. Danke, Jens Berger und Klaus Huhn, für diese Politsatire à la Theobald Tiger.

Prof. Dr. Horst Schneider

Jens Berger: Theobald Tiger und der Stasikiller, Spotless-Verlag Berlin 2004, 104 Seiten, 5,10 Euro, ISBN 3-933544-97-1

Hallo, RF-Freunde aus Thüringen!

Am 2. Oktober, um 14.00 Uhr,
stellt „RotFuchs“-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger

in Erfurt, Gaststätte Schützenhof (Schützenhofstraße),
auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe sein neues Buch

Bei Winston und Cunhal
Reporter auf vier Kontinenten vor.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

!Presente!

■ *Mit dieser Seite erinnern wir an drei im September vor 60 Jahren ermordete Antifaschisten: Franz Jacob, Anton Saefkow und Käthe Niederkirchner.*

Franz Jacob wurde am 9. August 1906 in Hamburg als Sohn eines Hausknechts geboren; nach einer Maschinenbauerlehre war er zunächst Telegraphenarbeiter, dann Werftarbeiter. 1922 schloß er sich der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD an. 1925 trat er mit der Mehrheit seiner SAJ-Gruppe zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) über und wurde im gleichen Jahr Mitglied der KPD. Jacob war zunächst Leiter der Gruppe Hamburg-Eimsbüttel des KJVD, dann Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda des KJVD in Hamburg. 1927 entließ ihn die Deutsche Werft fristlos, weil er eine Protestaktion gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti organisiert hatte. 1928 wurde er Organisationsleiter des Bezirks Wasserkante des KJVD. Er nahm 1928 am V. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau teil und war 1929/30 Leiter der KPD-Betriebszelle auf der Hamburger Reiherstieg-Werft und Berichterstatter für die „Hamburger Volkszeitung“, 1930/1931 Instrukteur in Flensburg und Berichterstatter für die „Norddeutsche Zeitung“ sowie von 1931 bis 1933 Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda der Bezirksleitung Wasserkante der KPD.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur wirkte Jacob als Politischer Leiter des Bezirks Nordwest der KPD und für das Zentralkomitee der KPD. Am 18. August 1933 wurde er in Berlin verhaftet und am 20. August 1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Haft im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen verschleppten die Faschisten Jacob 1936 in das KZ Sachsenhausen, wo er gemeinsam mit anderen Funktionären der KPD die illegale Arbeit organisierte. Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager im September 1940 arbeitete Jacob als Betriebsschlosser in einer Großwäscherei in Hamburg. Er hatte maßgeblichen Anteil daran, daß die illegale Bezirksorganisation Wasserkante der KPD und ihre Leitung wiederaufgebaut wurden. Jacob gehörte dieser Leitung an, deren Verbindungen bis nach Bremen, Kiel und Lübeck sowie nach Berlin reichten. Er war für die antifaschistische Propaganda und Agitation verantwortlich, verfaßte den Text vieler Flugblätter und hielt Verbindung zu den illegalen Betriebszellen der Partei. Im Oktober 1942 verhaftete die Gestapo zahlreiche Mitglieder der Parteiorga-

nisation; Jacob gelang die Flucht nach Berlin. Er erhielt Verbindung zur illegalen Organisation der KPD in Berlin und war an ihrem weiteren Ausbau und ihrem Kampf führend beteiligt. Im Frühjahr 1943 stellten Saefkow und Jacob direkte Verbindung zum Vertreter des ZK der KPD in Schweden her. 1943/1944 gehörte Jacob der operativen Leitung der KPD und des antifaschistischen Kampfes in Deutschland an. Er beteiligte sich an der Herausgabe antifaschistischer Flugblätter, hielt Verbindungen zu Hitlergegnern unterschiedlicher Weltanschauung und leitete Betriebsfunktionäre der KPD an. Jacob war Mitverfasser der politischen Plattform der operativen Leitung „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“, die auf den Zusammenschluß aller Hitlergegner orientierte. Ende 1943 stellten Saefkow und Jacob Verbindung zu ehemaligen Gewerkschaftsführern her. Am 22. Juni 1944 nahm er zusammen mit Saefkow an einer Aussprache mit den sozialdemokratischen Funktionären J. Leber und A. Reichwein über den gemeinsamen Kampf aller antifaschistischen Kräfte teil. Am 4. Juli 1944 wurde Jacob erneut verhaftet, am 5. September 1944 vom „Volksgerichtshof“ in Berlin zum Tode verurteilt und am 18. September im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

■ **Anton Saefkow** wurde am 22. Juli 1903 in Berlin geboren. Genosse Saefkow, Arbeiter und KPD-Funktionär, wurde im April 1933 von den Faschisten verhaftet und zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei Jahre später stand er wieder vor Gericht. Sein „Verbrechen“: Er hatte in der Haft vor 50 Mitgefangenen eine Gedenkfeier für seinen von der SS ermordeten Freund Etkar André abgehalten und eine Sammlung für die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Genossen organisiert. Doch insgesamt sechs Jahre Haft, Folter und Dunkelzelle konnten seinen Mut nicht brechen. 1939 aus dem KZ Dachau entlassen, baute er zusammen mit anderen Genossen in Berlin und Umgebung eine der größten und bedeutendsten antifaschistischen Widerstandsorganisationen in Deutschland auf. Sie hatte Betriebsgruppen und Vertrauensleute in 72 Berliner Rüstungsfabriken, organisierte Störungen der Kriegsproduktion, knüpfte Verbindungen zu ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, zu Widerstandsorganisationen in Sachsen, Thüringen und im Ruhrgebiet sowie zu Kriegsgegnern in Hitlers Wehrmacht und in faschistischen Regierungsdienststellen.

Im Juli 1944 fielen Anton Saefkow und die meisten seiner Genossen durch Verrat der Gestapo in die Hände. Der „Volksge-

richtshof“ verurteilte sie zum Tode. In der Todeszelle des Zuchthaus Brandenburg-Görden schrieb Saefkow wenige Tage vor seiner Hinrichtung mit einem Bleistiftstummel: „Berliner Arbeiter! Lernt aus der Pariser Kommune, lernt aus 1918, lernt aus 1923! Ich sage mit Wilhelm Pieck: Schweres hat das deutsche Volk durchgemacht, doch das Schwerste steht uns noch bevor. Ich sage aber dennoch, blickt mutig in die Zukunft: Die Stunde unseres Handelns ist gekommen!“ Am 18. September 1944 wurde Anton Saefkow hingerichtet.

■ **Käthe Niederkirchner** wurde am 7. Oktober 1909 geboren und am 28. September 1944 im KZ Ravensbrück ermordet. Die Tochter eines Berliner Rohrlegers wurde mit zehn Jahren Mitglied der kommunistischen Kindergruppen. Mit 16 bat sie um Aufnahme in den KJVD. In die KPD wurde sie im Alter von 20 Jahren aufgenommen. Katja erlernte den Beruf einer Schneiderin. Nach ihrer Lehre war sie, wie viele Jugendliche im kapitalistischen Deutschland, oft arbeitslos. Im Jugendverband und in der Partei leistete sie eine unermüdliche Kleinarbeit. Sie klebte Plakate, verteilte Flugblätter, warnte in Diskussionen mit anderen Arbeitslosen und in öffentlichen Versammlungen vor der faschistischen Gefahr. Anfang 1933 wurde sie wegen ihrer politischen Tätigkeit von den Faschisten verhaftet. Nach ihrer Entlassung emigrierte sie in die UdSSR. Sie half beim sozialistischen Aufbau, besuchte einen Lehrgang für Marxismus-Leninismus und erlernte die russische Sprache.

Am 22. Juni 1941 überfielen Hitlers Armeen Katjas neue Heimat. Sie bat, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen, um dort gegen Hitlers Krieg zu kämpfen. Katja ließ sich als Fallschirmspringerin ausbilden. Am 7. Oktober 1943, ihrem 34. Geburtstag, sprang sie mit dem Fallschirm aus einem sowjetischen Flugzeug über Polen ab. Auf der Fahrt nach Berlin wurde sie verhaftet. Die Faschisten schleppten sie von Gefängnis zu Gefängnis, zuletzt in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, und folterten sie grausam.

Am Tag vor ihrer Hinrichtung schrieb Katja: „27. 9. 1944, morgens. Heute früh war der Schutzhaft-Lagerführer bei mir und hat mir mein Urteil vorgelesen in einer so höhnischen, gemeinen, dreckigen Art, diese Bestie! Sie sind ja das Morden gewohnt und haben eine besondere Freude, sich an den Qualen ihrer Opfer zu weiden. Bei mir hat er aber kein Glück. Also wird es wohl heute abend passieren. Ich hätte doch so gern die neue Zeit erlebt. Es ist so schwer, kurz vorher gehen zu müssen. Lebt alle wohl ...“

W. M.

Leserbriefe an RotFuchs



Ich melde mich zur Leserdebatte „War es wirklich eine Konterrevolution?“ zu Wort. Genosse Alfred Paul hat offensichtlich ähnliche „Bauchschmerzen“, wie sie auch mich lange Zeit quälten. Ich verstehe all seine Bedenken und Fragen, weil auch mich der Verlust der DDR schmerzt und für längere Zeit politisch fast sprachlos gemacht hat. Aus meiner Sicht zu Beginn der 90er Jahre war der Untergang der DDR eine Implosion, die plötzliche Zertrümmerung eines leeren Gebildes durch äußeren Überdruck. Aber war die DDR ein leeres Gebilde? Irgendwie reichte mir meine Erklärung nicht mehr. Schließlich, indem ich Wesen und Erscheinung dialektisch betrachtete, fand ich eine Antwort.

Dem Wesen nach ist die Beseitigung des Sozialismus in der DDR (und auch in den anderen Staaten) Konterrevolution. Die Zerschlagung des gesellschaftlichen Eigentums durch das Bank- und Monopolkapital beendete die politische und ökonomische Herrschaft der Arbeiter und Bauern, der sozialistische Staatsapparat wurde vernichtet und durch die Organe des bürgerlichen Staates ersetzt. Dies alles ... charakterisiert aus ideologischer und revolutions-theoretischer Sicht eine Konterrevolution.

Die Erscheinung erfährt die Gesamtheit der Prozesse, die uns durch die Sinne, die Anschauung und die unmittelbare Erfahrung gegeben sind. Wir Menschen neigen dazu, bei den Erscheinungen zu verharren, denn diese sind es, die uns bewegen. Nur das theoretische Denken hilft uns hier weiter, ist der Schlüssel. Aber manchmal hilft schon die uralte Frage „Wem nützt das?“, um dem Wesen einer Sache auf den Grund zu kommen. Und hier ist auch der Platz für die „eigentlichen Ursachen“, die Genosse Paul als „übergangen“ vermisst. Er hat viele ihm wichtige Erscheinungen aufgeführt, alles Mit-Ursachen für das Gelingen der Konterrevolution. (...)

Abschließend eine ganz persönliche Bemerkung. „Wie kann da plötzlich eine Konterrevolution siegen ...?“, fragt Genosse Paul. Ich meine, wir haben zu viel in Lösungen gedacht. Wir wissen: „Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht.“ Und haben wir sie verteidigt? Ich werfe mir heute vor, es nicht getan zu haben. Vielmehr habe ich halb staunend, halb schadenfroh die „Montagsdemonstrationen“ verfolgt, die Sprachlosigkeit der Staats- und Parteiführung erduldet und irgendwie gehofft, daß alles glimpflich ausgeht. Über so viel Dummheit schäme ich mich heute. Auch ich bin erst durch Schaden klüger geworden. Und nun arbeite ich daran, daß aus der Strafe „Leben im Kapitalismus“ nicht lebenslänglich wird.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Ich stimme dem „RotFuchs“ zu: Die Reaktivierung des Kapitalismus in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern Europas sowie in Rußland ist objektiv Konterrevolution – unabhängig von den konkreten Umständen. Die Kernpunkte sind dabei: die Zerschlagung der sozialistischen Staatsmacht und die Liquidierung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln.

Sicher gehören zu den Ursachen für die Vereinnahmung der DDR durch die BRD: äußere, innere, objektive, subjektive, ökonomische (z.B. Arbeitsproduktivität), organisatorische (z.B. Überzentrismus in der UdSSR), ideologische (z.B. Wunschdenken), kulturelle, wissenschaftliche, psychologische (z.B. Defizite in der Massenpsychologie), demokratische (z.B. Wahlmanipulation), personelle (z.B. Schabowski, Mittag, Kleiber, Hermann u.a.m.) und geheimdienstliche (z.B. Putin und gleichartige

KGB-„Quellen“) Faktoren. Darüber müßten wir uns noch ausführlicher erkundigen. (...)

Eberhard Esche schätze ich als sehr guten Schauspieler. Und niemand sollte sein Bemühen um Klarheit in Abrede stellen. Aber zur Einschätzung gesellschaftlicher Prozesse ziehe ich doch eher Marx, Engels und Lenin zu Rate.

Genosse Alfred Paul macht der SED-Führung Sprachlosigkeit zum Vorwurf. Wie aber sollten Erich Honecker und andere ehrliche Genossen auf die übermächtigen Verräter Gorbatschow, Schewardnadse, Jakowlew, Jelzin usw. reagieren? Wieso soll das Ende nicht zu verhindern gewesen sein? Unter weit schwierigeren Bedingungen hatten sich UdSSR und KPdSU behauptet. Erst der Revisionismus hat diese Riesenmacht zerfressen und zum Einsturz gebracht. Er ist ein Hauptinstrument des Imperialismus (und damit der Konterrevolution).

Horst Jäkel, Potsdam

Eigentlich hat die Redaktion des RF zur Leserdebatte schon die richtige Antwort gegeben: Von der Sache her ja! (Egal, ob von außen oder innen, oder von beidem). Ausschlaggebend war die Freigabe des Sozialismus als aufrechterhaltendes Ideal durch Gorbatschow. Als alternative Gesellschaftsordnung bedurfte er unbedingt des ständigen Schutzes, notfalls auch militärisch, und er bekannte sich dazu: Diktatur des Proletariats.

Die Deutschen befanden sich immer in einem Konflikt: Der Preis für den Erhalt des Sozialismus war der endgültige Verzicht auf die Einheit Deutschlands.

Übrigens: Daß der Kapitalismus keine diktatormäßigen Machtinstrumente in Bewegung setzen würde, wenn es ihm an den Krügen ginge, ist nicht anzunehmen – geschweige denn, daß er sich wie die DDR selbst aufgab.

Friedrich Grupe, Merseburg

Die von Euch in Gang gesetzte Diskussion zu der Frage, ob es sich bei den gesellschaftspolitischen Ereignissen 1989/90 nur um eine „Wende“ bzw. um einen „Regimewechsel“ oder um eine Konterrevolution handelte, halte ich für bedeutungsvoll. Eine ähnliche Diskussion könnte ich mir auch zu der von Euch gestellten Frage „Warum ist die Bundesrepublik Deutschland kein Rechtsstaat?“ vorstellen.

Darüber hinaus: Zutreffend begründet Peter Oldenburg in seinem Beitrag „Zu den Hintergründen des 13. August 61“, warum die militärische Sicherung der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin unumgänglich war. Seinen beiden Gründen ist zumindest der folgende hinzuzufügen. Die Situation vor dem 13. 8. war nicht zuletzt durch Aktivitäten charakterisiert, die DDR durch Organisierung von Republikfluchten, Abwerbung, Schiebung, Schmuggel und Mißbrauch der unterschiedlichen Währungssysteme „auszubluten“. Seriöse und der Wahrheit verpflichtete bundesdeutsche Wissenschaftler wie Prof. Dr. Baade haben errechnet, daß der DDR durch die genannten Machenschaften ökonomische Verluste in einer Höhe von etwa 100 Mrd. D-Mark (damals war diese noch etwas wert) zugefügt wurden. Der militärische Schutz und Sicherungsmaßnahmen waren also auch ökonomisch ein zwingendes Erfordernis.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Dem Sozialismus in der Zukunft eine neue Chance zu geben – das allein kann Gegenstand unseres Denkens und Handels sein. Wunden lecken oder die Vergangenheit kritisch verarbeiten und neu erwerben ist dabei der Unterschied.

Alfred Paul sehe ich mit seiner Auffassung auf der richtigen Seite. Selbst wenn es theoretisch stimmt – was nützt es uns und der Zukunft, den Geschichtsverlauf gegen Ende der 80er Jahre als Konterrevolution zu benennen? Wir selbst hatten die Mehrheit im Volk und stärker noch in der Arbeiterklasse verloren. Ich will nicht analysieren, wieso es dazu kam. Ganz sicher aber ist, daß der vertrauenszerstörende Widerspruch zwischen Wort und Tat eine Rolle spielte – ob nun böswillig praktiziert oder nur, um vorübergehend aus der Not eine Tugend zu machen.

Für seine Wirkung ist das unwesentlich. Freilich kann man dabei auch Eberhard Esche nicht folgen, der von „einer Fehlbesetzung“ und den sich, wie im Theater, selbst zugrunderichtenden schlechten „Inszenierungen“ spricht. Wir erleben heute im Theater wie im Leben die schlechtesten Inszenierungen aller Zeiten, und sie überleben als „Kassenreißer“. Hier wäre sicher nachzufragen, wie steht es mit dem Volk, mit der Arbeiterklasse, die diesen Inszenierungen geradezu nachlaufen? Es scheint der Grad der Aufklärung zu sein, den wir überschätzen. Er blieb niedrig. Als ich mit meiner Frau Ende 89 durch die Berliner Straßen ging, sahen wir an den Ecken Bücherberge liegen, die unlängst noch den DDR-Bildungsbürger auswiesen. Uns packten Grausen und Zweifel ob unserer Ideenkämpfe in der Nachkriegszeit. Wir hatten gemeint, daß unsere Prinzipien mit sich im reinen waren und kein Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit mehr bestand. Angesichts der Bücherberge auf den Straßen hob sich diese Überzeugung schlagartig auf. War das nicht der Boden, auf dem die Konterrevolution spielend leicht erfolgreich war?

Horst Joachimi, Berlin

Was ist eine (politische) Revolution? Die vollständige Zerstörung der gesellschaftlich alten Machtverhältnisse, die Schaffung gesellschaftlich neuer Machtverhältnisse. Was ist eine Konterrevolution? Die Wiederherstellung gesellschaftlich alter Machtverhältnisse. Was passiert in einem kapitalistischem Land bei einer sozialistischen Revolution? Das bisher beherrschte Proletariat erobert die Macht über die Bourgeoisie. Was passiert in einem sozialistischen Land bei einer Konterrevolution? Die Bourgeoisie erobert sich die Macht zurück.

A. Richter, Dresden

Die Macht läßt sich vielleicht – ohne alles andere aber auch nicht auf Dauer – von heute auf morgen erringen, das Eigentum nie. Die Konterrevolution hat sich 1989/90 (notgedrungen) das von den Marxisten als unabdingbar erklärte Prinzip zu eigen gemacht, daß beim Übergang zu einer anderen Gesellschaftsordnung zuerst die politische Macht erkämpft werden muß, um dann die Eigentumsfrage zu lösen. Nur so ist die Grundlage der neuen (in diesem Falle der anderen, historisch reaktionären) Gesellschaftsordnung gesichert. Nicht zufällig hieß der erste Satz des ersten Gesetzes der schon nicht mehr sozialistischen „Volkskammer“ 1990: „Das Volkseigentum ist zu privatisieren.“ Das ist ja dann auch mit aller BRD-Macht betrieben worden. Es dauerte einige Zeit. Was 1989/90 passierte, war gewissermaßen nur die Voraussetzung, die richtige Konterrevolution wurde in den anschließenden Jahren vollzogen.

Wenn man, wie Alfred Paul, nur 1989/90 sieht und die „inneren Faktoren, die dorthin führten“, müßte man auch überlegen, welche Möglichkeiten es selbst dann noch gegeben hat, das Wiederversacken im Kapitalismus zu verhindern. Die hat es zweifellos gegeben. Aber da war u. a. die revisionistische PDS-Führung dagegen.

Ich würde meinen, der politische Ausdruck des Sieges der Konterrevolution ist Schröders „Agenda 2010“. Mit ihr werden auch die in der ehemaligen BRD (wegen des DDR-Beispiels) noch beibehaltenen sozialen Eigenschaften dieses Staates beseitigt. Der Kapitalismus wird immer nackter, wie das eben die logische Folge einer Konterrevolution ist.

Gerhard Naumann, Berlin

Der Beitrag von Alfred Paul findet in Teilen meine Zustimmung, läßt jedoch einige Fragen offen. (...) Wenn diese Debatte Sinn machen soll, dürfen nicht nur die Ereignisse der späten 80er Jahre in Betracht gezogen werden. Der Niedergang des Arbeiter-und-Bauern-Staates DDR, welcher mit der Einverleibung durch die BRD endete, war das Ergebnis einer über Jahrzehnte betriebenen und durch die Medien angeheizten Konterrevolution, welche bei nicht wenigen

DDR-Bürgern Gehör fand. Sie waren zu ihrer Unterstützung und Umsetzung bereit.

Lange Zeit wurden jedoch die Beschlüsse und Verordnungen der Regierung und der staatstragenden Parteien durch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung freiwillig umgesetzt und eingehalten. Mit dem Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Staates ging es vorwärts. Die Politiker – Kommunisten und Sozialisten – waren stets unter den Werktätigen. Das Wort des Bürgers hatte bis weit in die 60er Jahre Gewicht, wurde mit Respekt und Ernsthaftigkeit gehört. Das war eine entscheidende Voraussetzung zur Lösung der täglichen Probleme, zur Abwehr von Sabotage und wirtschaftlichem Boykott.

Doch später begann sich die Situation zu ändern. Der Massenzulauf zur SED schwemmte Leute mit persönlichen Ambitionen, die sich nur um das eigene Fortkommen sorgten, in die Partei. Jetzt begann die Ära der Speichellecker, Duckmäuser, Feiglinge und Scharlatane. Damit wurde der beste Nährboden für das allmähliche Aufweichen ihrer führenden Rolle geschaffen. Die Ehrlichkeit in der Berichterstattung und bei der Abrechnung des Geleisteten blieb immer mehr auf der Strecke, zehrte an der Substanz des Vertrauens der Werktätigen. Immer weniger kritische Menschen fanden bei den Genossen in Leitungen von Staat und Gesellschaft Anklang; die Befürchtungen eines wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs wurden nicht wahrgenommen. In der Folgezeit haben sich viele dieser Leute in ein Nichts aufgelöst, etliche schlossen sich den kapitalistischen Ausbeutern an und sitzen heute mit ihnen an einem Tisch. (...) Ich möchte all denen Dank sagen, die in den schwersten Stunden dieser konterrevolutionären Entwicklung um Schadensbegrenzung bemüht waren.

Hans-Joachim Maaßberg, Magdeburg

Neues aus Griechenland. Beim letzten NATO-Gipfel sind wir – Genossen der KKE, ihres Jugendverbandes KNE, der linken Arbeiterzentrale P. A. M. E. und weiterer Verbände mit einem großen Buskonvoi nach Istanbul gefahren. Die griechischen Kommunisten beteiligten sich an zahlreichen Veranstaltungen, die von der Türkischen Kommunistischen Partei und anderen fortschrittlichen Kräften organisiert worden waren. Die Stärke der griechischen Delegation fiel ins Gewicht. Viele tausend Demonstranten zogen Schulter an Schulter mit ihren türkischen Genossen durch Istanbul. (...)

In Hellas selbst finden fast jede Woche große Umzüge und Protestmärsche statt. Mal aus Solidarität mit dem Volk Palästinas und gegen die Scharon-Mauer, mal für die Völker Iraks und Afghanistans, mal für die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften in Kuba, China, Vietnam und Nordkorea, mal für die Freilassung der „Miami-Fünf“ aus Kuba, die sich in USA-Gefängnissen befinden. Zur Zeit hält sich eine 240köpfige Delegation der P. A. M. E. in Kuba auf, um unsere Verbundenheit mit der Revolution zum Ausdruck zu bringen. (...)

Zugleich gehen der Kampf und die Streiks der griechischen Arbeiter weiter. Denn Massenentlassungen und Betriebsschließungen sind an der Tagesordnung. Der große „Terroranschlag“ des Kapitals und seiner konservativen Regierung gegen das Volk ist unmittelbar nach der Olympiade zu erwarten. Viele Arbeitsplätze werden dann verlorengehen. (...)

Noch eine Bemerkung zum Juli-„RotFuchs“. Ein Bravo für den Leitartikel „Unsere Farbe“. Ich stimme mit ihm voll überein.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag über Walther Rauff in Nr. 78 des RF gelesen. (...) In einem Dokumentarbericht über Rauff, den Prof. Friedrich Karl Kaul als Vizepräsident der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile Ende der 70er Jahre zusammenstellte, befindet sich u. a. auch ein Auszug aus dem Protokoll der Vernehmung Rauffs vor der 2. Strafkommission des Kriminalgerichts Santiago vom 5./6. 12. 1962. Dort erklärte der spätere Chefberater der Behörde

für antikommunistische Untersuchungen der chilenischen Militärjunta unverblümt: „... Ich gebe zu, daß ich völlige Kenntnis davon hatte, daß diese Wagen dazu bestimmt waren, Menschen zu befördern, die zum Tode in den Gaskammern vorgesehen waren ... Die sogenannten Spezialwagen waren alle dazu bestimmt, nicht nur Juden, sondern alle zum Tode Verurteilten zu töten ...“ Gleichzeitig räumte Rauff ein, Leiter der technischen Gruppe des Chefs der Gestapo und des SD gewesen zu sein, dem auch diese Spezialwagen unterstanden. Dabei rühmte er sich damit, daß er in diese Stellung nur durch die enge Freundschaft zu Heydrich gelangte.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Während des ersten Krieges der USA gegen Irak wurden von den Amerikanern erstmals Geschosßkerne mit abgereichertem Uran (sogenannte DU-Geschosse) flächendeckend eingesetzt. Prof. Dr. Siegwart-Horst Günther war es zu verdanken, daß er dem geheimgehaltenen Einsatz dieser DU-Munition auf die Spur kam. Als Professor für Infektionskrankheiten und Epidemiologie an der Universität Bagdad stieß er bei der Untersuchung seiner Kinderpatienten auf ein bisher unbekanntes Krankheitsbild. Nachforschungen ergaben, daß die bei Mensch und Tier regelmäßig zu einem qualvollen Tod führenden Symptome auf tonnenweise verstreute hochtoxische, radioaktive Geschosßreste zurückzuführen waren.

Prof. Dr. Günther wurde von einem Berliner Amtsgericht wegen Verstoßes gegen das „Atomgesetz“ zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er die DU-Geschosßreste illegal eingeführt und in Deutschland präsentiert hatte. Nach seiner Rückkehr aus Irak war er sogar verhaftet und in die JVA Kiel eingeliefert worden.

Obwohl nach einer Studie von amerikanischen Wissenschaftlern bereits in den ersten Wochen nach dem ersten Golfkrieg 50 000 irakische Kinder den Nebenwirkungen der DU-Geschosse erlagen, mehr als 100 000 US-Soldaten seit Kriegsende über eine Vielzahl von Gesundheitsproblemen klagten, im Staat Mississippi bei 250 Golfkriegsveteranen-Familien 67 % der Kinder mißgebildet geboren wurden und 4000 britische Kriegsteilnehmer an dem sogenannten Golfkriegs-Syndrom leiden, gelangte die DU-Munition bei der NATO-Aggression gegen Jugoslawien erneut zum Einsatz. USA-Truppen feuerten etwa 31 000 Schuß ab.

Trotz allem hat sich die Bundesregierung offiziell noch nicht für eine weltweite Ächtung von DU-Munition entschieden. Auch wurde gegen die Herren G. W. Bush, T. Blair und I. M. Aznar bisher keine Anklage wegen Kriegsverbrechen erhoben.

Dr. Rudolf Drux, Dessau

Als „Denkzettel“ (Logi) habe ich per ND und Effi Informationen über Eure Existenz erhalten und suche nun Verbindung zu Euch. (...) Durch mein Engagement in der Behindertenpolitik hatte ich stets Kontakt zu Ilja Seifert. Seit 1998 kam es zur Mitarbeit in der AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der PDS. Leider war und ist unser Engagement für Behinderte und Benachteiligte auch innerhalb der PDS nur gefragt, wenn es zur Sicherung der Positionen von Funktionären dient. Wenn überhaupt, so können und dürfen wir Behinderten nur Alibifunktionen ausfüllen. Am Start zum Rennen (Wahlen) in die erste Reihe gerückt, wird der Behinderte dann auf einen Platz gestellt, der ein Erreichen der Ziellinie ohne Hilfe fast unmöglich macht. (...)

Meine „Stärken“ liegen in den vielfältigsten Erfahrungen und Kenntnissen, hart erarbeitet in der Universität des Lebens, unterhalb des normalen Niveaus und außerhalb der üblichen Regeln. Also beste Voraussetzungen, um als „Igel“ im Revier der Füchse die Schädlinge zu jagen, die bei Füchsen nicht auf dem Speiseplan erscheinen. Auch manche Wette mit den Hasen könnte, so wir zusammenarbeiten, wieder gewonnen werden.

Roland Baumgart, Schwickershausen

Die früheren DDR-Bürger haben soziale Sicherheit gegen Bananen und „Reisefreiheit“ eingetauscht. Angesichts der 20 % Arbeitslosen, der

Zahlung von Minimallohnen, der weiter zunehmenden Armut, der fehlenden Ausbildungsplätze, der ab 2005 gedachten Zahlung von monatlich 331 Euro an Hartz-IV-Opfer, ständig steigender Lebenshaltungskosten, über Jahre stagnierender Renten und einer kaum noch aufzubringenden Zuzahlung für Medikamente muß die Frage erlaubt sein: Hat sich dieser Tausch gelohnt? Die Kohlschen „blühenden Landschaften“ entfalteten sich nur für Konzernchefs, Handelsketten, Banken, Versicherungen, Immobilienhaie und Hasardeure! Hochqualifizierte Fachkräfte der DDR mußten teilweise importierten Westlern aus der dritten Reihe weichen, die mit „Busch-Zulage“ und Beförderung anrückten. Diese „Kolonialpolitik“ geht weiter. Wie muß sich ein ostdeutscher „Bittsteller“ fühlen, wenn er den Antrag auf 331 Euro bei einem westdeutschen „Missionar“ stellt, der 5000 Euro Zusatzeinkommen zu seinen sonstigen Bezügen erhält?

Heute kann man alles kaufen, reisen, wohin man will, wenn man das notwendige Geld besitzt. Keiner ist mehr gezwungen, für 60 Mark seinen 14tägigen Urlaub im FDGB-Heim zu verbringen. Wir haben wieder Königsbäder, Nobelhotels und Eintrittspreise für Strände. Was sollten auch die vielen DDR-typischen Kinder- und Jugendferienlager und die Betriebsheime für die Belegschaften? Jetzt logiert wieder der Geldadel in den Nobelunterkünften. Die „Normalität“ seiner Sicht ist nach 40 Jahren DDR wiederhergestellt.

Wollte unser Staat vielleicht seine Bürger vor gerade dieser Entwicklung bewahren?

Peter Oldenburg, Schwerin

Wieder einmal muß ich meinem Herzen Luft machen, und wo kann ich das besser als bei Euch? Ihr seid für mich ein Stück politische Heimat, die ich mit der DDR verloren habe. (...)

Seit der Konterrevolution 1989 wurde immer von einem Rechtsstaat gesprochen, in den wir uns mit der Vereinigung endlich begeben, und von dem ein Volk, das wir dann sind. In den Losungen der DSU war von „Freiheit statt Sozialismus“ die Rede. Wie enttäuscht müssen heute diejenigen sein, die das alles geglaubt haben. (...) All das, was jetzt passiert, müßte den Marschieren von damals doch zu denken geben. Es gibt genügend Gründe, heute wieder auf die Straße zu gehen. Ist das, was den Menschen angetan wird, nicht viel schlimmer als das, was 1953 in der DDR zum angeblichen Volksaufstand führte? Oder war es etwa gar kein Aufstand des Volkes, dem zu Ehren die BRD einen Feiertag einführte? War es nicht eher eine organisierte Konterrevolution, die mißglückte, weil es damals in der Sowjetunion noch keinen Gorbatschow gab? (...)

Ich denke, daß wir bösen Zeiten entgegengehen. Der Volkszorn wird sich entladen, aber vielleicht nicht in unserem Sinne. So bleibt uns nur eins: Der „RotFuchs“ muß beißen!

Wolfgang Müller, Bad Dübén

Der Beitrag von Hermann Jacobs in der Juni-Ausgabe („Rückfall ins 19. Jahrhundert: Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich“) deckt den ganzen Schwindel theoretisch auf, der den noch eine Arbeitsstelle Besitzenden derzeit vehement eingetrichtert wird. Nach dem gleichen Muster wie bei den Themen „Wettbewerbsfähigkeit“, „Standort“, „leere Kassen“, „Demographie“ u. a. werden scheinbar unwiderlegbare Fakten und Vergleiche vorgetragen, nationale Gefühle geweckt und die Menschen immer tiefergreifender ent-solidarisiert. Bei der Forderung nach längerer Arbeitszeit scheint es allerdings großen Teilen zu dämmern, daß sie bei massenhaft ungenutzter Arbeitszeit in Gestalt von Millionen Arbeitslosen völlig untauglich ist. Das eigentliche Problem Arbeitslosigkeit wird damit keineswegs geringer. Es ist zutreffend, wenn der Autor hervorhebt, welches Desinteresse Kapital, Regierung und Opposition an der Senkung der Arbeitslosenziffern haben. Die wirklichen Hintergründe, wie sie H. Jacobs herausarbeitet, werden tunlichst verschwiegen. Man vernebelt das Thema mit irreführenden Be-

griffen wie „Arbeitskosten“, „Lohnnebenkosten“ usw. Leider verwenden selbst wir gelegentlich solche Termini. (...) Die Gewerkschaften in ihrem heutigen Zustand vermögen es bei allen Lichtblicken, vor allem in den Unternehmen, nicht, die Zuversicht, den Willen und die notwendige Einsicht zu deutlichem Widerstand zu wecken.

Roland Winkler, Remseck

Immer wieder, wenn ich im Gespräch mit älteren Genossen erwähne, daß ich Mitglied der DKP bin, erlebe ich die gleiche Reaktion: Unverständnis und ein verstecktes mitleidiges Lächeln, daß ich einer zahlenmäßig so kleinen und politisch so unbedeutenden Partei angehöre. Das stört mich nicht. Was heute klein und unbedeutend ist, kann unter entsprechenden Bedingungen morgen groß sein. Lenin und wenige seiner Genossen waren als marxistischer Zirkel am Ausgang des 19. Jahrhunderts eine winzige politische Kraft. Zwei Jahrzehnte später übernahmen die Bolschewiki die politische Macht. (...)

Die Behauptung, der Sozialismus und seine wissenschaftliche Lehre seien gescheitert, widerspiegelt die vergebliche Hoffnung des Klassenfeindes. Doch der Sozialismus bleibt unser Kompaß. Ich bin davon überzeugt, daß die Arbeiterklasse eines Tages auch bei uns wieder ihrer geschichtlichen Rolle gerecht wird.

Herbert Thomas, Berlin

Am 18. August haben wir des 60. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns gedacht. Wir wurden uns dabei seiner geschichtlichen Größe als proletarischer Führer erneut bewußt. Jene, die ihn einst verfolgt und vernichtet haben, ächten sein Andenken auch heute. Doch er ist unvergessen. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Die Problematik der Bewußtseinsentwicklung, wie sie Fritz Dittmar aus Hamburg im Juni-„RotFuchs“ dargestellt hat, entspricht auch meinen, unseren nicht immer sehr angenehmen Erfahrungen. Die russischen Bolschewiki unter Lenins Führung besaßen ein kommunistisches Bewußtsein, kämpften um die Macht, schufen einen Arbeiter-und-Bauern-Staat, der die Voraussetzungen für den Sieg über den Faschismus und 45 Jahre Europa ohne Krieg war. Ein einmaliger Vorgang in Tausenden Jahren europäischer Geschichte. Leider ist Lenin viel zu früh gestorben ... Die Niederlage, die wir im Kampf für eine neue, bessere Gesellschaft erlitten haben, wird noch lange schmerzen.

Genosse Dittmar hat recht: Die Rückkehr manifester Armut als Massenerscheinung ist zu erwarten, ja unsere Oberen bemühen sich redlich, diesen Prozeß zu beschleunigen. Daher ist der „RotFuchs“ so wichtig. Er weckt und entwickelt Bewußtsein und trägt dazu bei, daß eines Tages eine neue Avantgarde entsteht, die bei aller Anerkennung der Erfolge der Vergangenheit die Kräfte für die Zukunft schmiedet. Nur wenn wir etwas tun, können wir etwas erreichen. Wer resigniert, hat schon verloren.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Der Bericht über die ersten Schritte der Regionalgruppe Uckermark in Nr. 78 stimmt insofern mit meinem Standpunkt überein, daß der gemeinsame Feind rechts steht. Die PDS als Partei sollte nicht mit den Standpunkten einzelner ihrer Funktionäre in einen Topf geworfen werden. (...) Zugleich bin ich dafür, daß sowohl die Funktionsträger der PDS als auch deren gewählte Abgeordnete, besonders in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, deutlich machen, was sie unter den gegebenen Verhältnissen der SPD-Dominanz mittragen und was nicht. Ich unterstütze die Forderung von Dr. Ernst Heinz, den Kampf gegen die Pro-Kriegs-Verfassung der EU unter allen Umständen fortzuführen und öffentlich zu machen.

Herbert Flegel, Asproklisi (Griechenland)

Immer wieder heißt es heute im „Juristen-deutsch“, vor dem Abschluß von Verträgen sei der Bürger verpflichtet, das Kleingedruckte zu

lesen, um sich unliebsame Überraschungen oder negative Folgen zu ersparen.

Nun plädieren – aus welchen Gründen auch immer – plötzlich auch deutsche Spitzenpolitiker für ein Referendum zur EU-Verfassung. Die Bürger aber haben von deren Wortlaut gar keine Kenntnis erhalten. Schon dieser Fakt reicht für ein klares Nein.

Wie wir als DDR-Bürger 1968 per Referendum zu unserer sozialistischen Verfassung kamen, hat Prof. Dr. Lothar Berthold bereits im RF 52 (Mai 2002) ausführlich und überzeugend beschrieben. Wer diese Ausgabe noch besitzt, sollte den Artikel nachlesen – er ist auch auf der entsprechenden CD-ROM. Es lohnt sich, das wirklich demokratische Zustandekommen einer Verfassung zur Kenntnis zu nehmen.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Erstmals erhielt ich durch einen gleichgesinnten Freund Einblick in die Juni-Ausgabe Ihrer Monatsschrift. Sie hat mich persönlich sehr angesprochen und vom Inhalt begeistert. Sie entspricht meinem Politikverständnis. Ich finde es so in kaum einer anderen Zeitung. Das stelle ich auch als langjähriger Leser des ND fest.

Werner Herzig, Altenbrak

Seit einiger Zeit lese ich regelmäßig den „RotFuchs“, den ich von meinem Vater zugesandt bekomme. Schön, daß es so etwas gibt. Den „RotFuchs“ lese ich sogar lieber als das ND.

Hans-Jürgen Busch, Halle-Saale

Vielen Dank für das Heft 78. Mir hat unter den vielen erwähnenswerten Beiträgen besonders die Würdigung Pablo Nerudas aus Anlaß seines 100. Geburtstages und der zugleich abgedruckte „Gesang für Stalingrad“ gefallen. In diesen Tagen schickte mir „RotFuchs“-Leser Erich Schreier aus Nordbayern ein wertvolles Geschenk: Rudolf Feys „Ein Totgesagter kehrt zurück“. Dieses Buch ist eine wahre Fundgrube zur jüngeren deutschen Geschichte. Eindrucksvoll wird auch das Verhalten sowjetischer Menschen und Kommunisten gegenüber den Kriegsgefangenen dargestellt.

Die RF-Beiträge „Gefährliche Halbwahrheiten“ und „Rotarmist Stefan Doernberg“ – beide in Heft 78 – passen zu Feys Buch.

Günter Bauch, Fraureuth

Einst beschwor Hitler das deutsche Volk mit den Worten: „Gebt mir vier Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.“ Wie wahr! Er hinterließ nicht nur die überfallenen Länder in Trümmern und Blut, sondern auch Deutschland.

Der heutige USA-Präsident, Georg W. Bush rief während der Wahlkampagne seinen Anhängern zu: „Gebt mir vier weitere Jahre, und die Vereinigten Staaten werden sicherer, besser und stärker sein!“

Um auch in seinem Falle den Weg des Krieges zu beschreiten, wurden Lügen über Lügen zur angeblichen Bedrohung der USA durch Irak und andere Staaten verbreitet. In Wirklichkeit ging es um Ölquellen. Die USA haben sich auf diese Weise das Monopol über die irakischen Bodenschätze gesichert. (...)

Welches Land wird das nächste sein? Noch ist die Weltherrschaft der Amerikaner nicht komplett. (...) Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Noch ist die letzte Schlacht nicht geschlagen.

Hildegard Wolff, Halle-Saale

Ich bin ein Thüringer, der heimatvertrieben im fernen Neckarsulm bei Audi als Mitarbeiter einer Leihfirma für einen Brutto-Billiglohn von 13 Euro pro Stunde sein Brot verdienen muß, weil es in der Heimat keine Arbeit gibt. Von meinem Verdienst gehen die Sozialbeiträge ab, ferner die Miete für ein Zimmer, für das ich in der Wohngemeinschaft 200 Euro monatlich zu berappen habe. Und schließlich für das Benzingeld, das ich mir oft von meiner Mutter leihen muß. Zum Leben bleibt nur sehr wenig übrig, und ein paar

Wünsche hat man als junger Mensch ja auch noch.

Unsere westdeutschen Kollegen verdienen deutlich mehr, und wenn sie für höhere Tariflöhne streiken, ist es uns durch die Arbeitsagentur und die Leihfirma strikt verboten, da mitzumachen. Täten wir es, würde sofort eine fristlose Kündigung mit anschließender Sperre des Arbeitslosengeldes folgen. Die Westdeutschen verachten uns wegen dieser (erzwungenen) „Unterwürfigkeit“. So sieht es in Wirklichkeit mit unseren verfassungsmäßigen Rechten aus.

Wenn ich jetzt lese, daß sich die Bundesagentur für Arbeit den Luxus erlauben kann, ehemaligen Telekom-Mitarbeitern aus dem Westen den Beamtenstatus zu gewähren und sie für fürstliche Bezüge und „Buschzulagen“ zur Umsetzung von Hartz IV in den Osten zu schicken, kann einem schon der „kalte Kaffee“ hochkommen. (...)

Ich glaube nicht, daß es etwas bringen wird, wenn ich beim nächsten Arbeitseinsatz im Westen vorher nachfrage, ob auch ich nach dem Beispiel der Telekom-Auffanggesellschaft Anspruch auf 100 % Westlohn, Spritzzulage bei schneller Entscheidung, Verpflegungsgeld und freie Heimfahrten habe, was ja laut Arbeitsagentur rechtens ist. Da ich Ossi bin, würde man mich ob dieses Ansinnens „in den Hintern treten“ und alle möglichen Sanktionen gegen mich in Gang setzen.

D. Grundmann, Erfurt

Wer weiß denn noch, was Demokratie ist? Hier in Deutschland bleibt es doch wohl eher ein Gefühl. Ein Gefühl von Wissen, das Massenmedien und Politiker in das Volk tragen, verkürzt auf ein Gefühl von Freiheit. Die Freiheit selbst ist ebenfalls ein schwammiger Begriff, und so wird kaum jemandem bewußt, wie Demokratie zur Diktatur gerät, weil jeder bei dem Begriff Diktatur an Gewaltanwendung denkt. Alle Begriffe werden schön gemischt oder gegeneinander gesetzt, je nach politischer Argumentation.

Denkt man bei der Demokratie an das parlamentarische System, so ist dieses in Deutschland in sich selbst korrupt. Denkt man bei der Demokratie an Gerechtigkeit, so wurde sie schlicht abgeschafft. Denkt man bei der Demokratie an Freiheit, so endet diese bei den persönlichen Geldvorräten. Denkt man, eine Demokratie sei per se damit auch ein Rechtsstaat, so ist das eine Wunschvorstellung von Politikern, die überhaupt nichts mit der Realität zu tun hat. Denken Politiker und Unternehmer an Demokratie, so meinen sie, das Volk sei ein nie versiegender gigantischer Selbstbedienungsladen.

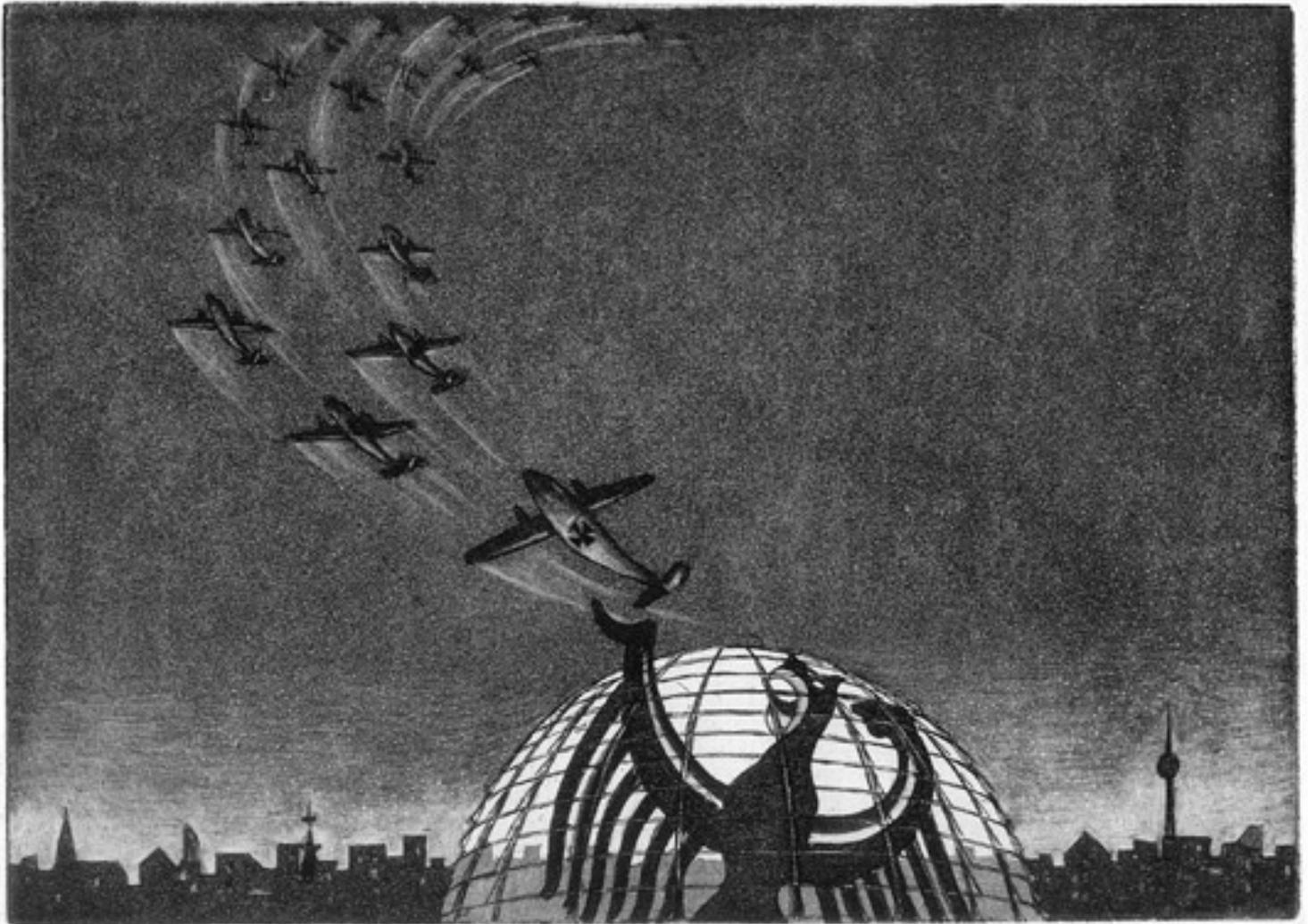
Jochen Singer, Leipzig

Das, was mit der „Agenda 2010“ bewirkt wird, ist die Multiplikation des Elends. Behauptet wird u. a., die „Reformen“ seien wegen der Überalterung der Deutschen und „der geburtenschwachen Jahrgänge“ nötig.

Schon vor 40 Jahren hat sich die DDR mit dieser Frage auseinandergesetzt und mit marxistischer Konsequenz die notwendigen Schritte eingeleitet. Ich erinnere an folgende Errungenschaften unserer Gleichberechtigungs- und Sozialpolitik, die unter den Bedingungen des sozialistischen Eigentums möglich waren: zinslose Kredite für junge Eheleute; bevorzugter Bau von Eigenheimen für kinderreiche Familien; Reduzierung des Kredits bei Geburt von Kindern; Kindergeld; Haushaltstag für Frauen; Frauensonderstudium; Kinderferienlager; Kinderkrippen; Kindergärten für alle Kinder, Betriebskantinen, Betriebswäschereien.

Diese heute kaum noch erwähnten Errungenschaften der DDR müssen wir in der Auseinandersetzung mit dem antisozialen Staat BRD, der junge Leute in den Krieg und in die Arbeitslosigkeit schickt, wieder ins Bewußtsein rufen. Denn Menschen unter 30 wissen schon nichts mehr davon, es sei denn, wir vermitteln es ihnen. (...) Es wäre angebracht, wenn wir uns im „RotFuchs“ regelmäßig mit solchen Themen beschäftigen würden.

Peter Wozniak, Halle-Saale



Wer im Glashaus sitzt ...

Grafik: Klaus Parche

Am 17. Septemberspricht der ehemalige
Generaldirektor der DEWAG,Genosse **Dr. Manfred Böttcher**

um 16.30 Uhr

in der Begegnungsstätte
der Berliner Volkssolidarität,
Torstraße 203–205,
über sein erfolgreiches Buch**Haben wir das verdient?**Mitglieder, Leser und Interessenten
sind herzlich eingeladen.**Über Ursachen, Charakter
und Lehren der Ereignisse
1989–1991**in der UdSSR
und den europäischen
sozialistischen Ländern
spricht am **25. Sept.**,
um 10.00 Uhr,**Botschafter a. D. Rolf Berthold**in der Drogenmühle Heidenau,
Dresdner Straße 26.Die Regionalgruppe Dresden rechnet
mit reger Beteiligung.**Am 18. September, um 10.00 Uhr,**findet in Chemnitz, Rosenplatz 4,
eine Veranstaltung der
Regionalgruppe
Chemnitz-Plauen-Zwickau
mit **Prof. Dr. Werner Roß** statt.

Das Thema lautet:

**Imperialismus
h e u t e**

Gäste sind willkommen.

I M P R E S S U M**Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.****Herausgeber:**

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)**Layout:** Egon Schansker**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund**Internet:** www.rotfuchs.netRedaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druz
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott
Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms**Konto für Spenden und Beiträge:** W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759**Künstlerische Mitarbeit:**Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR**Internetpräsentation:****WEBMASTER:**
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph**PC-Systembetreuerin:**Sylvia Feldbinder
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki